



Finanzgruppe  
Baden-Württemberg

## Die Zukunft im Griff – im Griff der Zukunft?

... Demografischer Wandel in Kommunen.

Vorträge

Kommunal  
Forum

25. Oktober 2005 im Kongresshaus Baden-Baden

**Kommunen und Sparkassen –  
eine starke Partnerschaft  
für Wirtschaft und Gesellschaft.**

# Inhaltsverzeichnis

<b>Quo vadis Baden-Württemberg? Herausforderung Demografie</b> Günther H. Oettinger Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg	<b>4</b>
<b>Die Bedeutung der demografischen Entwicklung für die Kommunen in Baden-Württemberg – Aktuelle Studie –</b> Dr. Gisela Meister-Scheufelen Präsidentin des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg	<b>15</b>
<b>Ebersbach macht Zukunft – Leitbild „Bürgerkommune“ am Beispiel des Generationenhauses „Filsblick“</b> Edgar Wolff Bürgermeister der Stadt Ebersbach/Fils	<b>38</b>
<b>Neue Wohn- und Betreuungs-konzepte bei Demenz – das „Gradmann Haus“ und andere Modellprojekte</b> Sibylle Heeg Demenz Support gGmbH, Stuttgart	<b>50</b>
<b>LBS-Studie „Neue Erwerbertypen am Wohnungsmarkt“</b> Heinz Panter Vorstandsvorsitzender der LBS Landesbausparkasse Baden-Württemberg	<b>63</b>
<b>Die Bedeutung der Familie für die Zukunftsfähigkeit einer freiheitlichen Gesellschaft</b> Prof. Dr. Paul Kirchhof Bundesverfassungsrichter a.D. Direktor des Instituts für Finanz- und Steuerrecht, Universität Heidelberg	<b>97</b>

# Quo vadis Baden-Württemberg? Herausforderung Demografie

Verehrter Herr Präsident,  
lieber Heinrich Haasis, verehrte Frau  
Oberbürgermeisterin, liebe Frau Lang,  
und meine Damen und Herren Oberbür-  
germeisterinnen und Oberbürgermeister,  
Beigeordnete aus ganz Baden-Württem-  
berg, verehrter Herr Präsident Schütz  
und meine Herren Landräte aus Baden-  
Württemberg, verehrte Vorstandsvorsit-  
zende und Direktoren des Sparkassen-  
wesens im Lande, meine sehr verehrten  
Damen und Herren!

Ich darf zunächst Respekt sagen, Re-  
spekt dem Sparkassenverband für eine  
tolle Idee. Das Kommunalforum ist an  
sich schon ein spannender Ort und das  
Thema heute sehr aktuell. Deswegen will  
ich Ihnen gute Beratungen wünschen  
und bin mir sicher, dass die demografi-  
sche Entwicklung der Gesellschaft uns  
alle zentral beschäftigen wird, uns im  
Landtag von Baden-Württemberg – die  
Kollegin Lazarus und der Kollege Theurer  
sind anwesend – und Sie ebenso. Würde  
ein Sparkassenverband in Brandenburg  
oder in Mecklenburg oder im Saarland  
oder im Ruhrgebiet die Frage behan-  
deln, müssten die Sorgenfalten noch viel  
ausgeprägter sein. Baden-Württemberg  
ist und Baden-Württemberg bleibt ein  
Wachstumsland. Die Einwohnerzahl in  
Baden-Württemberg nimmt zu. Nach den  
Prognosen, die wir haben, werden wir  
noch etwa 15, eher 20 Jahre von Zuwan-  
derung geprägt sein. Dabei geht es nicht  
primär um Asyl- und Aussiedlerzuwan-  
derung, die ist deutlich geringer als 10,  
12, 13 Jahre zuvor, sondern ich rede von  
einer innerdeutschen Wanderungsbewe-

gung: Deutschland Nord, Nordost nach  
Deutschland Süd, Südwest. Der Arbeits-  
markt und die Lebensqualität haben  
Anziehungskraft. Jährlich kommen im  
Saldo 35.000 Menschen neu zu uns. Man  
könnte auch sagen, wer hier einmal war,  
geht nicht mehr freiwillig weg, und dieje-  
nigen, die kommen, die kommen hierher,  
weil sie hier mehr Perspektiven sehen für  
sich, ihre Kinder, die nächste Generation.  
Der Arbeitsmarkt Baden-Württembergs,  
der auch schon einmal besser war, hat  
eine magische Anziehungskraft. Baden-  
Württemberg hat heute 7 % Arbeitslo-  
sigkeit, Bayern 8 %, Westdeutschland  
11 %, Gesamtdeutschland 13 %, Ost-  
deutschland 20 %.

Ich rate uns, alles dafür zu tun, dass  
Baden-Württemberg Wachstumsland  
bleibt, dass Baden-Württemberg weiter  
Einwohnerzuwachs behält. 35.000  
Menschen Jahr für Jahr – d.h. eine  
große Kreisstadt wie Neckarsulm,  
Nürtingen, Offenburg jährlich neu in  
Baden-Württemberg.  
Andere Länder haben jetzt schon Aus-  
zehrung und sinkende Einwohnerzahlen,  
mit allen Auswirkungen für die Auslas-  
tung der Infrastruktur, Auswirkungen für  
die Steuerkraft, Auswirkungen für die  
Frage Ehrenamt und aktive Bürgerge-  
sellschaft. Baden-Württemberg bleibt  
Wachstumsland, und ich will, dass wir  
in den nächsten Jahren den innerdeut-  
schen Wettbewerb um Einwohner weiter  
aufnehmen und bestehen; dass Baden-  
Württemberg in den nächsten 20 Jahren  
jährlich einen Zuwachs behält und damit  
auch nach der Zahl der Einwohner näher

**Günther H. Oettinger**  
Ministerpräsident  
des Landes  
Baden-Württemberg

an Bayern heranrückt. Wir holen Jahr für Jahr auf, und dieses ist eine gemeinsame Chance und Herausforderung für Sie und für uns.

Zum zweiten:

Noch haben wir einen Geburtenüberschuss. Bei allen Problemen, was die Zahl der Kinder anbelangt: Die Anzahl derer, die hier geboren werden, ist größer als die Anzahl derer, die hier sterben. Auch bei den deutschen Familien ist die Geburtenrate noch immer höher als die Todesrate bei uns. Wir sind noch immer ein Land, dessen Bevölkerungszuwachs von außen und durch Wachstum im Inneren geprägt ist, und daraus ergeben sich Chancen und Aufgaben, auf die ich näher eingehen will.

Ein dritter Faktor neben Zuwanderung und neben Geburtenüberschuss: Die Baden-Württemberger werden älter als die Deutschen im Schnitt. Die Lebenserwartung der Baden-Württemberger übersteigt die deutsche Lebenserwartung um über 1 Jahr. Die Männer werden derzeit im Durchschnitt 76 Jahre alt hier im Land, in Deutschland 1 Jahr weniger; die Frauen werden 81 Jahre alt in Baden-Württemberg, in Deutschland 1 Jahr weniger. Dass die Lebenserwartung bei uns 1 Jahr höher ist, hat unterschiedliche Ursachen. Die Fachleute sagen, auch die Lebenszufriedenheit, auch die Chance Arbeit zu haben und nicht arbeitslos zu sein, sind Faktoren, warum die Lebensdauer in Baden-Württemberg höher ist.

Die drei Faktoren als Eingang.

Daraus ergeben sich Folgerungen, auf die ich eingehen will.

Ich glaube, dass die Mega-Aufgabe der Demografie schlechthin ist, den Kindern die beste Bildung, Erziehung und Betreuung zu geben und durch einen Ausbau der Betreuungsangebote dafür zu sorgen, dass Familie erleichtert, ergänzt und ermöglicht wird. Das Thema „Bildung, Betreuung und Erziehung“ wird schlechthin das Thema für jeden Schulträger, für jeden Kindergartenträger, für die Kommunen, die Kirchen und das Land Baden-Württemberg. Wir haben in diesen Tagen eine umfassende Meinungsbefragung vom Institut für Demographie in Allensbach auf dem Tisch über die Bedeutung von Themen wie innere Sicherheit, Soziales, Infrastruktur. Danach haben zwei

Themen deutlich steigendes Gewicht.

Das eine Thema: Sorge um den Arbeitsplatz – gegen Insolvenz und Verlagerung. Wenn Daimler-Chrysler von achteinhalbtausend Arbeitsplätzen spricht, die man abbauen will, davon fünftausend in Baden-Württemberg, ist dies im Grunde genommen eine Botschaft, die jeder begreift. Deswegen müssen wir beim Kampf um Arbeitsplätze, Wirtschaftsförderung, Ansiedlung, Entwicklung alles dafür tun, dass Baden-Württemberg nicht deindustrialisiert wird, sondern ein Ort der gewerblich-technischen Produktion, des Handels und der Dienstleistung bleibt. Wir müssen ermutigen, den Kampf gegen andere Spitzenregionen aufzunehmen, damit in Baden-Württemberg die Zahl der Arbeitsplätze erhalten werden kann und die Wirtschaft nicht geht, sondern hier besteht und überlebt.

Das ist das eine Mega-Thema, das Ihnen als Sparkassenvorstände nur zu gut vertraut ist.

Das andere Wachstumsthema, wo die Erwartung der Bürger steigt und wo wir handeln müssen, heißt: Bildung in Qualität und Quantität, heißt: Erziehung und Betreuung. Da besteht ein Nachholbedarf. Dies sage ich auch und gerade an meine Regierungskoalition.

Wir haben derzeit intensive Verhandlungen mit den kommunalen Landesverbänden. Ich traue mir mittlerweile eine Aussage zu, die lautet: Am Freitag nächster Woche haben wir ein Gesamtpaket und werden alles dafür tun, dass die Zahl der Kinder, die jetzt noch geburtenstark in den Schulen ist, in den Mittelpunkt der Investitionen, der materiellen, der finanziellen und der ideellen Investitionen von Land und Kommunen in den nächsten Jahren gerät. In dieses Paket gehört genauso, dass eine Erhöhung der zu geringen Zahl von Neugeborenen pro Familie erleichtert und ermöglicht werden muss.

Wenn man weiß, dass 44 % aller Akademikerinnen kinderlos sind, wenn man weiß, dass die Geburtenrate in Heidelberg bei 0,9 pro Mann und Frau, im Landkreis Tuttlingen noch bei 1,6 pro Mann und Frau liegt, und man dann gleichzeitig immer davon ausgehen muss, dass der Ballungsraum den Zeitgeist auf den ländlichen Raum überträgt und nicht umgekehrt, also Heidelberg in 10 Jahren

in Tuttlingen ankommen wird und nicht umgekehrt, dann muss uns klar sein: wir müssen mehr für die Ermöglichung und Erleichterung von Familien tun, für die Vereinbarkeit von Kindern und außerhäuslicher Erwerbstätigkeit.

Wenn man weiß, dass die junge Frau heute in der Erwerbstätigkeit in der Wirtschaft gebraucht wird, weil sie eine mindestens gleichermaßen gute Qualifikation wie der junge Mann aus Berufsschule und Hochschule dem Arbeitgeber, der Wirtschaft anbieten kann, wenn man weiß, dass die junge Frau oftmals ihren Abschluss mit besseren Noten als der junge Mann macht, und wenn man weiß, dass immer mehr Frauen arbeiten müssen, weil der Lebensunterhalt mit dem Gehalt des Mannes alleine nicht gesichert werden kann, oder aber für die Erziehung der Kinder kein Mann da ist, dann gerät folgende Frage in den Mittelpunkt Ihrer und unserer Aufgaben: wie vereinbaren wir Erwerbstätigkeit nach der Ausbildung mit dem Wunsch und dem Ziel und dem Bedarf, dass es Kinder gibt? Hier sind Land, Kommunen und die Kirchen gemeinsam in Verantwortung.

Der Steuerzahler unterscheidet nicht bezüglich kommunaler Finanzmasse und Landesprogrammen, sondern er sagt: ihr müsst es richten! Der Steuerzahler bezahlt einmal Lohnsteuer, einmal Einkommensteuer und erwartet, dass die gewählten Mandatsträger, dass die öffentliche Hand die Betreuung der Kinder sauber organisieren. Dabei, und davon bin ich überzeugt, ist Zwang der falsche Weg. Die Zwangstageschule, d. h. die Kinder von 8 Uhr bis 18 Uhr entgegen zu nehmen und jeden zu zwingen, sie abzugeben, wäre der falsche Weg. Für uns steht der Bedarf, die Nachfrage, die Wahlfreiheit von Mutter und Vater im Mittelpunkt.

Der Kindergarten hat dabei ein stärker werdendes Gewicht. Es darf nicht sein, dass Kinder, die in die Schule kommen, nicht schulreif sind. Die Schulreife ist ein Gebot, das die Landesregierung in jedem Fall dem nennt, der als Vater, als Mutter und als Kommunalpolitiker für die Lebensjahre 3-6 hauptverantwortlich ist. Wir müssen erreichen, dass jedes Kind, das die Schulpflicht erfüllen muss, auch schulreif ist, die Sprache beherrscht, ein-

ordnungs-, unterordnungs-, teamfähig und konzentrationsfähig ist. Deswegen gerät der Kindergarten in den Blickpunkt unserer Überlegungen. Ich behaupte, wir geben in Deutschland für die 14-25-Jährigen relativ viel öffentliche Mittel aus, mehr als andere Länder parallel. Keine Studiengebühr bisher, und Bafög wird gezahlt.

Wir geben für die 3-14-Jährigen eher weniger Mittel aus. Ich fordere nicht, dass die Gebühr für den Kindergartenbesuch abgeschafft wird, aber dass wir einen Kindergartenbeitrag haben für die 3-6-Jährigen und keine Studiengebühr, ist im Grunde kurios. Wir müssen mehr für die 3-6-Jährigen und die 6-14-Jährigen ausgeben, und wir müssen denen, die durch tertiäre Bildung als Akademiker auf dem künftigen Markt mehr Einkommens- und Erwerbschancen haben, etwas abverlangen für Qualität in der Hochschule. Ich glaube, mehr Zuschuss am Anfang und mehr Eigenbeitrag später ist eine gerechte Formel, auf die der Staat hinarbeiten muss.

Das Land hat in den letzten Jahren zahlreiche Modellprojekte aufgelegt, also entlang von Enquetekommissionen für Kinder und Jugendliche, in der Folge Co-Finanzierung, goldenen Zügel – Landesprogramme, die dann von den Kommunen umgesetzt wurden. Ich gestehe selbstkritisch, dass wir dabei nicht immer ein verlässlicher Partner waren. Wir haben zum Teil Anreize gegeben, Projekte finanziert, nach drei, nach fünf Jahren zogen wir uns zurück und die Kommune blieb mit der Erwartung der Bürger vor Ort alleine. Das Projekt war sinnvoll, es einzustellen war faktisch unmöglich, der Druck der Bürger war stark und die Co-Finanzierung unseres Landes war nicht mehr da. Deswegen will ich, lieber Herr Landrat Schütz, den kommunalen Landesverbänden ausdrücklich sagen: Was wir in diesen Tagen besprechen, was wir nächste Woche vereinbaren, bleibt eine dauerhafte Trägerschaft. Die Konstruktion muss auf Dauer stabil sein, es darf keiner sich einseitig zurückziehen und den anderen im Regen stehen lassen. Ich sage ausdrücklich eine anhaltende, eine dauerhafte Finanzierungs- und Aufgabenträgerschaft für alle neuen Projekte in den nächsten Jahren und Jahrzehnten zu; nur dann erreiche ich, dass die Kom-

munen partnerschaftlich in Projekte der nächsten Jahre gehen.

Bisher waren die besonderen Schulen – die Sonderschulen – und die Hauptschulen in sozialen Brennpunkten unser besonderer Schwerpunkt der Förderung. Ich meine, dass „sozialer Brennpunkt“ als Begriff auf der Landkarte Baden-Württembergs nicht mehr haltbar ist. Zum einen ist es ein Stigma gegen die, die als sozialer Brennpunkt förderbar sind – wer wohnt und lebt und arbeitet schon gerne dort –, zum zweiten behaupte ich, der Bedarf an Ganztagesbetreuung besteht nicht nur in sozialen Brennpunkten, sondern flächendeckend in ganz Baden-Württemberg. In Blaufelden liegt er vielleicht bei 10 % der Kinder, in Mannheim-Waldhof bei 40 %, aber null Prozent gibt es nirgendwo. Wer die flächendeckende Entwicklung, wer den Bedarf in ganz Baden-Württemberg bestreitet, soll mir zeigen, wo ein weißer Fleck auf der Landkarte Baden-Württembergs möglich ist. Niemand wird sagen können, dass kein Bedarf besteht. Deswegen: Wir werden flächendeckend aufbauen müssen, was an Nachfrage und Bedarf durch Frauen und Männer, durch Familien uns gegenüber genannt wird. Dabei sehe ich die Grundschule im Mittelpunkt. Wir haben derzeit ein Problem. Die Kindergartenkinder sind hervorragend untergebracht. Der Rechtsanspruch, auch wenn er ordnungspolitisch falsch gewesen ist, weil der Bund ihn beschloss und die Kommunen ihn umsetzen und finanzieren mussten, hat dazu geführt, dass für die 3-6-Jährigen das Ganztagesangebot entlang der Nachfrage besteht: altersgemischte Gruppen, Ganztageskindergärten, flexible Öffnungszeiten und anderes mehr. Und dann kommt der Schock! – Noch im Juli war der 6-Jährige im Kindergarten hervorragend untergebracht, und im September nach der Einschulung sind die Angebote schlechter. Bei allem Respekt vor dem, was aufgebaut worden ist, aber die Erziehungskapazität der Familie verändert sich nicht in den sechs Wochen im Sommer. Der Bedarf an Ganztagesbetreuung bleibt im September in der ersten Klasse gleich hoch wie er im Juli im Kindergarten ist. Deswegen wird der Ausbau der Grundschulen als Ganztagesgrundschulen ein notwendiger

Schwerpunkt der nächsten Jahre sein. Ich biete ausdrücklich hierzu die Bereitschaft des Landes, mitzuwirken für mehr Lehrer, mehr Jugendsozialarbeit, mehr Ehrenamt und mehr Schulausbau in den nächsten Tagen als ein Gesamtprojekt zur Entscheidung gemeinsam mit den kommunalen Landesverbänden an.

Die Ganztagesesschule benötigt mehr Lehrerstellen. Und deswegen werden wir in dem Zuge, wie die Schülerzahl sinkt, einen Teil der frei werdenden Lehrerstellen nicht streichen, sondern sie bleiben an der Schule für mehr Lehrerpräsenz. Im Jahre 2007 haben wir den Höhepunkt der Schülerzahl in Baden-Württemberg erreicht. Nicht in jedem Wohngebiet, nicht in jedem Stadtteil, nicht in jeder Stadt, aber über alle Schularten hinweg in ganz Baden-Württemberg wird der Stand der Schülerzahl an öffentlichen Schulen im Schuljahr 2007 auf dem Höhepunkt sein. Danach geht die Entwicklung auf Dauer zurück. Der geburtenstärkste Jahrgang ist heute schon 13 Jahre alt. Im Jahre 1991/92 hatten wir einen Tiefststand mit 1,26 Millionen Schulkindern; seither geht es jährlich um 20.000 bis 30.000 Schüler nach oben, und dies noch zwei Jahre lang. Wenn also in zwei Jahren dann der Höchststand der Schulkinder erreicht ist, danach die Schülerzahl auf Dauer zurückgehen wird und man in den letzten 14 Jahren Jahr für Jahr im Schnitt 500 bis 600 Lehrerstellen zusätzlich geschaffen hat, werden rein rechnerisch diese Lehrerstellen wieder frei. Ein Teil muss entlang der „kw“-Vorgaben gestrichen werden, damit die Haushaltsstruktur in Baden-Württemberg etwas besser wird. Ein anderer Teil kann einmünden in kleinere Klassen, neue Arbeitsgemeinschaften und in die Ganztagesesschule, das heißt, wir bieten ausdrücklich mehr Lehrerarbeitsstunden an.

Zur Jugendsozialarbeit: Wenn eine Berufsschule oder eine Grundschule 30 Lehrer hat, wäre ein weiterer Lehrer nicht so wirksam wie wenn ein Jugendsozialarbeiter alle 30 Lehrer berät und optimiert. Ich sage dies in Selbstkritik. Ich glaube, dass die Jugendsozialarbeit die Pädagogik sinnvoll ergänzen kann und mancher hilflose Lehrer bei Problemen mit Drogen, in der Pubertät usw. mit dem

Jugendsozialarbeiter das Klima besser herstellen kann, als wenn nochmals ein akademischer Lehrer in der Lehrerkonferenz wirkt. Deswegen: Mehr Hauptamt, mehr Lehrerstellen und auch der Ausbau der Jugendsozialarbeit sind das, was Kommune und Land hauptamtlich bereitstellen müssen.

Aber die Schule muss nicht nur ein Ort des Hauptamtes sein. Ich will diesen Kongress, dieses Forum ausdrücklich bitten: Prüfen wir, wie wir freie Zeit aktivieren für die Gesellschaft und Gemeinschaft, denn es gibt in Baden-Württemberg genügend freie Zeit und auch in hohem Maße Bereitschaft zum Ehrenamt. Wenn man weiß, dass nur noch 26 Millionen Deutsche in sozialversicherungs-pflichtigen Beschäftigungsverhältnissen sind – nur noch jeder dritte Deutsche ist klassisch erwerbstätig – nehmen wir ein paar hunderttausend Unternehmer hinzu, dann kommt man trotzdem zu dem Ergebnis, dass zwei Drittel der Deutschen nicht mehr klassisch erwerbstätig sind, sondern sie gehen noch zur Schule, sind arbeitslos, arbeiten nicht oder sind im Ruhestand, dann müssen wir diese Zahl von über 50 Millionen Nichterwerbstätigen und die freie Zeit der Erwerbstätigen über die 38 Stunden pro Woche hinaus aktivieren, damit die Gesellschaft lebt und blüht, und aktivieren, dass manche Aufgabe in A 13 und BAT II nicht finanzierbar ist, sondern nur durch ein qualifiziertes Ehrenamt neben dem Hauptamt finanzierbar wird.

Derzeit geben Eltern ihre Kinder an der Schule ab und kommen außer am „Tag der offenen Tür“ und am Elternabend nicht hinein. Derzeit findet genügend Jugendverbandsarbeit auf der Vereins-sportstätte und nicht auf dem Schul-sportplatz statt. Wenn die Schule zur Ganztageschule wird, besteht eine elementare Gefahr: Verlierer wird die Verbandsjugendarbeit sein. In Frankreich haben wir die Ganztageschule. Wenn man Kinder um 8 Uhr abgibt und um 18 Uhr abholt, baut sich bei Vater und Mutter genügend Liebe, Neigung und schlechtes Gewissen auf, dass man die Kinder abends nicht mehr zur Blasmusik und zum Vereinssport fährt.

Wenn dem aber so ist und wir erreichen wollen, dass die Musik und Kultur, die Kirche und der Vereinssport nicht

Verlierer werden, dann müssen wir die Jugendarbeit unserer Verbände und Vereine und Kirchen in die Ganztageschule integrieren. Deswegen bieten wir allen Verbänden der Gesellschaft, dem Landessportverband, der Blasmusik, den Musikschulen, dem Gewerkschaftsbund, der IHK, BdA, Bdl, den Kirchen, allen, die in der Jugendarbeit engagiert sind, unsere Bereitschaft an, dass jenseits des Kernunterrichts die pädagogisch sinnvolle Betreuung, die Freizeitgestaltung auch eine Aufgabe des qualifizierten Ehrenamtes werden kann.

Gestern sprach ich mit dem Vorstandsvorsitzenden von DaimlerChrysler, Jürgen Schrempp darüber. Spontane Reaktion: Er macht die Zusage, dass an jedem Werksstandort in Baden-Württemberg – in Mannheim, in Rastatt, in Gaggenau, in Stuttgart, in Sindelfingen, in Ulm, in Friedrichshafen, in Wörth, das auch zu Baden-Württemberg gehört – er uns einige 10.000 Arbeitsstunden von Technikern, von Produktionsleitern, von Prokuristen für die Schule gibt, somit die Arbeitswelt und Wirtschaft in die Schule kommt und damit im Grunde genommen die Wirtschaft auch eine Chance hat, früher auf Technik und Wirtschaft vorzubereiten. An diesem Beispiel will ich aufzeigen: Ich will das Ehrenamt, das die Ganztageschule bereichert. Dies zu organisieren, kann niemand besser als der Bürgermeister und der Schulleiter vor Ort.

Deswegen, meine Damen und Herren, hier brauchen wir Sie! Das Schulamt, das Landratsamt entscheiden über Unterrichtsversorgung und halten Lehrstellen bereit. Aber der Schulleiter und der Bürgermeister wissen, was an qualifiziertem Ehrenamt, an Vereinsjugendarbeit vor Ort brauchbar ist. Sie kennen Ihre Pappenheimer wie kein zweiter! Deswegen wollen wir ein Schulbudget aufbauen, wollen wir Ihnen pauschal Mittel geben; und eine Rahmenvereinbarung treffen, in der Versicherungsrecht und Haftungsrecht geregelt sind. Und dann sollen Sie aus dem Budget zukaufen, was an Übungsleitern im Sport, in der Musik, bei den Selbstständigen für die Schulen neben dem Unterricht brauchbar für die Ganztagesbetreuung aufgebaut werden kann. Ich sehe darin ein Jahrzehntbauwerk, aber dies jetzt anzugehen, ist die

Erwartung von jungen Frauen. Wenn wir aus mehr Frauen Mütter, aus mehr Männern Väter und aus mehr Partnerschaften Familien machen wollen, dann wird die Ganztagesbetreuung als Angebot ohne Zwang die große Aufgabe und Chance schlechthin sein, dass Baden-Württemberg nicht nur Wachstumsland der älteren Generation, sondern auch Wachstumsland bei Neugeborenen wird. Wir haben derzeit 1,5 Neugeborene in Baden-Württemberg im Schnitt, deutschlandweit sind es 1,4. Wenn es gelänge, dass es von 1,5 in Richtung 1,8 geht, hätten wir im Grunde genommen die Erwartung für alle demografischen Aufgaben erfüllt. Die Ganztageschule wird hier ein wichtiges Modul, ein Angebot sein. Ich spreche das Thema Berufswahl an. Noch einmal haben wir eine geburtenstarke Generation. Die 13-Jährigen sind der stärkste Jahrgang, der derzeit in Baden-Württemberg aufwächst und bald eine Berufsentscheidung treffen muss. Die Berufswahl steht jedem frei. Dies zeichnet einen freiheitlichen Staat aus. Aber die Empfehlung, was ein junger Mensch machen soll, ist trotzdem eine Führungsaufgabe, bei der in den letzten Jahrzehnten Fehler gemacht worden sind. Wir haben viel zu viele junge Menschen am Arbeitsmarkt von morgen vorbei ausgebildet. Trotz Studium, trotz Berufsschule – klassisch – werden viele zukünftig arbeitslos sein. Deswegen brauchen wir eine Prognose 2012, wo der Arbeitsmarkt 2015 steht. 2012 ist der Jahrgang mit den meisten Studierenden. Da kommen zwei Abitursjahrgänge, die mit neun und die mit acht Gymnasialschuljahre zeitgleich an. Und die heute 13-Jährigen, der geburtenstärkste Jahrgang, kommen hinzu. Statt 40.000 Studienanfänger haben wir dann 80.000 im September/Oktober 2012 in Baden-Württemberg.

Darum will ich alle Partner bitten, die Eltern, das Arbeitsamt, die Bürgermeister, die Damen und Herren der Wirtschaft, die Sparkassenvorstände, die Verbände der Wirtschaft, die Medien: Wir müssen alles dafür tun, dass die, die heute zwischen 12 und 14 Jahre alt sind, neugierig werden für Berufe, für die eine Chance auf dem Arbeitsmarkt 2015 nach dem richtigen Studium besteht. Man könnte es auch zuspitzen und sagen, wir

brauchen weniger von meiner Zunft, wir brauchen gute, aber weniger Juristen, wir brauchen mehr Bereitschaft zur Naturwissenschaft, zur Lebenswissenschaft, zur Biowissenschaft und zur Ingenieurwissenschaft. Anzuregen, dass mehr junge Menschen in die Technik gehen, wird eine entscheidende Aufgabe der Schul- und Berufsberatung der nächsten Jahre sein. Dort hat Elite, die sie sind, eine tolle Chance. Den Bewusstseinswandel zu erreichen, ist auch eine Aufgabe, die vom Amtsblatt über die Partnerschaft zur Fachhochschule vor Ort in diesem Ausbau- und Masterplan entwickelt werden kann. Ich biete ausdrücklich Region für Region, IHK für IHK entlang der Unis und Fachhochschulen und Berufsakademien, die es in jeder Region gibt, an, dass wir das umsetzen, was an Empfehlung von Ihnen geraten wird. Die Prognose des Arbeitsmarktes 2015 muss die Vorgabe für den Ausbau der Studienfächer und Studienplätze 2010 ff. in Baden-Württemberg sein. Dann vergeuden wir keine Ressourcen und dann erreichen wir, dass die junge Generation Motor für eine aktive Wirtschaft, die wächst, für eine wettbewerbsfähige Wirtschaft in Baden-Württemberg bleiben kann: Schule, Hochschule, Arbeitsmarkt.

Wer die Demografie anschaut, wird erkennen müssen: Wir müssen im Leben länger arbeiten, als wir es derzeit gewohnt sind. Von Generation zu Generation gewinnen wir drei Lebensjahre. Meine Generation hat die Chance, dass sie sechs Jahre älter als die Generation des Großvaters wird. Mein Kind hat die Chance, mich um drei Jahre zu überleben in der Lebenserwartung insgesamt. Der Großvater hat bis 65 geschafft und wurde als Mann im Durchschnitt 69 Jahre alt. Vier Jahre Rente – da gab es keine Finanzierungsprobleme. Heute gehen wir mit 61/62 Jahren aus dem Arbeitsverhältnis, werden 75 Jahre alt und glauben, dass die 14 Jahre Differenz beliebig finanzierbar sind. Es muss kein Schwerpunkt heute sein, aber wenn es auf Bundesebene, auch für eine neue Koalition, ein praktisch nicht lösbares Problem gibt, dann dies der gesetzlichen Rentenversicherung. Deutschland hat in den Haushalten 1,5 Billionen = 1.500 Milliarden € Schulden! Jährlich kommen 70 Milliarden hinzu.

Aber die eigentlichen Schulden, die im Mittelpunkt stehen, sind diejenigen, die als Rechtsanspruch – Pension und Rente – zu nennen sind. Wenn man rentenversicherungsmathematisch die Rentenansprüche und die Pensionsaufgaben addiert, kommen wir auf 4 Billionen = 4.000 Milliarden Schulden, das heißt, die eigentlichen Schulden im Staatshaushalt sind nur ein Viertel dessen, was unsere Gesellschaft sich insgesamt an Ausgaben und Schulden aufgeladen hat. Wenn wir wissen, dass die Lebenserwartung noch immer um drei Jahre steigt von Generation zu Generation, dann muss doch klar sein, dass man nicht mit jeder Generation drei Rentenjahre gewinnen kann. Dann muss bei drei mehr Lebensjahren ein Arbeitsjahr, ein Weiterbildungsjahr und dann ein weiteres Ruhestandsjahr die Formel sein. Wir brauchen eine flexible und längere Wochen- und Jahres- und Lebensarbeitszeit.

Ich bin ausdrücklich unzufrieden mit, wie die öffentlichen Arbeitgeber derzeit verhandeln, wenn es mit ver.di um die Wochenarbeitszeit geht. Ich kritisiere unsere Uni-Kliniken, ich kritisiere den Bund und die kommunalen Arbeitgeber bundesweit. Wir muten den Beamten in Baden-Württemberg 41 Stunden zu. Mehr machen wir nicht. Ich verspreche ausdrücklich, die 42-Stunden-Woche ist nicht in der Schublade, ist nicht vorgesehen, weil es auch um Gerechtigkeit geht. Ich kann nicht immer nur beim Beamten mehr Zumutungen beschließen, nur weil dort der Gesetzgeber allein verantwortlich ist. Wir müssen mehr dafür tun, dass in den Tarifverträgen Metall, Chemie und auch bei der öffentlichen Hand die regelmäßige Wochenarbeitszeit wieder steigt. Drei Axiome stehen in der Arbeitswelt im Blickpunkt:

Erster Faktor: Bleibt der Arbeitsplatz hier oder geht er fort?

Zweiter Faktor: Ist der Lohn bezahlbar, oder ist Lohnsenkung angesagt?

Meine Behauptung ist, der Arbeitnehmer hat ein elementares Interesse daran, dass der Arbeitsplatz erhalten wird, dass der Lohn nicht gekürzt wird. Wenn diese beiden Axiome haltbar sind, ist er zur Mehrarbeit bereit – flexibel, wenn die Auftragsbücher voll sind, in der Woche, im Jahr und im Leben. Deswegen auch

längere Lebensarbeitszeit. Aber es kommt ein Problem. Schauen Sie mal den Karriereverlauf von Ihnen und von mir an.

Wir haben in unserem Berufsleben immer nur aufsteigende Linien vorgesehen und glauben, dass wir im letzten Arbeitsjahr und am letzten Arbeitstag auf dem Höhepunkt unserer Schaffenskraft sind. – Dies ist nicht der Fall. Im Bereich EDV und IT ist der Höhepunkt mit 38 Jahren! Danach geht's bergab.

Wenn am Fließband in Rastatt A-Klasse oder B-Klasse montiert wird – Präzision ohne und mit Steinkühler-Pause –, so packt ein 62-Jähriger diese Schnelligkeit, exzellente Qualität und Präzision nicht mehr. Deswegen müssen wir erreichen, wenn die Lebensarbeitszeit länger werden soll, dass man auch für Ende 50/Anfang 60/Mitte 60/Ende 60 Berufsbilder, Wertschöpfung anbietet, die dort noch gemacht werden kann und niemand überfordert ist.

Dies hat auch mit einer absteigenden Karriereentwicklung zu tun. Wir müssen uns in Deutschland darauf vorbereiten, was in anderen Ländern durchaus gang und gäbe ist, dass man in den letzten Berufsjahren etwas weniger arbeitet mit etwas weniger Verantwortung und etwas weniger Gehalt. Eine absteigende, eine ausklingende Karriere ist bei uns bisher nicht vorgesehen. Dafür haben wir keine Kultur. Wer die demografische Entwicklung sieht, der weiß, dass die Rente, dass die Pension 20 Jahre lang nicht bezahlbar ist, sondern man muss erreichen, dass es mehr Jahre gibt, in denen man einzahlt, Beitragszahler ist und nicht Rentner wird. Das geht aber nur, wenn man für die letzten Berufsjahre mit weniger Verantwortung und weniger Gehalt – die Kinder sind längst aus dem Haus – trotzdem Zufriedenheit zwischen dem Arbeitgeber und dem Arbeitnehmer herstellt.

Ich fordere eine Debatte über das Thema „Verantwortung in den letzten Berufsjahren“ im Einklang mit dem, was an Arbeitsleistung dann noch angeboten werden kann.

Thema „Arbeitslosigkeit“. Wer heute 52 Jahre alt ist, kommt nicht mehr ins Erwerbsleben zurück. – Eine dramatische Situation. Klar ist, bei den Lohnvoll-

kosten ist es auch nicht kalkulierbar, dass man für 40 € pro Stunde jemand erneut beschäftigt.

Jetzt spreche ich das Thema Kombilohn an. Wenn wir erreichen wollen, dass der Maurergeselle, wenn der Maurerbetrieb insolvent geworden ist, mit 54 Jahren erneut Arbeit bekommt, so müssen wir zu flexiblen Lösungen bereit sein, denn mit den Vollkosten bekommt er diese Arbeit auf dem ersten Arbeitsmarkt nicht. Ich glaube, dass die Entlastung des Arbeitgebers, indem man die Beiträge aus Haushalten des Staates finanziert, indem ein Teil des Lohns gezahlt wird, allemal günstiger ist als ALG I, ALG II und Sozialhilfe in den Jahren zwischen dem 50. und 65. Lebensjahr.

Hier ist – glaube ich – die Brücke, die man dem Arbeitgeber bauen muss, dass der Staat einen Teil der Vollkosten übernimmt und dadurch dann die Zahl der Arbeitnehmer und die Wertschöpfung sich nach oben entwickeln und die Zahl der Arbeitslosen abgesenkt werden kann.

Gestatten Sie mir zwei Punkte am Schluss. Wo sehe ich Wachstumsfelder für den Arbeitsmarkt, die sich ergeben aus der Demografie?

Ein Punkt ist das Thema „Pflege“. Nicht nur im Altenheim. Mit 62 Jahren geht da keiner rein. Die letzten zwei, drei Jahre im Leben – Schwerstpflegebedürftigkeit und Hospiz – geraten in den Mittelpunkt. Ich glaube, so wie die Betreuung der Kinder eine Wachstumsaufgabe für Sie und uns werden wird, obwohl die Zahl der Kinder zurück geht, so wird die Betreuung der Alten, deren Zahl steigen wird, eine Schwerpunktaufgabe der Kommunen, der Kirchen, der freien und der kommerziellen Träger in den nächsten Jahren werden müssen. Auch da glaube ich, dass mit dem Pflegeschlüssel, den wir haben, in BAT IV das Ganze nicht finanzierbar sein wird. Die Neuordnung der Pflegeversicherung, eine kapitalgedeckte neue Pflegeversicherung und das qualifizierte Ehrenamt in den Altenpflegeheimen sind Formeln, die ich nennen will.

Ich bin einigen kirchlichen Altenheimen dankbar, wo nicht nur der „Profi“ in die Betreuung geschickt wird, sondern das qualifizierte Ehrenamt hinzu kommt. Ich

glaube, dass auch hier – Stichwort Gesprächsbedarf, Stichwort Kontakt, Stichwort Freizeitangebot im Altenheim – die Gesellschaft gefragt ist. Wir schieben doch in Wahrheit die sozialen Aufgaben ab und stecken den Kopf in den Sand, besuchen die Oma einmal im Monat, ansonsten wenden wir uns von ihr ab und bezahlen mit Geld, dass andere hauptamtlich dafür verantwortlich sind. Ich fordere Ihre und meine freie Zeit ein für die Pflege der Alten, unserer Mütter und Väter und unserer Nachbarn. Ich glaube, dass hier, in der Öffnung der Altenpflege für die Gesellschaft eine ganz entscheidende demografische Aufgabe vor Ort gelöst werden muss.

Letzter Wachstumsmarkt: Gesundheit, Wellness, Tourismus.

Neben dem, was die Krankenkasse finanziert, werden immer mehr Menschen bereit sein, selbst etwas zu zahlen, damit Lebensqualität – Gesundheit, Operation, Reha, Wellness, Urlaubs- und Freizeitqualität – auf hohem Niveau geboten wird. Ich glaube, dass der Billigflieger nach Mallorca Konkurrenz bekommen muss durch uns, durch Baden-Baden, durch das Allgäu, Hohenlohe, Neckar-Odenwald, den Hochschwarzwald. Ich glaube, dass Baden-Württemberg eine Lebensqualität auch in der Freizeit, auch für den Urlaub anbieten kann. Der Bürger aus dem Ruhrgebiet hat mehr Ahnung davon, was im Schwarzwald geboten wird, als der, der aus Stuttgart oder Karlsruhe nur Richtung last minute, L-Tour und Mallorca blickt.

Ich will, dass Baden-Württemberg ein Ort der industriellen Wertschöpfung bleibt, aber auch ein Ort von Tourismus, Küche und Keller, Qualität und Natur, von Wellness werden kann. Ich glaube, dass hier in der Bewerbung Baden-Württembergs als ein 1a-Freizeitland auch eine Wachstumschance für uns liegt. Und wenn die Baden-Württemberger älter werden und eine Erbgeneration älter wird und viel an privatem Vermögen vorhanden ist, dann ist hier ein Wachstumspfad denkbar. Wir müssen erreichen, dass mehr von dieser Wertschöpfung in Baden-Württemberg selbst bleibt und nicht nur zu Arbeitsplätzen im Ausland führt. Alles in allem wird das eine spannende Debatte zu Demografie und Veränderung. Wir werden uns noch wundern, was

daraus in den Tagesordnungen eines Gemeinderates, eines Landtages in den nächsten Jahren entstehen wird. Deswegen biete ich den Damen und Herren aus der Kommunalpolitik mein Interesse, unsere Bereitschaft an: Lassen Sie uns in den nächsten Jahren die demografische Veränderung Baden-Württembergs zu einem Schwerpunkt machen für das, was an Veränderung für Förderprogramme, für Gesetze und für die Lebenswirklichkeit vor Ort entstehen muss.

Ich habe vor einigen Tagen den Technikvorstand von Nokia kennen gelernt; der sagt mir klar, Sie brauchen jetzt ein Gerät, ein Handy – Mobilfunk –, bei dem es maximal drei Knöpfe gibt: „An“ und „Aus“ und beides groß. Weiter war ich mit einem Fahrzeugbauer von VW im Gespräch, da ging es nicht um Betriebsrat und andere Reisende, da ging es um das Auto für die ältere Generation. Meine Damen und Herren, die Franzosen haben es uns vorgemacht. Beim Renault kommt man aufrecht rein, bei einem deutschen Fahrzeug muss man sich bücken. Wenn aber der Fahrer jedes Jahr ein halbes Jahr älter wird – und Deutschland wird derzeit Jahr für Jahr vier Monate älter, das heißt, die Gesellschaft altert um ein Dritteljahr –, dann muss auch das, was an Gebrauchsgütern besteht, was an ÖPNV und Infrastruktur aufgebaut wird, sich danach richten, wie der Verbraucher, der Nutzer sich selber demografisch verändert. Dieses in unsere Entscheidungswege, in unsere demokratischen Prozesse einzubauen, ist eine Aufgabe, für die ein derartiges Forum einen guten Anstoß geben kann.

Ich wünsche Ihren Beratungen guten Erfolg. Vielen Dank.

*Fragesteller:*

Herr Oettinger, ich finde Ihre Überlegungen gut, beim Ausbau von Betreuungsangeboten sehr stark auf Ehrenamtlichkeit zu setzen. Man muss natürlich definieren, wie das gemeint ist, denn nach unserer Erkenntnis aus der Praxis sind die Ehrenamtlichen zum Teil schon sehr stark belastet. Diejenigen, die sich engagieren, kriegen immer mehr ans Bein. Also hier muss man neue Leute gewinnen, ich denke auch, dass das

möglich ist. Aber, ich nenne Ihnen ein Beispiel aus der Praxis, die Standards betreffend, die es ja gibt und die angewandt werden. Wir haben begonnen mit dem Betreuungsangebot an der Grundschule – an der Realschule und Hauptschule gibt es sie schon, wir sind im übrigen beim IZBB durch die kuriose Vorgehensweise beim Land durchgefallen, jetzt machen wir das selbst –, und da ist uns jetzt gesagt worden, für 10 Kinder gibt es eine Fachkraft zur Betreuung bei der Hausaufgabenhilfe. Warum kann da nicht ein Gymnasiast oder ein Realschüler hier hereingeholt werden? Für ein kleines Taschengeld von 4-5 € pro Stunde macht der Hausaufgabenhilfe in der Grundschule, aber Originalton neuer Sozialverband: Das darf er nicht. Aber es gibt ab dem 11. Kind bereits zwei Fachkräfte. Wie kann man also diese geltenden Standards auflösen, wenn man andererseits mehr Ehrenamtlichkeit einfordert?

*Ministerpräsident Oettinger:*

Zur Frage Ehrenamt. Wir haben im Sport gute Erfahrungen mit den Übungsleitern gemacht. Das heißt, die Sportakademien bilden aus, die Ausgebildeten erwerben einen Schein, werden Übungsleiter und das Land bzw. zum Teil die Kommunen bezahlen einen fairen, bescheidenen Betrag als Anerkennung für diese Freizeitbetätigung. Genau so stelle ich es mir auch in anderen Bereichen vor. Weiterbildung, Qualifikation, dann eine faire Vergütung durch ein Budget, das das Land den Schulen gibt, und der Schulleiter und der Bürgermeister kaufen vor Ort ein, was an Kapazitäten besteht. Das kann in Stuttgart etwas ganz anderes sein als in Blaufelden. Das ist unterschiedlich von Ort zu Ort. Aber der Landessportverband sagt mir ganz konkret: Wir wollen rein, denn wenn wir nicht reinkommen, sind wir Verlierer, wenn die Ganztageschule die Kinder den ganzen Tag bindet. Zu den Standards: Ich bin bereit, über alles zu reden. Die Standardisierung der Jugendarbeit ist in Deutschland vom Kindergarten über Kinderkrippen bis zur Schule viel zu weit gediehen, wobei man sagen muss, hier hat das Landesjugendamt auch eine Verantwortung, aber klar ist, das Landesjugendamt ist in Wahrheit kein Landesamt, sondern ein Amt der Landkreise gewesen. Es gibt auch kaum

mehr Gesetze, aber die Fachbruderschaften und Fachschwesternschaften von den Sozialämtern, den Landratsämtern bis zum Sozialministerium unterlaufen oftmals den Willen, mit wenig Bürokratie das ganze zu ermöglichen.

Ich bin bereit, im Zuge des Ganztagesbetriebes nochmals über Wegnahme von Standards und Ermöglichung von Freiraum vor Ort ganz konkret zu beraten und zu entscheiden.

Zu IZBB – Ganztageserschulhausbau:

Wir haben mit den beiden Landtagsfraktionen heute Nachmittag ein Konzept erarbeitet, wie wir mit originären Landesmitteln und mit Umschichtung innerhalb der kommunalen Finanzmasse sowohl die Anträge, die nicht beschieden sind, wie auch künftige Anträge nach Ganztageserschulhausbau sehr nahe entlang der Landerschulhausbauförderrichtlinien finanzieren. Geben Sie uns Zeit. Wenn Sie morgen Früh die Zeitung aufmachen, werden Sie sehen, das Land wird in diesem Bereich nicht untätig sein.

*Fragesteller:*

Wenn diese ehrenamtliche Betreuung am Nachmittag stattfinden soll: Wo sind diese ehrenamtlichen Betreuer? Normalerweise sind sie unterwegs, sind sie bei der Arbeit. Wo nehme ich sie dann her?

*Fragestellerin:*

Könnte die Politik die Arbeitgeber nicht dahin unterstützen, dass sie, wenn sie Frauen einstellen, für den Fall des Ausfalls der Frau Unterstützung erhalten? Ich bin allein erziehende Mutter, bin Akademikerin und weiß, warum meine Kolleginnen keine Kinder bekommen. Das liegt nicht allein an der Betreuungsfrage, die ist auch sehr wichtig, und ich unterstütze das, was Herr Oettinger gesagt hat, sondern das liegt auch an dem Problem, dass man die Angst hat, nicht eingestellt zu werden, weil man Frau ist und Mutter ist und die Familienplanung möglicherweise noch nicht abgeschlossen hat.

*Ministerpräsident Oettinger:*

Zur Frage Ehrenamt am Nachmittag: Diese Frage ist berechtigt. Aber es gibt z. B. viele, die arbeiten von 5 bis 12 Uhr. Mir haben beim VFL Sindelfingen drei

Übungsleiter des Sports gesagt, sie machen derzeit Ballsport im Verein abends um 18 Uhr, sie würden lieber um 14 Uhr Ballsportübungsleiterangebote machen, denn sie kommen um 12 Uhr von der Schicht, sind um 14 Uhr fit und müssen abends um 20 Uhr ins Bett. Es werden also entlang der Veränderung der Arbeitswelt auch Tagesstunden eher frei. Ein Handwerksmeister im Ruhestand mit 63 Jahren wäre jenseits des Unterrichts für Metallbearbeitung oder Holzbearbeitung – z. B. für Vogelnistkästen etc. – für einen 14-Jährigen ein weitaus spannenderer Partner, als der Vater oder Lehrer in diesem pubertären Alter ist.

Meine Frau ist derzeit nicht erwerbstätig, hat zweimal die Woche 5 bis 6 Kinder bei uns zu Hause und drei Tage ist der Kleine bei anderen zu Hause. Das geht alles gut im Wohnzimmer. Aber wenn meine Frau einen Nachmittag in der Schule sein dürfte als Betreuerin mit den Sportgeräten, mit der pädagogischen Anweisung des Lehrers, mit der Rücksprachemöglichkeit, wäre diese Mutter- oder Elternarbeit weit wertvoller als zu Hause. Warum also nicht die nichterwerbstätigen Familienangehörigen in die Schule lassen?

Vorbild: Berufsakademie.

An der Berufsakademie sind 60 % der Unterrichtsstunden ehrenamtlich durch Lehrbeauftragte aus der Wirtschaft, die freigegeben werden vom Arbeitgeber, und es bringt denen was, denn sie bekommen von den Studierenden Fragen, die bei ihnen selber für Nachdenklichkeit sorgen. Und so wie die Berufsakademie im Kleinen 20.000 Studierende zu 60 % im Unterricht ehrenamtlich versorgt, müsste es möglich sein, dass außerhalb des Unterrichts auch unsere Schulkinder durch Ehrenamt Betreuungsangebote finden, die das Hauptamt, das man auch braucht, ergänzen.

Zur Frage der Mütter und Arbeitgeber:

Ich rate von noch mehr gesetzlichen Regelungen ab. Ich glaube folgendes: Weniger Mieterrecht und Mieterschutz führt zu mehr Wohnungen, und weniger Kündigungsschutz im Mutterschutz führt zu mehr Arbeitsplätzen.

Was wir brauchen, ist ein Bewusstseinswandel bei Arbeitgebern. Den haben wir schon bei vielen. Viele Arbeitgeber

erkennen, dass junge Frauen mit ihrer Qualifikation und Einstellung für einen Prozess der Teamarbeit neben jungen und erfahrenen Männern wertvoll sind. Den Kulturschock haben ja manche – wenige – Sparkassenvorstände hinter sich: die erste Frau im Vorstand. Ich möchte behaupten, dass Frau und Mann dem Ergebnis, der Qualität im Ablauf, auch den Benimmregeln gut tun. Das wissen viele Arbeitgeber. Deswegen bin ich dankbar, dass immer mehr Unternehmen Betriebskindergärten und betriebsnahe Kindergärten einrichten. Den Kommunen will ich den Rat und die Bitte weitergeben: Der Kindergarten ist nicht nur in der Ortsmitte gefragt. Wenn irgendwo ein Gewerbegebiet entsteht, 20 Handwerksmeister und Kleinbetriebe, kann dort ein betriebsnaher Kindergarten, bei dem Unternehmen zwei, drei Plätze buchen können, ein gutes Angebot im Wettbewerb um gute Arbeitnehmerinnen sein. Ich baue darauf, dass hier der Bewusstseinswandel Erfolge zeigt und halte den gesetzlichen Weg im Zeitalter der Deregulierung für nicht mehr angezeigt.

# Die Bedeutung der demografischen Entwicklung für die Kommunen in Baden-Württemberg – Aktuelle Studie –

**Dr. Gisela  
Meister-Scheufelen**  
Präsidentin des  
Statistischen  
Landesamtes  
Baden-Württemberg,  
Stuttgart

# Die Bedeutung der demographischen Entwicklung für die Kommunen in Baden-Württemberg

Vortrag Präsidentin Dr. Gisela Meister-Scheufelen  
am 25.10.2005, 11.15 Uhr in Baden-Baden, Kongresshaus

## 9. Kommunalforum der Sparkassen-Finanzgruppe

Die Zukunft im Griff – im Griff der Zukunft?

...Demographischer Wandel in Kommunen.

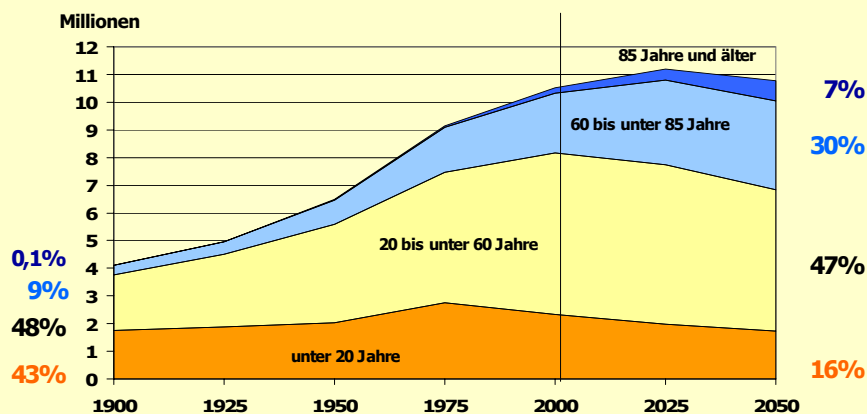
© Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Stuttgart, 2005  
Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

### - Es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrte Damen und Herren,

Perikles sagte: „Es kommt nicht darauf an, die Zukunft vorauszusagen, sondern darauf, auf sie vorbereitet zu sein.“ Wir treffen also Wenn-Dann-Aussagen. Deutschland ist eine der am schnellsten alternden Gesellschaften der Welt! Lassen Sie mich dies am Beispiel von Baden-Württemberg darstellen und auf die Folgen eingehen, soweit uns für eine solche Bewertung Daten vorliegen.

## Bevölkerung Baden-Württembergs 1900 bis 2000 sowie Entwicklung bis 2050<sup>\*)</sup>



\*) Bis 2000 Ist-Werte; danach Landesvorausrechnung Basis 2001, Variante 1:  
Wanderungsgewinne von durchschnittlich +38 000 Personen pro Jahr.

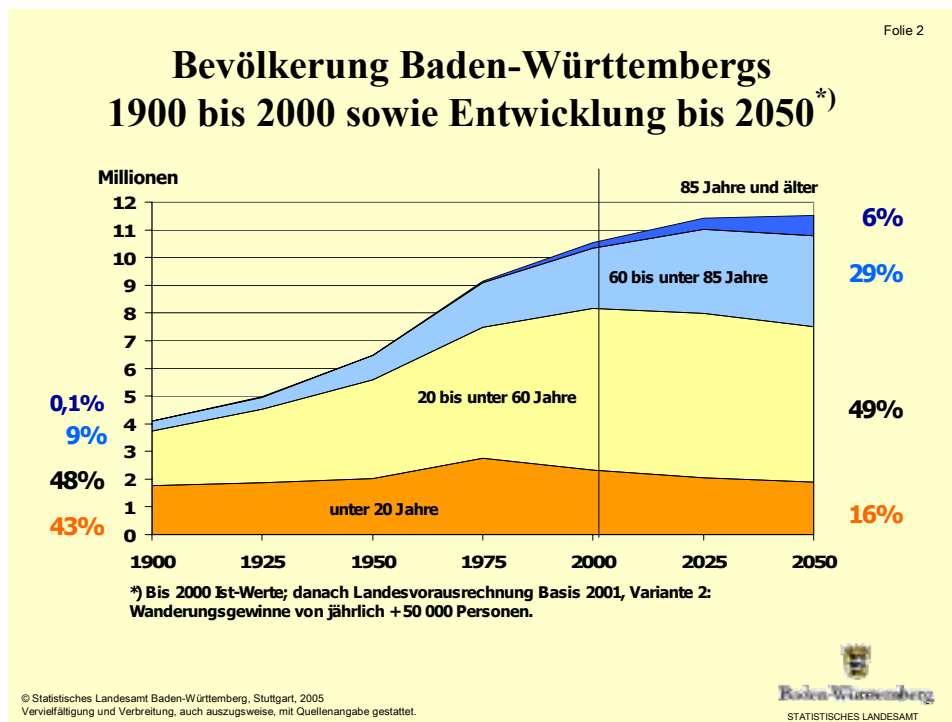
© Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Stuttgart, 2005  
Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

Um 1900 lebten in Württemberg und in Baden etwas über 4 Mill. Menschen. Diese Zahl ist bis heute auf rund 10,7 Mill. angewachsen. Allein in den 50 Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg von 1950 bis 2000 hatten wir in Baden-Württemberg einen Bevölkerungszuwachs von knapp 64 %. Alle anderen Bundesländer lagen demgegenüber deutlich zurück. Die zweitstärksten Zuwächse konnte Hessen mit 40 % verzeichnen. Baden-Württemberg war in den letzten 50 Jahren **die** Zuwanderungsregion Deutschlands.

Wir gehen bei der Bevölkerungsvorausrechnung von folgenden 3 Annahmen aus: Die **Geburtenrate** bleibt bei den heutigen Werten, die **Lebenserwartung** steigt ähnlich wie in den letzten Jahrzehnten und wir erleben in Baden-Württemberg auch in den nächsten 50 Jahren einen nennenswerten **Zuwanderungsgewinn**.

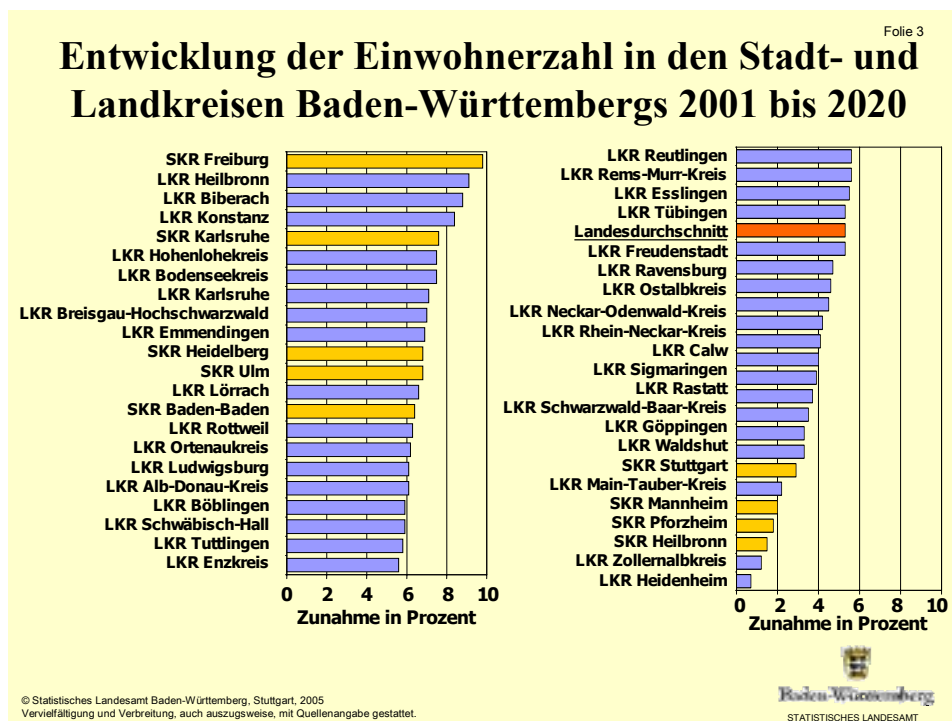
Wenn wir von einem durchschnittlichen Wanderungsgewinn von 38 000 Personen pro Jahr ausgehen, dürfte die Einwohnerzahl des Landes bis zum Jahr 2025 noch mal um etwa 475 000 (gegenüber Jahresende 2004) auf fast 11,2 Mill. zunehmen. Ab 2025 erwarten wir auch in Baden-Württemberg einen Rückgang. Die Einwohnerzahl würde sich bis 2050 allerdings auf das heutige Niveau von ca. 10,8 Mill. Menschen einpendeln.

Die entscheidende Aussage liegt nicht im Größenumfang der Bevölkerungsentwicklung, sondern im Alterungsprozess. Im Jahr 2000 hatten wir die **historische Zäsur**, dass es in Baden-Württemberg erstmals mehr über 60-Jährige als unter 20-Jährige gab. Während um 1900 noch fast jeder Zweite in der Bevölkerung unter 20 Jahre alt war, ist dies heute nur noch gut jeder Fünfte, im Jahr 2050 wird es nur noch jeder Sechste sein. Im Jahr 2050 wird mehr als jeder Dritte über 60 Jahre alt sein. Das Durchschnittsalter unserer Bevölkerung wird von heute knapp 41 Jahren auf fast 49 Jahre ansteigen.



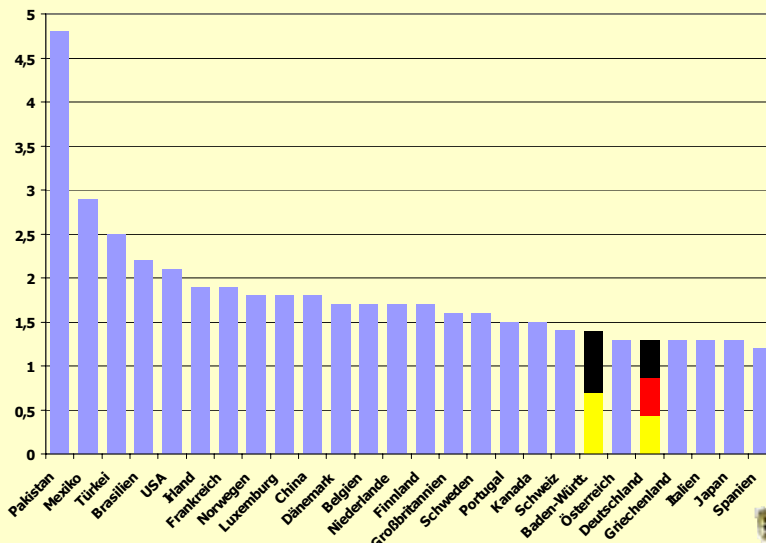
Das Statistische Landesamt Baden-Württemberg hat im Januar 2003 eine neue Bevölkerungsvorausrechnung durchgeführt und Werte angepasst. Dies betrifft vor allem die Annahme des Zuwanderungsgewinns. Wir gehen von 2 Modellrechnungen aus. Von einem Zu-

wanderungsgewinn innerhalb der nächsten 50 Jahre von 38 000 Menschen und von 50 000 Menschen. Seit 1950 hatte Baden-Württemberg einen Zuwanderungsgewinn von jährlich durchschnittlich 57 000 Menschen, seit der Landesgründung 1952 von 52 000 Menschen pro Jahr. Dies war auf die Flüchtlings- und Vertriebenenströme nach dem Zweiten Weltkrieg, die Gastarbeiterzuwanderung sowie Arbeitskräftezuwanderung aus anderen Teilen Deutschlands, die Bürgerkriegsflüchtlinge und die einigungsbedingte Zuwanderung aus Ostdeutschland zurückzuführen. Wir gehen davon aus, dass die EU-Osterweiterung und auch ein weiterhin bestehendes Gefälle wirtschaftlich erfolgreicher und weniger erfolgreicher Regionen Deutschlands zu nennenswerten Zuwanderungsgewinnen Baden-Württembergs führen wird. Die Folie mit der Variante 50 000 Menschen Zuwanderungsgewinn würde die Bevölkerungszahl auf ca. 11,5 Mill. anwachsen lassen, hätte aber kaum Einfluss auf den Alterungsprozess.



Nach unseren Regionalvorausrechnungen ergeben sich in diesem und im kommenden Jahrzehnt in allen Stadt- und Landkreisen Bevölkerungszuwächse. Sie verteilen sich allerdings regional recht unterschiedlich. **Landesweit** kann mit einem Bevölkerungszuwachs von etwa 450 000 Personen bis 2020 gegenüber dem Jahresende 2004 gerechnet werden (+ 4,2 %). Bezogen auf die Kreisebene erwarten wir die höchsten Zuwächse bis 2020 in der Stadt Freiburg sowie in den Landkreisen Heilbronn und Biberach (etwa + 9 % bis 10 %). Am Ende der Rangskala finden sich die **Stadtkreise** Mannheim, Pforzheim und Heilbronn sowie die **Landkreise** Zollernalb und Heidenheim mit einem Bevölkerungsanstieg von 1 % bis 2 %. Generell gilt auch hier: das Bevölkerungswachstum steht und fällt mit der Entwicklung der Zu- und Fortzüge.

## Durchschnittliche Kinderzahl je Frau in ausgewählten Ländern der Erde

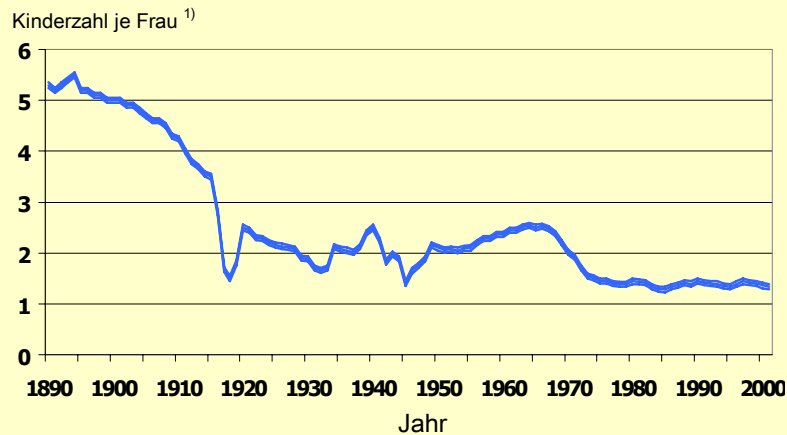


© Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Stuttgart, 2005  
Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

Baden-Württemberg  
STATISTISCHES LANDESAMT

Deutschland und so auch Baden-Württemberg hat wie kein anderes Land der Welt bereits seit Ende der 60er-Jahre einen Geburtenrückgang zu verzeichnen und seit Mitte der 70er-Jahre ein Drittel zu wenig Geburten als notwendig wären, um den Bevölkerungsstand ohne nennenswerte Zuwanderungen zu halten. Derzeit liegt die Geburtenrate in Deutschland bei 1,34 Kinder pro Frau (134 Kinder, die von 100 Frauen geboren werden) und in Baden-Württemberg bei 1,36 Kinder pro Frau (136 Kinder, die von 100 Frauen geboren werden). Die leicht höhere Geburtenrate in Baden-Württemberg liegt an der höheren Zuwanderungsrate. Die zuwandernde Bevölkerung ist in der Regel 10 Jahre jünger als die einheimische. Wichtig ist die Erkenntnis, dass die Zuwanderung im Einzelfall Probleme des Fachkräftemangels lösen kann, sie löst aber keine demographischen Probleme. Um die heutige Altersstruktur aufrechtzuerhalten, benötigte Baden-Württemberg einen Zuwanderungsgewinn von jährlich ca. 170 000 Menschen. Dies würde unsere Integrationskraft sicher übersteigen. Die niedrige Geburtenrate Deutschlands wäre weniger problematisch, wenn wir weltweit die gleiche Entwicklung feststellen würden. Dies ist aber nicht der Fall. Die USA, der wichtigste Absatzmarkt Baden-Württembergs, haben eine bevölkerungserhaltende Geburtenrate von 2,1 Kinder pro Frau (weiße Bevölkerung bei 2,0 und die farbige Bevölkerung bei 2,2 Kinder pro Frau). Frankreich, der wichtigste Absatzmarkt Deutschlands für deutsche Waren, hat eine Geburtenrate von 1,9 Kinder pro Frau.

## Entwicklung der durchschnittlichen Kinderzahl je Frau im Deutschen Reich und im früheren Bundesgebiet 1890 bis 2001



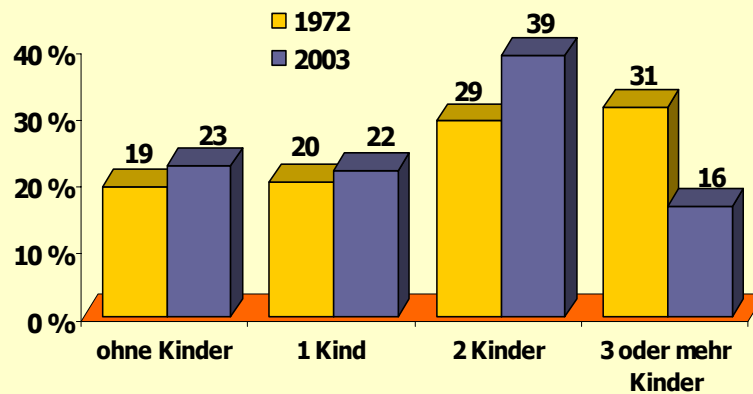
1) Zusammengefasste Geburtenziffern  
(Summe der altersspezifischen Geburtenhäufigkeiten je Kalenderjahr).

© Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Stuttgart, 2005  
Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

1890 hatten wir im Deutschen Reich die dritthöchste Geburtenrate Europas. Heute haben wir in Deutschland die viertniedrigste Geburtenrate der Europäischen Union. Deutschland ist also innerhalb von 100 Jahren von einem Extrem in das andere übergegangen. Der Grund für den deutlichen Rückgang der Geburtenrate von 1890 bis zum 1. Weltkrieg bestand in der Industrialisierung, der Verstädterung, der Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit und der gesetzlichen Rentenversicherung.

Die relativ konstante Entwicklung der Kinderzahl je Frau in den vergangenen Jahren bedeutet nicht, dass auch die absolute Zahl der jährlich geborenen Kinder relativ gleich bleibend verlaufen ist. Vielmehr beobachten wir seit Mitte der 90er-Jahre einen neuen Schub des Geburtenrückgangs. In 2004 lag die Zahl der Geborenen mit rund 96 700 Kindern um fast ein Fünftel niedriger als 1990 (118 600 Geborene). Dieser Rückgang hängt zum größeren Teil damit zusammen, dass sich die Jahrgangsstärken der Frauen im Altersbereich zwischen 15 und 45 Jahren verschoben haben. Selbst wenn das generative Verhalten künftig bleibt wie heute, so rechnen wir auch dann für die nächsten Jahre mit einem weiteren Rückgang der Geborenenzahlen.

## Frauen nach der Anzahl der Kinder in Baden-Württemberg<sup>\*)</sup>

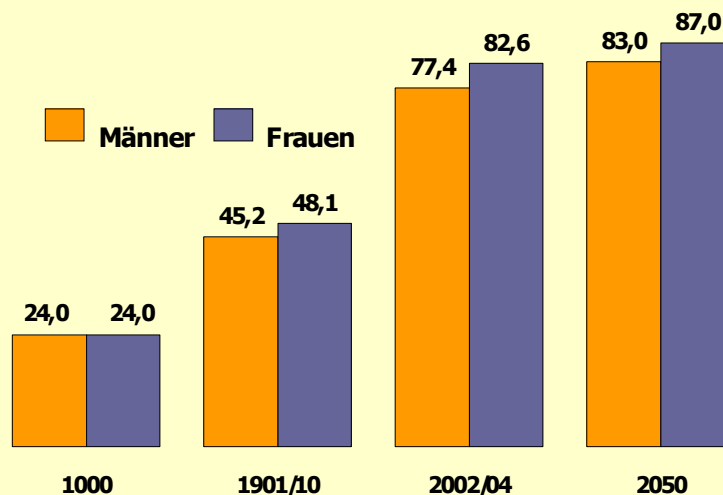


<sup>\*)</sup> Frauen im Alter von 40 bis unter 45 Jahren

© Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Stuttgart, 2005  
Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

Baden-Württemberg  
STATISTISCHES LANDESAMT

## Entwicklung der durchschnittlichen Lebenserwartung bei der Geburt in Baden-Württemberg seit Beginn des 2. Jahrtausends mit Prognose für das Jahr 2050<sup>\*)</sup> in Jahren



<sup>\*)</sup> 1000 und 2050 Schätzung, 1901/1910 Sterbetafel für Württemberg, danach heutiges Baden-Württemberg.

© Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Stuttgart, 2005  
Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

Baden-Württemberg  
STATISTISCHES LANDESAMT

Derzeit haben Frauen eine Lebenserwartung von fast 82,6 Jahren, Männer von 77,4 Jahren. Den großen Unterschied führen wir z.T. auf biologische Ursachen zurück (3 Jahre), im Übrigen auf die unterschiedliche Lebensweise (Bayerische Klosterstudie). Wir erwarten bis 2050 eine Zunahme der Lebenserwartung bei Frauen um 4,5 Jahre, bei Männern sogar um etwa 5,5 Jahre. Der Unterschied der Lebenserwartung würde demnach auf rund 4 Jahre zurückgehen. Im Jahr 1000 n.Chr. hatte die Menschen eine Lebenserwartung von ca. 20 Jahren, 1900 von ca. 40 Jahren, heute von knapp 80 Jahren.

## Einflussfaktoren auf das Geburtenverhalten einer Generation

1. **Zukunftsoptimismus versus Zukunftspessimismus**
2. **Pluralität der Lebensformen**
3. **Vereinbarkeit von Familie und Beruf**
4. **Finanzielle Situation von Familien**
5. **Verlässliche Partnerschaft**
6. **Gesellschaftliche Akzeptanz berufstätiger Mütter**
7. **Hohe Wertschätzung des Kindes**

© Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Stuttgart, 2005  
Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.



In Deutschland hat sich die Geburtenhäufigkeit in den letzten 100 Jahren von rund 500 Kindern, die von 100 Frauen geboren werden, auf 134 Kinder reduziert. Für die Bestandserhaltung einer Gesellschaft benötigen wir 210 Kinder, die von 100 Frauen geboren werden. Die Frauenjahrgänge von 1935 bis 1938 waren in Baden-Württemberg die letzten, die sich vollständig reproduziert haben. Dies sind also Frauen, die heute etwa 66 bis 69 Jahre alt sind.

Der Geburtenrückgang hat vielfältige gesellschaftliche Auswirkungen, z. B. auf die Sozialversicherungssysteme. Aber nicht nur die Auswirkungen auf Soziale Sicherungssysteme oder die Sorge um ein mangelndes Erwerbstätigenpotential sollten uns fragen lassen, warum es zu dieser Entwicklung gekommen ist und wie man gegensteuern kann. Es sind auch nicht nur materielle Gründe, die uns Fragen aufwerfen. Viele erkennen auch, dass Kinder ein Wert an sich sind. Eine Gesellschaft ohne Kinder verliert mehr als die Finanzierungsbasis für ein soziales Sicherungssystem.

Wo liegen nun die Ursachen für diese Entwicklungen und warum unterscheidet sich das generative Verhalten der jungen Generationen in Frankreich, Norwegen und Dänemark seit 3 Jahrzehnten so deutlich von dem in Deutschland? Zunächst gilt festzuhalten, dass es keine Monokausalität gibt, denn dann gäbe es vermutlich auch ein Patentrezept. Stattdessen gibt es viele Einflussfaktoren, weshalb sich junge Paare nicht für das erste Kind oder Paare mit 2 Kindern nicht für ein drittes oder viertes Kind entscheiden.

Hier sollen **einige Einflussfaktoren** vorgestellt werden:

### **Zukunftsoptimismus versus Zukunftspessimismus**

In gesellschaftlichen Krisen- und Umbruchsituationen verzichten Menschen auf die Geburt von Kindern. Dies zeigt z.B. das deutliche Absinken der Geburtenrate der Neuen Bundesländer nach dem Zusammenbruch der DDR. Eine Entwicklung, die in allen ehemals kommunistischen osteuropäischen Ländern festzustellen werden kann. Allerdings trifft der Umkehr-

schluss nicht zu. Auch mit Stabilisierung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Situation kehrt die Geburtenrate nicht wieder auf ihr altes Niveau zurück. Unsicherheiten, wie sie zur Zeit in der deutschen Gesellschaft bestehen, hohe Arbeitslosigkeit, Unsicherheit über den Fortbestand der Sozialsysteme, hohe Verschuldung und wirtschaftlicher Abschwung tragen durchaus mit dazu bei, dass Menschen die Realisation ihres Kinderwunsches erst einmal aufschieben, bzw. ganz auf Kinder verzichten.

### **Plurale Gesellschaft und Wertewandel**

Plurale Gesellschaft meint, dass sich Lebensformen ausdifferenziert haben, dass es keine Standardbiographie mehr gibt, die das Leben des einzelnen Mannes oder der einzelnen Frau bestimmt. Was vor vierzig Jahren noch als Stationen des Lebens für die meisten selbstverständlich war: Schule, ggf. Ausbildung (oft nur für den Mann), Heirat, Geburt von Kindern, Großelternschaft, Ehen nicht auf Zeit, sondern bis zur Verwitwung, ist heute durch eine breite Palette an Lebensformen abgelöst worden: Singles, nichteheliche Partnerschaften, Alleinerziehende, Patch-Work-Familien, Wiederverheiratete, Living-Apart-together: Paare mit getrennten Haushalten. Viele dieser Lebensformen sehen nicht mehr zwangsläufig Kinder vor. Hinzu kommt eine Pluralisierung der Werte. Es gibt keine normative Verbindlichkeit mehr, Kinder zu bekommen. Sie sind zu einer denkens- und planenswerten Option neben anderen geworden. Sie sind keine Selbstverständlichkeit. Die Entscheidung für ein Kind fällt häufig sehr bewusst, ist Ausdruck einer Wahl zwischen mehreren Möglichkeiten. Die Einstellung zu Kindern hat sich verändert, vielfach hat man sich schon an ein Leben ohne Kinder gewöhnt und setzt andere Prioritäten.

Wer sich für Kinder entscheidet, nimmt bewusst in Kauf, dass er oder sie auf andere Optionen verzichten muss. Freiheit, Selbstverwirklichung, Erlebnisorientierung, die in unserer individualisierten Gesellschaft hoch gehandelt werden, sind mit Kind nur noch eingeschränkt umzusetzen. Die Qual der Wahl wird durch die Möglichkeiten der Familienplanung „erleichtert“. Hat Verhütung versagt, bleibt immer noch der Schwangerschaftsabbruch als eine zunehmend von der Gesellschaft akzeptierte Alternative. (10 % aller Schwangerschaften werden abgebrochen). Während deutsche Paare dann immer öfter die Konsequenz ziehen und ganz auf Kinder verzichten, kann man in vielen anderen europäischen Ländern feststellen, dass Paare zumindest ein Kind bekommen, dann aber auf das zweite oder dritte Kind verzichten.

### **Schwierige Vereinbarkeit von Familie und Berufstätigkeit**

Eine ganz wesentliche Rolle für die niedrigen Geburtenraten spielt die Doppelsozialisation bei den Frauen: Die Vereinbarkeit von Familie und Berufstätigkeit.

Was ist *darunter* zu verstehen: Vor vierzig Jahren wurden Frauen darauf vorbereitet, dass ihre wesentliche Lebensaufgabe in der Geburt und Erziehung von Kindern liegt. Heutzutage werden Frauen zwei sinnstiftende Bereiche für ihr Leben vermittelt. Zum einen weiterhin die Mutterschaft und zwar mit dem hohen Anspruch, für das Kind ganz da zu sein, Liebe, Kraft und Zeit zu investieren; zum anderen aber auch die Verwirklichung über eine Erwerbstätig-

keit und das Erreichen von beruflichen Zielen als Lebensinhalt. Junge Frauen haben somit heute zwei Ziele in ihrer Lebensgestaltung: Familie und Beruf. Wie sie diese beiden Lebensbereiche miteinander vereinbaren können, wird in unserer Gesellschaft aber zu wenig mitbedacht und das hat Folgen.

So wird die Geburt des ersten Kindes in ein höheres Lebensalter verschoben (Durchschnitt bei Geburt des ersten Kindes liegt bei über 29 Jahren). Eine Frau möchte die hohen Investitionen in ihre Ausbildung nutzen und sich vor der Familiengründung erst beruflich etabliert haben, dies auch deshalb, weil sie weiß, dass sie nach einer kindbedingten Unterbrechung der Erwerbstätigkeit oft keine Tätigkeit findet, die ihrer Qualifikation entspricht. Um den Berufseinstieg dann wieder realisieren zu können wird oft auf ein zweites oder drittes Kind verzichtet. Frauen, die bereits in jungen Jahren Karriere machen, verzichten häufig ganz auf Kinder, weil der Verdienstaufschlag aber auch der Verzicht auf die Gestaltungsspielräume, die eine qualifizierte berufliche Position bietet, als ein zu großer Nachteil empfunden werden. Das trifft europaweit insbesondere auf Hochschulabsolventinnen zu.

### **Schwierige ökonomische Situation von Familien**

Kinderreiche Familien und Alleinerziehende gehören in Deutschland zu den am stärksten von „Armut“ betroffenen Gruppen. Die meisten Familien müssen in der Regel mit dem Einkommen eines Hauptverdieners auskommen und haben damit Pro-Kopf deutlich weniger zur Verfügung als Kinderlose. Familien stehen gegenüber dem, was sich Singles oder Doppelverdiener ohne Kind leisten können, eindeutig im Abseits.

In Deutschland bekommt eine Familie mit drei Kindern 23% zusätzliches Einkommen als Transferleistung. In Ländern wie Frankreich oder Belgien sind es dagegen über sechzig Prozent Einkommenserhöhung. Kinderreiche Familien müssen in Deutschland also mit eher niedrigen Transferleistungen auskommen, während Länder mit einer höheren Geburtenrate oft deutlich großzügiger zugunsten der Familien mit mehreren Kindern umverteilen. Die Ursachen für eine Entscheidung gegen Kinder sind also materieller Art aber auch struktureller Art, was fehlende Kinderbetreuungseinrichtungen und familienfreundliche Arbeitsbedingungen anbetrifft.

Auf der anderen Seite hat unsere durch Optionenvielfalt geprägte Gesellschaft einen dominanten Einfluss. Der moderne Mensch soll mobil, flexibel sein, alles was sich bietet, ausprobieren. Mit der Geburt eines Kindes werden für Eltern aber Optionen großteils verschlossen, insbesondere die Option der Verwirklichung über eine Berufstätigkeit. Eine kinderfreundliche Gesellschaft, die ihrer negativen demographischen Entwicklung entgegensteuern möchte, muss sich daher fragen, wo sie Optionen für Familien öffnen und wo sie strukturelle Barrieren abbauen kann. Dazu kann sicher der Blick über die Grenzen in unsere europäischen Nachbarländer nicht schaden. Länder wie Dänemark, Schweden, Belgien oder Frankreich, mit vergleichsweise höheren Geburtenraten zeichnen sich dadurch aus, dass sie Paaren die Vereinbarkeit von Familie und Berufstätigkeit eher ermöglichen, dass sie finanzielle Leistungen stärker zugunsten der Familien gesellschaftlich umverteilen und dass von der Gesellschaft im wesentlichen die Berufstätigkeit von Müttern akzeptiert wird und von der Wirtschaft flexiblere Arbeitsbedingungen geboten werden.

Länder wie Deutschland, Italien oder Spanien, die traditionell die Mutter mit dem Kind im häuslichen Rahmen sehen, haben unflexiblere Arbeitszeitmodelle, lassen kinderreichen Familien eher wenig finanzielle Umverteilung zukommen. Und diese Länder weisen im europäischen Vergleich niedrige Geburtenraten auf.

### **Verlässliche Partnerschaft**

Studien belegen, dass für Frauen eine harmonische und stabile Partnerschaft ein wichtiges Kriterium für die Verwirklichung ihres Kinderwunsches ist. Sehen sie das nicht als gegeben an, verzichten sie eher auf Kinder, als das Risiko einzugehen, dem Kind womöglich keine vollständige Familie im traditionellen Sinne bieten zu können. In unserer werteppluralen Gesellschaft sind jedoch auch Partnerschaft und Ehe oft nur noch zu einer Option auf Zeit geworden. Aus heutiger Sicht wird etwa ein Drittel der Mitte der 80er-Jahre geschlossenen Ehen letztlich vor dem Scheidungsgericht enden. Diese Brüchigkeit von Partnerschaften wirkt sich vermutlich auch auf die Geburtenrate aus. In Deutschland dokumentiert die Ehe immer noch zumindest im gewissen Rahmen die Verbindlichkeit einer Beziehung. Ein Viertel der Frauen der Geburtsjahrgänge ab 1960 wird voraussichtlich zeitlebens unverheiratet bleiben, Frauen der Geburtsjahrgänge bis 1940 sind dagegen zu über 90 % eine Ehe eingegangen.

### **Gesellschaftliche Akzeptanz berufstätiger Mütter**

Zu der europaweiten Entwicklung kommt noch ein typisch deutsches Phänomen hinzu: Berufstätigkeit von Frauen ist zwar akzeptiert, aber nur solange keine kleinen Kinder im Haushalt leben. Mütter, die Vereinbarkeitslösungen suchen, müssen sich neben allen anderen Schwierigkeiten auch noch mit einem negativen gesellschaftlichen Urteil auseinandersetzen. Ein Großteil der Elternpaare wünscht sich Teilzeitmodelle, um eine Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu realisieren. Dass ein Partner qualifiziert Teilzeit erwerbstätig ist, der andere Vollzeit oder dass sogar beide Elternteile in Teilzeit arbeiten, ist in Deutschland oft noch nicht umsetzbar.

In vielen europäischen Ländern, die eine höhere Geburtenrate haben, liegt die Situation anders:

*Selbstverständliche Akzeptanz:* In Schweden beispielsweise sind drei Viertel der Befragten der Meinung, dass die Berufstätigkeit der Frau auch bei einem kleinen Kind im Haushalt selbstverständlich möglich sein sollte und sich nicht negativ auf die Entwicklung des Kindes auswirkt. In Deutschland liegt der Anteil der Befragten, die sich dieser Meinung anschließen können, unter einem Drittel und das konstant seit Jahren ( internationale Studie ISSP ).

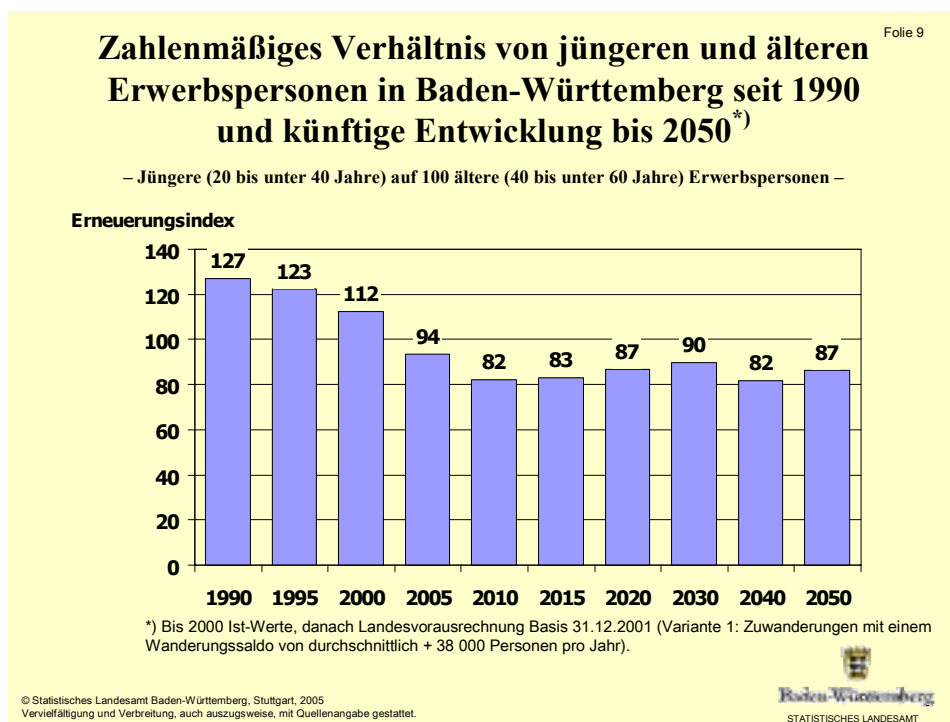
*Bessere Möglichkeiten der Kinderbetreuung:* In Dänemark steht für jedes zweite Kind unter drei Jahren eine Betreuungsmöglichkeit zur Verfügung, ähnlich ist die Situation in Norwegen oder den USA. In Deutschland gibt es dagegen in den alten Bundesländern gerade mal für 2 % der unter Dreijährigen Betreuungsplätze. In Frankreich müssen sich Eltern keine Gedanken machen, wie sie ihre Kinder nachmittags unterbringen, weil es flächendeckend die Ganztageschule gibt, ein Modell, das in Deutschland gerade erst diskutiert wird.

*Flexible Arbeitszeitmodelle:* In Schweden hat sich der Staat aktiv um Arbeitszeitmodelle bemüht, die Möglichkeit der Teilzeitarbeit für Eltern ist weitgehend eine Selbstverständlichkeit.

## Hohe Wertschätzung von Kindern

Eine Ursache auf Kinder zu verzichten, ist - paradoxerweise - die hohe Wertschätzung von Kindern. Dieser Satz mag zunächst sehr widersprüchlich klingen. Um es vereinfacht zu sagen: Früher bekam man Kinder einfach. Heutzutage dagegen entscheidet man sich sehr bewusst. Und diesen Kindern möchte man dann ermöglichen in unserer Leistungsgesellschaft ein erfolgreiches und glückliches Leben zu starten. Sie sollen keine materiellen Sorgen haben, pädagogisch wertvoll erzogen werden, genug Zeit und Zuwendung bekommen. Daher wird der ideale Zeitpunkt für die Geburt geplant. Das „Nest“ muss gemacht sein, die Bedingungen für den neuen Erdenbürger sollen möglichst perfekt sein. Ist dieser Kontext nicht gegeben, entscheiden sich Paare oft lieber gegen ein Kind, bevor sie es ihm „zumuten“, in weniger idealen Verhältnissen aufzuwachsen.

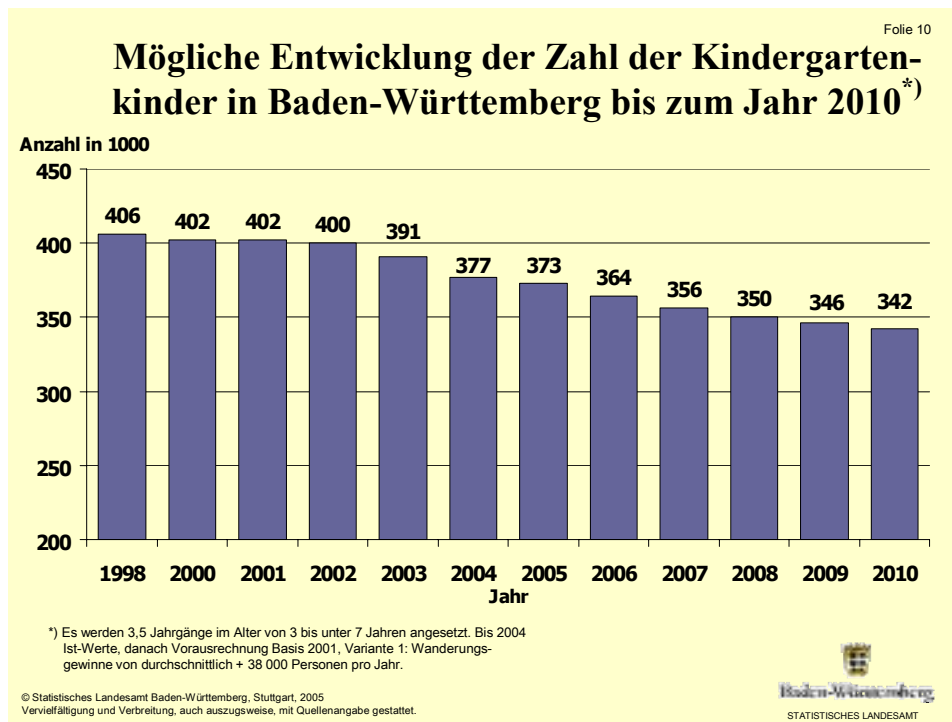
Kommen wir nun wieder zurück zu den Erkenntnissen aus unseren Bevölkerungsvorausrechnungen.



Ende 2000 haben wir die historische Zäsur erlebt, dass erstmals der Anteil der unter 20-jährigen geringer war als der Anteil der 60-Jährigen und Älteren. Der Anteil der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter nimmt künftig von heute 56 % auf 47 % im Jahre 2050 ab.

Besonders interessant sind die Alterungsprozesse auch innerhalb der Erwerbstätigenbevölkerung. Während 1990 auf 100 40- bis 60 jährige Erwerbstätige noch 127 20- bis 40 Jährige kamen, ist der Anteil der 20- bis 40 Jährigen jetzt bereits auf 98 (Ende 2004) gesunken. Es gab also bereits zum Jahresende 2004 die historische Zäsur, dass wir erstmals weniger jün-

gere als ältere Arbeitnehmer hatten. Im Jahr 2050 wird das Zahlenverhältnis von „Jüngeren“ zu „Älteren“ in der Erwerbsbevölkerung auf deutlich unter 100 gesunken sein. Auf 100 40- bis 60 jährige Erwerbstätige werden lediglich 87 20- bis 40 Jährige kommen.



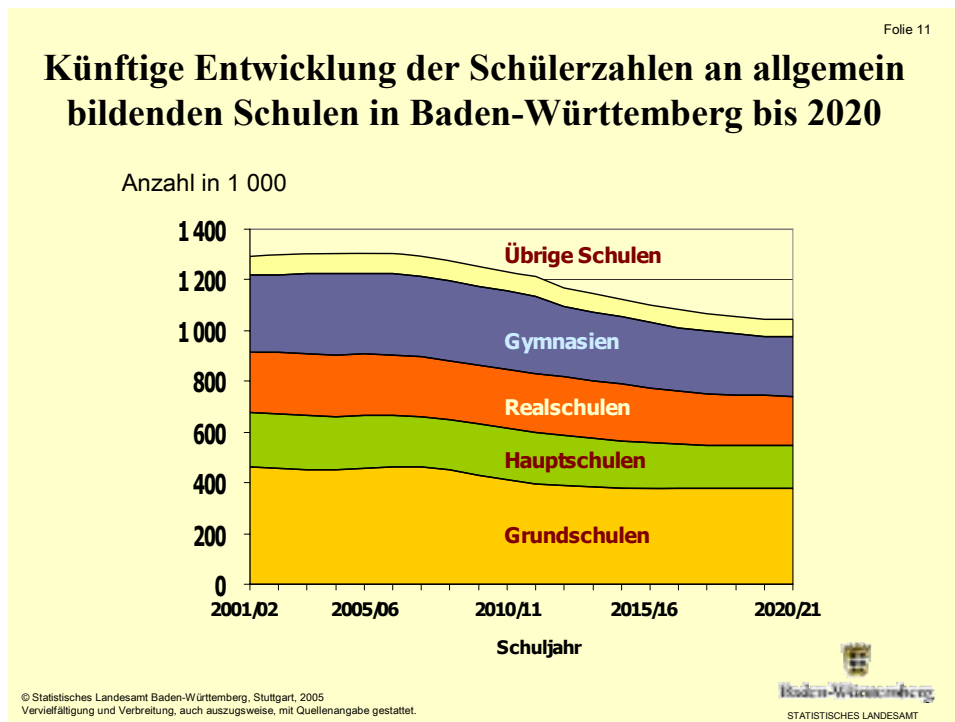
Kommen wir zu einem Aspekt der demographischen Entwicklung, der schon recht kurzfristig vor allem auf kommunaler Ebene bedeutsam werden wird: Die Kindergartenplanung. Zum Jahresende 2004 lebten im Lande ungefähr 377 000 Kinder, die dem Kindergartenalter zugerechnet werden können. Bereits jetzt ist durch das Nachwachsen schwächer besetzter Geburtsjahrgänge in diesem Altersbereich mit einem raschen Rückgang zu rechnen. Bis zum Jahr 2010 dürfte sich die Abnahme auf rund 10 % belaufen. Dann wären landesweit 342 000 Kinder mit Kindergartenplätzen zu versorgen.

Da die Kindergartenplanung in erster Linie als kommunale Aufgabe in den Gemeinden des Landes erfolgt, können die landesbezogenen Voraussrechnungsergebnisse lediglich als allgemeiner Orientierungsrahmen dienen.

(Die kleinräumigen Bevölkerungsvoraussrechnungen zeigen, dass sich die künftigen demographischen Veränderungen regional deutlich in Ausmaß und Tempo unterscheiden. Im Landesdurchschnitt ist ein Rückgang der Zahl der Kinder im Kindergartenalter bis 2010 um etwa 15 % gegenüber Ende 2001 zu erwarten. In den Stadtkreisen jedoch rechnen wir mit Abnahmen, die geringer ausfallen als im Landesdurchschnitt (Beispiele: Stuttgart minus 10 %, Karlsruhe minus 9 %, Heilbronn minus 12 %). Demgegenüber dürften die Zahlen der Kindergartenkinder zum Beispiel in den Gemeinden der Landkreise Sigmaringen, Ravensburg, Alb-Donau oder Tübingen im Durchschnitt jeweils um rund 20 % abnehmen. Für den Landkreis Karlsruhe rechnen wir mit einem Rückgang, wie er dem Landesdurchschnitt entspricht (minus 15 %).)

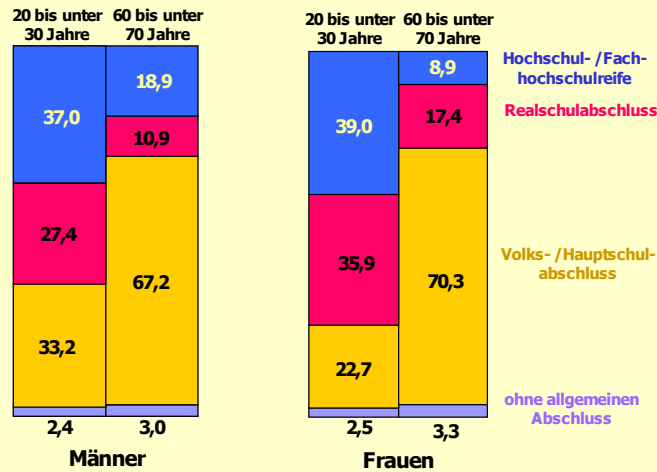
Insgesamt gesehen können wir davon ausgehen, dass der Rückgang dieser Kinderzahlen bis zum Jahr 2010 in den Kreisen deutlich niedriger ausfallen wird, die heute schon relativ

wenige Kinder im Kindergartenalter haben, als bei Kreisen, die heute noch relativ hohe Kinderzahlen aufweisen. Gleichwohl fallen diese Entwicklungen auf Gemeindeebene nochmals differenzierter aus.



An den allgemeinbildenden Schulen des Landes werden die Schülerzahlen bis zum Schuljahr 2005/2006 noch leicht um 5 000 auf 1,305 Mill. Schülerinnen und Schüler steigen. Ab 2006/2007 ist ein stetiger Rückgang zu erwarten. Die Zahl der Schüler wird bis zum Schuljahr 2020/21 um 263 000 zurückgehen, also um rund 20 %. Im Grundschulbereich hat der Rückgang der Schülerzahlen bereits eingesetzt. Der vorübergehende Anstieg zwischen den Schuljahren 2005/2006 und 2007/2008 hängt mit der vorgesehenen Verschiebung des für die Einschulung maßgeblichen Stichtags vom 30.06. auf den 30.09. zusammen.

## Junge Generation besser ausgebildet als die ältere<sup>\*)</sup>



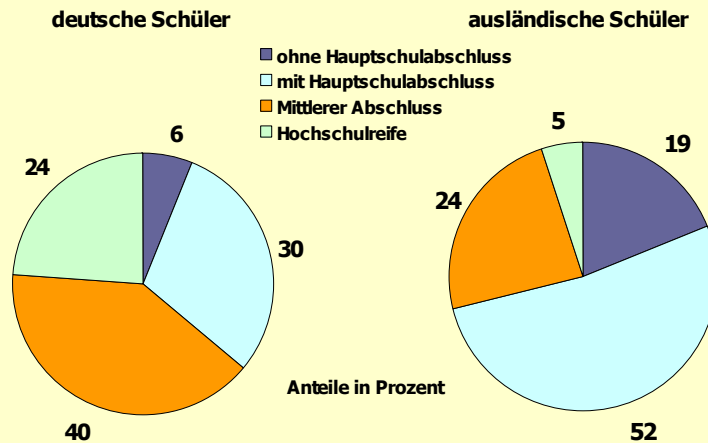
\*) Bevölkerung in ausgewählten Altersgruppen in Baden-Württemberg im März 2004 nach allgemeinem Schulabschluss.

© Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Stuttgart, 2005  
Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

Die jüngere Generation in Baden-Württemberg verfügt heute im Durchschnitt über ein wesentlich höheres formales Schulbildungsniveau als ihre Eltern und Großeltern. So ist bei den 20- bis unter 30-Jährigen das Abitur einschließlich Fachhochschulreife der am häufigsten anzutreffende allgemein bildende Schulabschluss: Rund 37 % der jungen Männer und sogar 39 % der jungen Frauen weisen heute die Hochschulreife auf. Demgegenüber haben bei den 60- bis unter 70-Jährigen lediglich knapp 19 % der Männer und fast 9 % der Frauen den höheren Schulabschluss. Hier dominiert sehr deutlich der Volks- bzw. Hauptschulabschluss. Rund 67 % der 60- bis unter 70-jährigen Männer beendeten die allgemein bildende Schule mit einem Hauptschulabschluss, bei den gleichaltrigen Frauen waren rund 70 %.

Zugleich zeigt sich, dass durch die Bildungsexpansion in den 60er- und 70er-Jahren insbesondere die Frauen profitiert haben. Heute verlassen regelmäßig mehr Mädchen als jungen die allgemein bildenden Schulen mit einem Hochschulabschluss, während mehr Jungen als Mädchen die Schule mit Hauptschulabschluss oder ohne Abschluss beenden.

## Deutsche Schüler mit höheren Schulabschlüssen als ausländische \*)



\*) Deutsche und ausländische Schulabgänger in Baden-Württemberg nach Abschlussarten im Schuljahr 2002/03

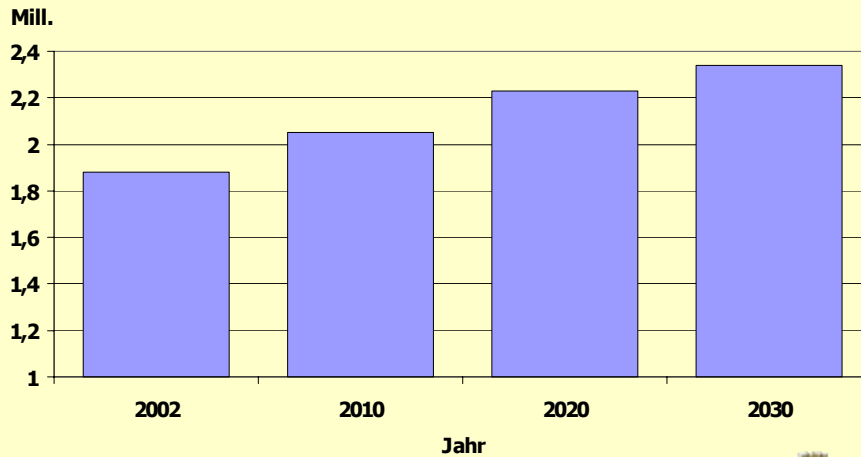
© Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Stuttgart, 2005  
Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

Baden-Württemberg  
STATISTISCHES LANDESAMT

Die aus dem allgemein bildenden Schulsystem herauswachsende junge Ausländergeneration weist gegenüber ihren deutschen Altersgenossen deutliche Benachteiligungen auf. Von den deutschen Schülern erwarben am Ende ihrer allgemein bildenden Schulkarriere im Jahre 2003 in Baden-Württemberg 24 % die Hochschul- oder Fachhochschulreife und 30 % den Hauptschulabschluss. Etwa 6 % verblieben ohne Hauptschulabschluss. Bei den ausländischen Kindern erhielten 5 % die Hochschul- oder Fachhochschulreife, 52 % den Hauptschulabschluss und 19 % verließen die Hauptschule ohne Abschluss.

Angesichts der zahlenmäßig schrumpfenden nachwachsenden Generation und im Hinblick auf die alternde Erwerbsbevölkerung wird es umso wichtiger, die heute sichtbaren Bildungsnachteile von Migrantenkindern abzubauen und dafür zu sorgen, dass die nachwachsenden Jahrgänge mit einer leistungsfähigen und zukunftsorientierten Ausbildung ins Erwerbsleben eintreten können.

## Demographisch bedingte Entwicklung der Behandlungsfälle in den Krankenhäusern bis 2030



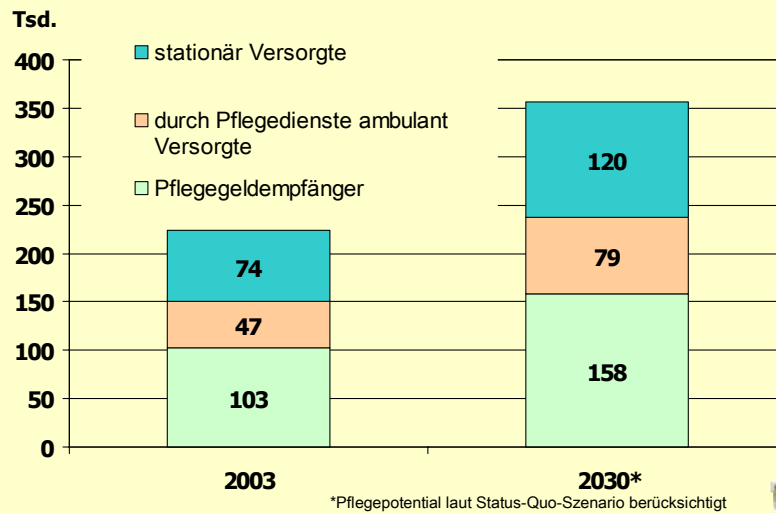
© Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Stuttgart, 2005  
Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

  
Baden-Württemberg  
STATISTISCHES LANDESAMT

Aus heutiger Sicht würde die demographische Entwicklung bis zum Jahr 2030 zu einem Anstieg der Zahl der stationären Behandlungsfälle um fast ein Viertel führen. Während 2002 knapp 1,9 Mill. Patienten in den baden-württembergischen Krankenhäusern versorgt wurden, dürften es im Jahre 2030 rund 2,34 Mill. Fälle sein, wenn man nur die Veränderung der Einwohnerzahl und der Altersstruktur der Bevölkerung berücksichtigt. Dabei kommt dem Einfluss der künftig wachsenden Zahl älterer und alter Menschen die weit überwiegende Bedeutung zu. Etwa 80 % des Anstiegs um rund 460 000 Patienten bis 2030 wäre auf die demographische Alterung zurückzuführen, die übrigen 20 % auf die im Vergleich zu heute insgesamt etwas höhere Einwohnerzahl im Jahre 2030.

Vor allem in den höheren Altersklassen dürfte die Zahl der stationär zu versorgenden Patienten aus demographischen Gründen deutlich zunehmen. Im Jahre 2002 wurden rund 322 000 Patienten im Alter von 70 bis unter 80 Jahren in den Krankenhäusern behandelt. Bis 2030 rechnen wir mit einer Zunahme auf etwa 507 000 Behandlungsfälle (+ 58 %) in diesem Altersbereich. Demgegenüber wäre bei den 20- bis unter 40-Jährigen auf Grund der abnehmenden Jahrgangsstärken mit einem leichten Rückgang der Patientenzahlen zu rechnen.

## 60-Jährige und ältere Pflegebedürftige nach Pflegeart 2001 und 2030



© Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Stuttgart, 2005  
Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

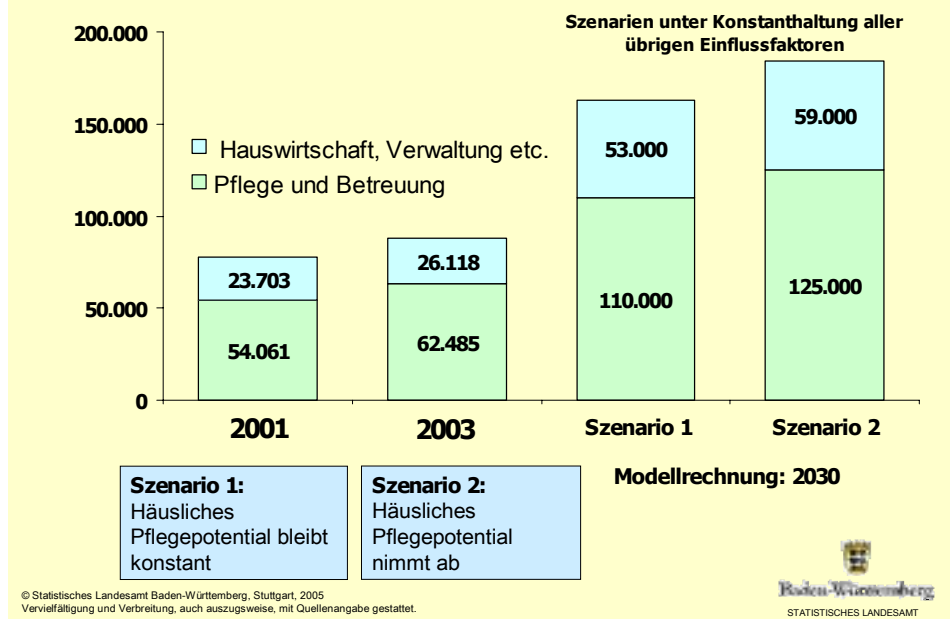
Baden-Württemberg  
STATISTISCHES LANDESAMT

Eine tiefgreifende Konsequenz der absehbaren demographischen Veränderung betrifft den Bereich der Pflegebedürftigkeit und die Sicherung der Pflegemöglichkeiten. Bestehen auch künftig die heutigen Risiken, im Alter pflegebedürftig zu werden (ab 85 Jahre zu 40 %), so würde sich die Zahl der Pflegebedürftigen im Alter von 60 Jahren und älter in den nächsten drei Jahrzehnten um etwa 80 % ansteigen. Von heute rund 180 000 würde die Zahl der Pflegebedürftigen im Jahr 2030 auf ca. 325 000 ansteigen.

Angesichts der sich ändernden Haushalts- und Familienstrukturen muss damit gerechnet werden, dass die alten Menschen von morgen im Bedarfsfall weniger Unterstützungsleistungen aus dem unmittelbaren Familienkreis erwarten können als heute. Wir gehen davon aus, dass das Pflegepotential durch Töchter/Schwiegertöchter schrumpfen wird, weil die Zahl der hier in Frage kommenden Frauen künftig nur wenig höher liegt als heute, die Zahl der Pflegebedürftigen jedoch sehr deutlich ansteigen dürfte. Zudem wird der Anteil der älteren Pflegebedürftigen, die ohne Partner leben, voraussichtlich zunehmen, so dass das Pflegepotential durch Ehepartner ebenfalls sinken dürfte. Daher ist zu erwarten, dass die bislang in den Familien geleisteten Pflegeleistungen zunehmend auf außerfamiliäre Einrichtungen übertragen werden.

Als Ergebnis unserer Modellrechnungen würde sich die Zahl der stationär Pflegebedürftigen bis 2030 um rund 46 000 Personen gegenüber dem Stand des Jahres 2003 auf dann fast 120 000 erhöhen. Das bedeutet eine Zunahme um gut 60 %. Die Zahl der durch ambulante Pflegedienste zu Versorgenden würde bis 2030 um zwei Drittel auf nahezu 79 000 ansteigen, die Zahl der Pflegegeldempfänger um 53 % auf fast 158 000 Personen. Der deutliche Anstieg der stationär Pflegebedürftigen wäre damit auch eine Folge des schrumpfenden familiären Pflegepotentials, das möglicherweise nicht durch Unterstützung ambulanter Dienste ausgeglichen werden kann.

## Bedarf an Pflegekräften



Bei mehr als zwei Dritteln aller Beschäftigten in den stationären und ambulanten Pflegeeinrichtungen in Baden-Württemberg liegt der überwiegende Tätigkeitsbereich in der Pflege und Betreuung. Das waren Ende 2003 rund 62 500 Beschäftigte. Den nächst größeren Bereich bildet die hauswirtschaftliche Versorgung mit 20 Prozent, 5 Prozent sind in der Verwaltung bzw. Geschäftsführung tätig und jeweils einen Anteil von zwei Prozent haben die soziale Betreuung, die Haustechnik und der sonstige Bereich.

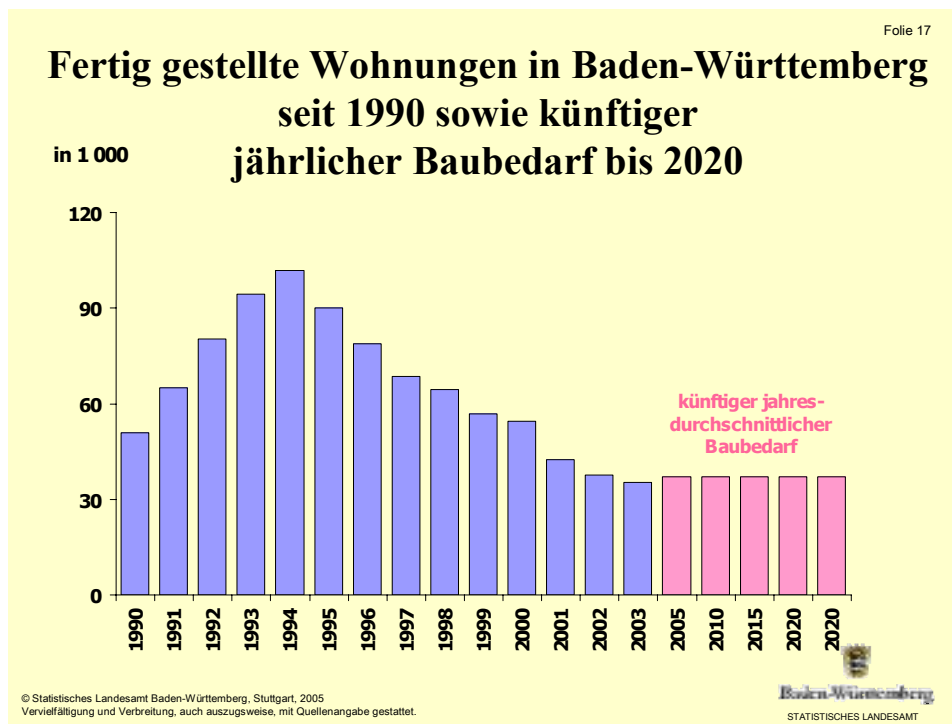
Ausgehend von der Zahl der hochgerechneten Pflegebedürftigen, die von ambulanten und stationären Einrichtungen versorgt werden, lassen sich Szenarien für einen möglichen zukünftigen Bedarf an Pflegekräften durchspielen. In unseren Modellrechnungen haben wir zwei Einflussgrößen berücksichtigt: Die erwartete Zahl der Pflegebedürftigen und das private Pflegepotential.

**Szenario 1:** Das häusliche Pflegepotential bleibt konstant und die Zahl der Pflegebedürftigen nimmt bis 2030 entsprechend der bereits dargelegten Berechnung zu. Dann würde sich bis 2030 der Bedarf an Pflegekräften und sonstigen Beschäftigten in etwa verdoppeln und läge bei rund 163 000 Personen.

Das **Szenario 2** „häusliches Pflegepotential nimmt ab“ führt - und das ist wenig verwunderlich - zu einem noch höheren Personalbedarf. In diesem Fall wären im Jahr 2030 etwa 184 000 Pflegekräfte erforderlich, um die gestiegene Zahl an Pflegebedürftigen zu versorgen.

**Fazit:** Aus heutiger Sicht erscheint das Szenario 2 bedingt durch die sich ändernden gesellschaftlichen Bedingungen das Wahrscheinlichere. Gleichwohl ist zu beachten, dass die hier ermittelte absolute Zahl unter der sehr vereinfachenden Annahme berechnet wurde, dass sich lediglich die Bevölkerungsstruktur und das private Pflegepotential in der angenommenen Weise verändern werden. Weitere Einflussfaktoren wie mögliche Veränderungen in den altersspezifischen Pflegerisiken, in der Bewertung von Pflegebedürftigkeit (Pflegestufen)

oder in der Angebotsstruktur von professionellen Pflegeleistungen sind in diese Modellrechnungen nicht eingeflossen.



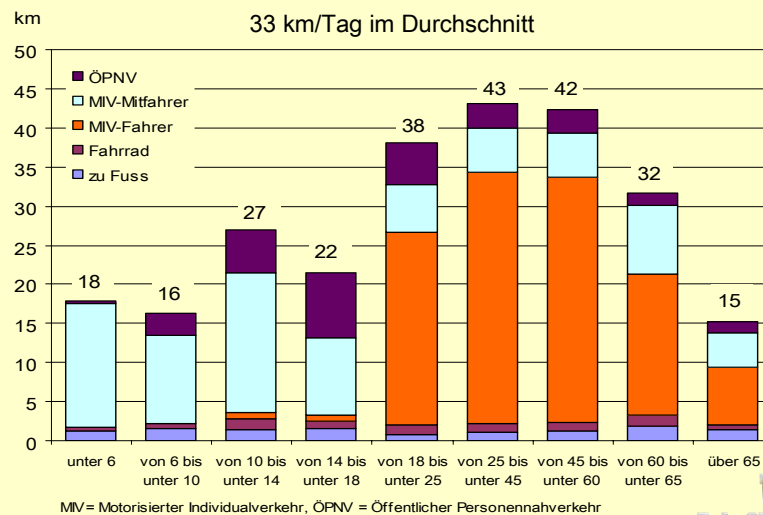
Ein weiterer wichtiger Aspekt der künftigen Bevölkerungsentwicklung betrifft ihre Auswirkungen auf den Bedarf an Wohnraum. Gegenwärtig weisen 29 Stadt- und Landkreise eine rechnerische Wohnungsübersversorgung auf. Rechnerische Versorgungsdefizite lassen sich für die 9 Stadtkreise und 6 Landkreise feststellen. Insgesamt betrachtet ist allerdings anzumerken, dass die relativ hohen Defizite in den Großstädten (vor allem in denjenigen mit Hochschulen) relativiert werden müssen. Aufgrund gewisser Unschärfen bei der Ermittlung der Haushaltszahlen (Stichworte: Studenten und nichteheliche Lebensgemeinschaften) ist die tatsächliche Situation günstiger, als es die rechnerischen Ergebnisse erwarten lassen.

Angesichts der in den nächsten Jahren noch wachsenden Einwohnerzahlen gehen wir davon aus, dass damit auch die Zahl der mit Wohnraum zu versorgenden Haushalte zunimmt. Aus unseren jüngsten Berechnungen zum künftigen Wohnungsbedarf geht hervor, dass bis zum Jahr 2020 landesweit der Bau von insgesamt 730 000 Wohnungen erforderlich ist, wenn die bestehenden lokalen Wohnungsdefizite, der künftige Neubedarf und der Ersatzbedarf für wegfallende Wohnungen berücksichtigt werden. Damit müssten in Baden-Württemberg jährlich 39 500 Wohnungen geschaffen werden. Das wären etwa 1 000 Wohnungen pro Jahr mehr als im Durchschnitt der Jahre 2001 bis 2003.

Der künftige Wohnungsbedarf verteilt sich recht unterschiedlich über die Teilräume des Landes. Der höchste Neu- und Ersatzbedarf bis zum Jahr 2020 dürfte sich im Landkreis Heilbronn mit einem Plus von fast 20 % gegenüber dem heutigen Wohnungsbestand ergeben, der niedrigste mit einem Plus von rund 10 % im Stadtkreis Mannheim.

Mit diesen Ergebnissen ist allerdings noch nicht die Frage beantwortet, ob sich der ermittelte Wohnungsbedarf auch in einer entsprechenden Nachfrage niederschlagen wird. Dies hängt sicherlich in besonderem Maße auch von der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung ab.

## Tägliche Wegelängen der Bevölkerung Baden-Württembergs 2002 nach Verkehrsmitteln und Altersklassen



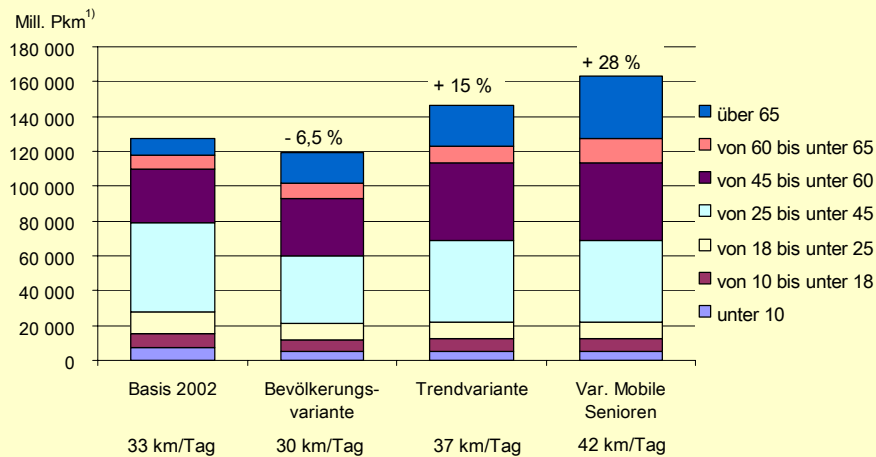
© Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Stuttgart, 2005  
Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

Baden-Württemberg hat heute eine stark mobile Bevölkerung. Im Durchschnitt legte jeder Einwohner des Landes innerhalb Baden-Württembergs im Jahre 2002 fast 12 000 km, d.h. am Tag durchschnittlich knapp 33 km, zurück – zu Fuß, per Fahrrad, im Auto (ohne Lkw), mit einem Motorrad oder mit dem Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV). Der deutlich größte Teil dieser Wegstrecke, d.h. 61 % wurde als Fahrer eines Autos bzw. eines Motorrads durchfahren.

Allerdings weist diese Mobilität ein ausgeprägtes Altersprofil auf. Die täglich längsten Wegstrecken mit 43 km bewältigen die 25- bis unter 45-Jährigen und mit 42 km die 45- bis unter 60-Jährigen. Es folgen die 18- bis unter 25-Jährigen mit 38 km pro Tag. Dagegen sind es bei den 65-Jährigen und Älteren nur noch 15 km täglich.

*(Die Datengrundlage für diese Ergebnisse bildet die KONTIV 2002, eine kontinuierliche Erhebung zum Verkehrsverhalten. Die Studie setzt die Tradition der 1976 begonnenen KONTIV-Untersuchungen fort. Mit ihr wurde das Mobilitätsverhalten von rund 25 000 Haushalten mit ca. 60 000 Personen in Deutschland erhoben. Sie wurde im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen vom Institut für angewandte Sozialwissenschaften GmbH (infas) in Bonn und vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung in Berlin durchgeführt).*

## Steigende Kilometerleistung durch "mobile" Senioren\*)



\*) Verkehrsleistung in Baden-Württemberg 2002 und Vorausschätzung bis 2050 nach verschiedenen Varianten.

1) Personenkilometer.

© Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Stuttgart, 2005  
Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

Wenn wir davon ausgehen, dass die derzeitige (2002) altersbezogene Mobilitätsstruktur auch künftig fortbesteht, also die Mobilität der einzelnen Altersgruppen weder zu- noch abnimmt, dann könnte die demographische Entwicklung bis zum Jahr 2050 dazu führen, dass die gesamte Verkehrsleistung um 6,5 % niedriger liegt als heute. Jeder Baden-Württemberger würde dann durchschnittlich nur noch rund 11 100 km im Jahr, d.h. nur noch 30 km pro Tag, zurücklegen – zu Fuß, mit dem Fahrrad, mit dem Auto, dem Motorrad oder dem ÖPNV. Dieser Rückgang ergibt sich vor allem daraus, dass in Zukunft die Zahl der älteren Menschen deutlich zunimmt und damit die Zahl der Altersgruppe, die täglich kürzere Wegstrecken bewältigt. Der demographische Wandel hätte also, wenn das Mobilitätsverhalten stagnieren sollte, einen dämpfenden Effekt.

In einem zweiten Rechenbeispiel, der sog. Trendvariante, haben wir außer dem Demografiefaktor das veränderte Mobilitätsverhalten der Baden-Württemberger berücksichtigt. Die Zunahme der Mobilität haben wir entsprechend der Entwicklung der letzten 11 Jahre, also entsprechend der Entwicklung von 1991 bis 2002, für die nächsten 22 Jahre also bis zum Jahr 2024 fortgeschrieben. Für die Zeit nach 2024 bis 2050 haben wir ein gleich bleibendes Mobilitätsverhalten zugrunde gelegt. Das Rechenbeispiel soll nicht die Zukunft beschreiben, sondern nur aufzeigen, wie die Entwicklung unter bestimmten Bedingungen laufen könnte.

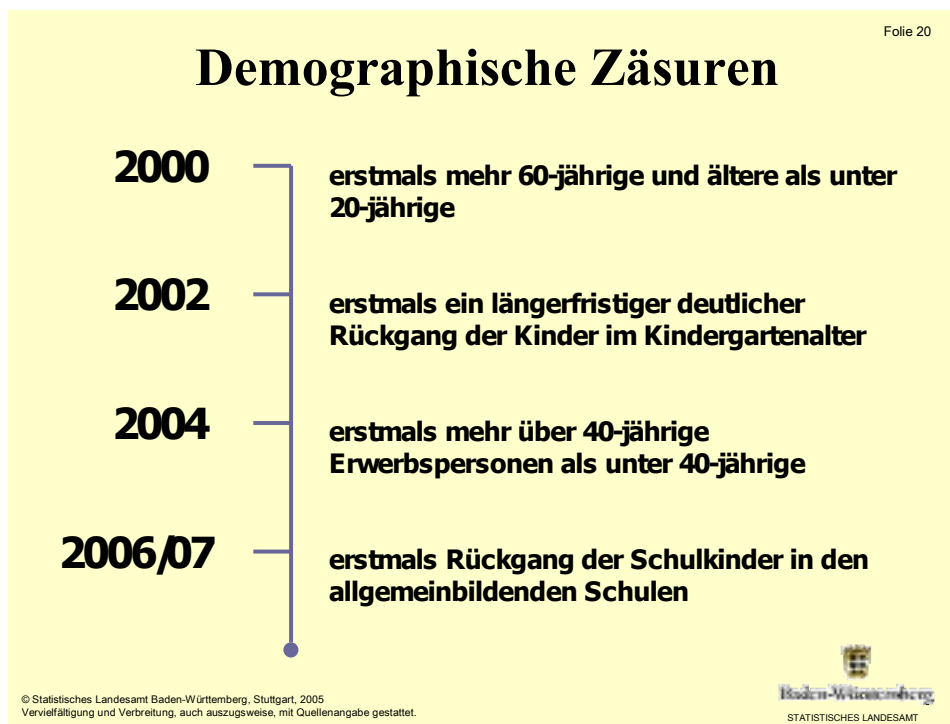
Nach dieser Trendvariante würde sich die Verkehrsleistung in Baden-Württemberg bis zum Jahr 2050 um 15 % auf knapp 13 600 km pro Einwohner im Jahr, bzw. 37 km pro Einwohner am Tag erhöhen. Im Gegensatz zur Bevölkerungsvariante würde die Verkehrsleistung also nicht abnehmen, sondern zunehmen.

Für die Annahme, dass die Mobilität künftig weiterhin steigt und nicht auf dem heutigen bereits hohen Niveau stagniert, spricht die Beobachtung, dass heute wesentlich mehr Personen selber am Lenkrad sitzen, anstatt als Beifahrer mitzufahren. Dies stellen wir bei allen Altersgruppen ab 25 Jahren fest, insbesondere aber bei Senioren. Immer mehr Senioren verfügen über einen Führerschein und einen eigenen Wagen, den sie dann auch verstärkt

nutzten. Den stärksten Mobilitätswachstum haben wir hier bei Seniorinnen. Hinzu kommt, dass die Familien immer kleiner werden und die Singlehaushalte immer mehr zunehmen, so dass es auch immer weniger Gelegenheiten gibt, in einem Pkw mitgenommen zu werden.

Wir haben noch eine dritte Variante gerechnet, die sog. „Mobile Senioren-Variante“. Dabei unterstellen wir, dass die Mobilität der Senioren deutlich stärker zunehmen würde als in der Trendvariante beschrieben. In einem solchen Maximalmodell gehen wir für die Gruppe der 60 Jahre und Älteren davon aus, dass die Verkehrsleistung gegenüber der Trendvariante für alle Fortbewegungsarten um 50 % zunimmt. Wir treffen also die Annahme, dass die Mobilität in den nächsten Jahrzehnten (bis 2024) bei den Älteren noch einmal deutlich stärker zunehmen würde als dies bereits seit Anfang der 90er-Jahre geschehen ist. Dann läge die Verkehrsleistung gegenüber heute (2002) um knapp 28 % höher.

Dies waren lediglich Rechenbeispiele. Was tatsächlich im Verkehrsbereich bis zum Jahre 2050 passieren wird, kann aus heutiger Sicht mit Sicherheit nicht festgestellt werden. Denken Sie nur an die Entwicklung des Ölpreises, den technischen Fortschritt im Kraftfahrzeugbereich oder große politische Ereignisse wie den Fall des „eisernen Vorhangs“, die jede Prognose hinfällig werden lassen.



Zum Abschluss möchte ich Sie noch auf unser Internetangebot [www.statistik-bw.de](http://www.statistik-bw.de) hinweisen, das zu diesem und weiteren Themenbereichen eine Reihe von interessanten Zahlen und Analysen für Sie bereithält.

**Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!**

© Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Stuttgart, 2005  
Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

# Ebersbach macht Zukunft – Leitbild „Bürgerkommune“ am Beispiel des Generationenhauses „Filsblick“

- Ebersbach an der Fils:  
Kleine Stadt im Unteren Filstal  
mit großen Zielen
- Unsere Philosophie:  
vom internen Reformprozess  
zum Zukunftsprozess  
„Wandel in Ebersbach –  
Gemeinsam Zukunft gestalten“
- Ebersbach macht Zukunft:  
In 6 Zukunftswerkstätten  
seit 5 Jahren
- Das „Leitbild Ebersbach 2010“:  
Entstehung, Inhalte und Umsetzung
- Das „Haus Filsblick“:
  - Senioreninteressen  
im Zentrum der Stadt
  - Forum für Kommunalpolitik
  - Drehscheibe für  
Bürgerschaftliches Engagement
- Wandel in Ebersbach  
und Demografischer Wandel:  
Seniorenforum 2004
- Das Leitbild Bürgerkommune:  
Vom Bürgerschaftlichen Engagement  
zur aktiven Bürgerbeteiligung

**Edgar Wolff**  
Bürgermeister der  
Stadt Ebersbach/Fils

# Ebersbach macht Zukunft

Leitbild „Bürgerkommune“  
am Beispiel des  
Generationenhauses  
„Filsblick“ der Stadt  
Ebersbach/Fils



- Der Zukunftsprozess
- Das Haus Filsblick – Drehscheibe für Bürgerschaftliches Engagement
- Der Weg zur Bürgerkommune: Bürgerschaftliches Engagement und Bürgerbeteiligung



## Zukunftsprozess:



## Reformprozess: von innen nach aussen



- Die interne Reform
  - ✓ Stelle für Reformmanagement
  - ✓ Mitarbeiterbefragung
  - ✓ Leitbild für Führung und Zusammenarbeit
  - ✓ Quartalsberichte im Führungskreis
  - ✓ Vorgesetztenbeurteilung
  - ✓ Flexible Ganzjahresarbeitszeit
  - ✓ Steigerung der Dienstleistungsqualität
  - ✓ .....

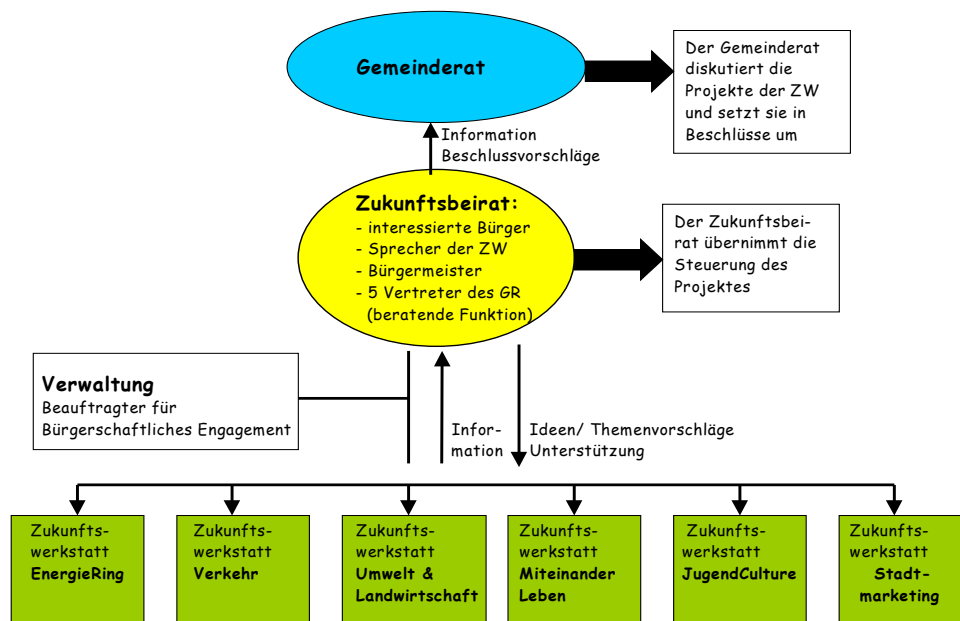


## Die „äußere Reform“

- Beschluß des Gemeinderates März 1999
- Schaffung einer Fachstelle für Stadtentwicklung und Bürgerschaftliches Engagement Juni 1999
- Auftaktveranstaltung Nov. 1999
- Zukunftsbeirat und 6 Zukunftswerkstätten



## Zukunftsprozeß „Wandel in Ebersbach - gemeinsam Zukunft gestalten“



# LEITBILD Ebersbach 2010



Ebersbach macht Zukunft



schaffen und alle in sonstigen Organisationsformen aktiven Bürgerinnen, ebenso wie nicht organisierte Bürgerinnen lassen gemeinsam ihren Beitrag zu einer kooperativen, bürgernahen Entscheidungsfindung.

Grundlagen der Zusammenarbeit zwischen Bürgerinnen, Politik und Verwaltung sind die Förderung und Wertschätzung von Eigeninitiative, Selbstverwirklichung, Verantwortung für die Gemeinschaft und ehrenamtlicher Tätigkeit. Diese beinhaltet auch die Anerkennung und Förderung der Stadtbildung. Eigeninitiative ist eine positive Stimmung zwischen uns, die ein Stück Lebensqualität in Ebersbach bedeutet.

Entscheidungen in unserer Kommune werden ein Ziel der Nachhaltigkeit ausgerichtet. Das bedeutet eine zielgerichtete wirtschaftliche Entwicklung bei gleichzeitiger Schonung der Ressourcen und der Umwelt unter Berücksichtigung der sozialen Tragfähigkeit, ein nachhaltiges Gemeinwesen gleichzeitige Lebens- und Entwicklungsmöglichkeiten zu sichern.

**Leitbild Wirtschaft und Stadtmarketing**  
Ebersbach verfügt über einen hohen Anteil an Arbeitslosen.

Die zwischen Angebot und Nachfrage hinsichtlich Arbeits- und Ausbildungsstellen zu schaffen. Darüber hinaus ist die familiäre, freundliche Gestaltung der Arbeitswelt ein markantes Zeichen und Lebens in Ebersbach und außerdem abgeleitet.  
Für Ebersbach wird professionelles und geschultes Stadtmarketing betrieben, so dass Anreizstruktur und Standortvorteile besser wahrgenommen werden können. Die Bürgerinnen werden, arbeiten und leben gerne in Ebersbach.

**Leitbild Stadtplanung und Verkehr**  
Ebersbach ist eine attraktive Kleinstadt mit hoher Lebensqualität. Die Bürgerbeteiligung ist in verschiedenen und transparenten Strukturen organisiert. Für wichtige politische Entscheidungen werden frühzeitig interessierte und kompetente Bürgerinnen zu Rate gezogen.

Die Ebersbacher Innenstadt ist attraktiv für den Handel und verfügt über eine hohe Wohn- und Aufenthaltsqualität. Verkehrs-, Wohnungs- und Flächenmanagementstrategien tragen zur positiven Gestaltung unserer Lebensumwelt bei. Mit Hilfe eines langfristigen Flächenmanagementplans wird mit der Ressourcen-Boden optimal umgegangen, wobei Flächen-

gen gleichberechtigt berücksichtigt. Ebersbach verfügt über einen effizienten, flächensparenden und attraktiven ÖPNV.

**Leitbild Soziales und Miteinander Leben**  
In Ebersbach ist das Miteinander groß geschrieben. Es herrscht eine vielfältige, freundliche Gemeinschaft von Offiziellen, Achtung, Toleranz und Hilfsbereitschaft und kann in ihr verwirklicht. Projekte und Programme fördern die Gleichberechtigung, gegenseitige Anerkennung sowie das Zusammenleben aller Bürgerinnen. Die Stadt unterstützt das bürgerschaftliche Engagement durch Bereitstellung von Räumen und personeller Expertise. Vereine und Kirchen leisten in Rahmen ihrer Möglichkeiten einen Beitrag dazu.

**Leitbild Bildung und Kultur**  
Ebersbach ist sich der Herausforderung unserer Wissensgesellschaft bewusst und unterstützt aktiv den Prozess der Wissenserlangung. Das Bildungswesen ist ein zentraler Bestandteil der Vermittlung von Wissen wie auch von Werten gegenüber. Mit dem Ziel, Bildung für alle zugänglich zu machen, ist das Bildungs-

wesen der Bildungspartner. Ebersbach verfügt über ein breit gefächertes und für alle zugängliches Kulturangebot. Die lokale Kultur erhält eine Förderung und eine hohe öffentliche Wertschätzung. Die unterschiedlichen kulturellen Hintergründe einzelner Bevölkerungsgruppen werden berücksichtigt und bereichern das Kulturlieben.

**Leitbild Jugend**  
Unsere Jugendlichen sind ein wichtiger Teil der Kommune. Die Bedürfnisse der Jugendlichen werden ernst genommen. Wir unterstützen Projekte, in denen junge Menschen gefördert und zur eigenen Gestaltung ihrer Zukunft ermutigt werden. In diesem Rahmen besteht es ein Mitspracherecht zu geben, so kann bei Entscheidungen.  
Im Jugendbereich (z. B. Schule, Jugendfreizeitanlagen, Jugendclubs, Jugendberufshilfe) zur Unterstützung wird Hilfe professioneller Hilfe zur Seite.

Zur Erfüllung ihrer Persönlichkeit und zur körperlichen, sozialen und musischen Bildung werden in Ebersbach ausreichend Aktivitäten und Klubs angeboten. Vereine, religiösen Gemeinschaften, Jugendvereinigungen, Schülern, Vereinen und anderen Organisationen, sowie angehende Bürgerinnen nehmen



## Leitbild Umwelt, Energie und Landwirtschaft

Ebersbach ist in eine landschaftlich attraktive Umgebung eingebettet. Alle Stadteile besitzen einen historisch gewachsenen Grünanteil, der sie von anderen Gemeinden abhebt. Die Landschaft ist integraler Bestandteil der Lebensumwelt. Die Entwicklung von naturnahen Lebensräumen für Tiere und Pflanzen, von Biotopverbänden, von Grün- und Oberflächengewässern sowie des Klimas und der Luft.

Die Ebersbacher Landwirtschaft erhält entsprechend ihrer besonderen Bedeutung hinsichtlich der Pflege und des Erfolges dieser Schutzgüter kommunale Unterstützung. Gleichzeitig wird der Einsatz von Düngemitteln und regionaler Produkte gefördert. Nachhaltige Instrumente (z. B. Beratung, Umweltökonomie) sind die attraktivsten und Ressourcen schonende Lebensgestaltung in Ebersbach unterstützen. Weitere wichtige Aktivitäten sind Energieeffizienzmaßnahmen und alternative Energieerzeugung.

**Alternativen:**

keine

**Leitbildausrichtung**

✓ <i>Kernthemen des Leitbildes</i>	<i>Potenzial an Zielkonflikten</i> (1 = Übereinstimmung, 5 = keine Übereinstimmung)				
	1	2	3	4	5
✓ Wirtschaft und Stadtmarketing	✓				
✓ Stadtplanung und Verkehr					
✓ Soziales und Miteinander Leben					
✓ Bildung und Kultur					
✓ Jugend					
✓ Freizeit					
✓ Umwelt, Energie und Landwirtschaft		✓			

**Finanzielle Auswirkungen:**

Haushaltsstelle: 3.3960.900000

	<b>Einnahmen</b>	<b>Ausgaben</b>
einmalig	0 €	155.000 €
jährlich	14.800 €	20.500 €

Ämterbeauftragte:

STADT EBERSBACH  
14 800 000

Nr. \_\_\_\_\_

**Ebersbacher  
Umweltschutz-Bonusprogramm**

**CO<sub>2</sub>**

**Rabattheft**

Klimaschutz Ebersbach  
AGB  
NGV 1898  
NACH EBERSBACH 178

## Teil 2


# Das Generationenhaus „Filsblick“



## Haus Filsblick Ebersbach



- 41 seniorengerechte Wohnungen
  - ✓ Baugemeinschaft Herrenhof, Freudenstadt
- Sozialstation
  - ✓ Arbeitersamariterbund
- Bürgertreff
  - ✓ „Von Junior bis Senior - Treffpunkt für alle!“
- Ehrenamtsbüro
- Multifunktionaler Saal Stadt Ebersbach
- Ganztageskindergarten



**EBERSBACH LÄDT EIN  
AM 05. + 06.11.2004  
im Haus Filzblick**

— Seniorenforum  
— Zukunftswerkstatt  
Miteinander Leben / Senioren  
— Markt der Möglichkeiten

**Uhus**  
aktiv

**PROGRAMM**

**Freitag, 5.11.2004:**

12:30 Uhr Begrüßung und Einführung durch Herrn Bürgermeister Wutt

13:45 Uhr Ingeborg Referat „Aktiv ins Alter“  
Referentin Frau Christine SAG, Altershilfe-Fachberatung,  
Landkreis Göppingen

14:05 Uhr Podiumsdiskussion „Uhus aktiv in Ebersbach“  
Auch Ihre Meinung ist gefragt!  
Moderation Frau Karin Tüdel, NRG

15:30 Uhr Markt der Möglichkeiten  
Vorführungen, Mitmachangebote und Präsentation der  
bestehenden Seniorengestaltung in Ebersbach

18:00 Uhr Ende der Veranstaltung



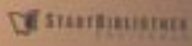
**Samstag, 06.11.2004:**


ab 15:30 Uhr Präsentation, Markt der Möglichkeiten

17:00 Uhr romantisches Schachspiel „Freut euch des Lebens“

18:00 Uhr Ende der Veranstaltung


An beiden Tagen durchgängig Bewirtung durch die  
Zukunftswerkstatt Miteinander Leben / Senioren

STADT EBERSBACH am See  



**STADTBIBLIOTHEK**



**Unter  
100  
Uhu's aktiv**

**Senioren  
in  
Ebersbach**



**SPORTVEREINE**

Alle Breitensportvereine bieten spezielle  
Angebote für Senioren an:

- Alle oder Seniorenvereinigungen für
  - Fußball, Fechtclub, Tennis, Tischtennis etc.
  - Spezielle Gymnastik für senioren
  - Wand- und Skisport

**0956:**


Sportverein Ebersbach  
Herr Döhlener Tel. 071637199

Tennisverein Ebersbach  
Herr Mann Tel. 0716369022

Tennisclub Ebersbach  
Herr Döhlener Tel. 071633290

TSG Heubach  
Herr Pöschel Tel. 071629041

SC Weiden  
Herr Mitter Tel. 0716359274





## Engagement für und von Senioren



- So wars:
  - ✓ Seniorennachmittage und Seniorenbegegnungsstätte
- So ists:
  - ✓ Bürgertreff im „Haus Filsblick“
  - ✓ Studie Demografischer Wandel in Ebersbach
  - ✓ Beauftragte für Seniorenangelegenheiten
  - ✓ 1. Ebersbacher Seniorenforum
  - ✓ Infolyer mit Angeboten für Senioren
  - ✓ Projekt Bürgerbus
  - ✓ Bela-Projekt (BE für Lebensqualität im Alter)
  - ✓ Barrierefreie Stadt

### Teil 3

## Leitbild Bürgerkommune:

## Bürgerschaftliches Engagement und Bürgerbeteiligung



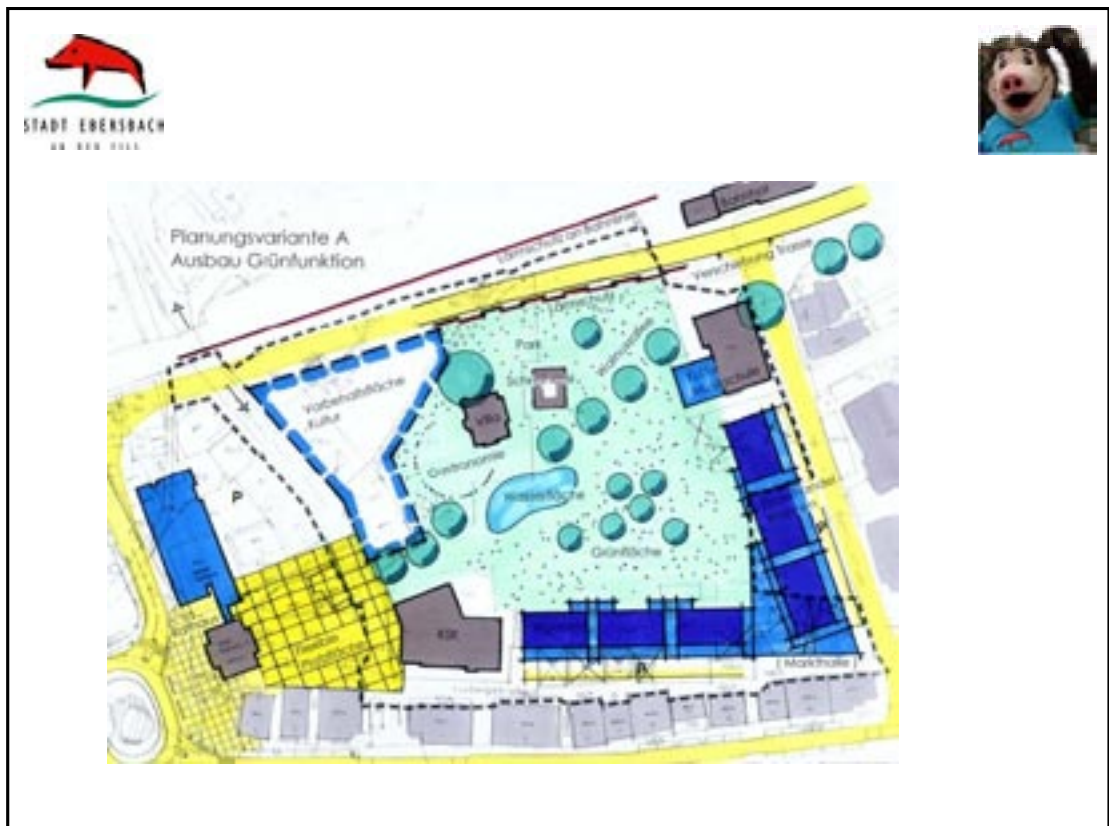
## Bürgerschaftliches Engagement in Ebersbach



- 80 Vereine + Verbund Ebersbacher Vereine
- Insgesamt mehr als 100 ehrenamtliche Organisationen
- Förderung und Anerkennung des Ehrenamts
  - ✓ Jährliche Verleihung von Bürgerpreisen
  - ✓ Empfang für Ehrenamtlich Engagierte
  - ✓ Beauftragter für Bürgerschaftliches Engagement
  - ✓ Ausschuß für Verwaltung und BE
  - ✓ Ehrenamtsbüro

Beteiligung Zukunftswerkstatt Jugendkommission  
Neues Jugendhaus Ebersbach  
Baubeginn Frühjahr 2006







## Fazit:



- Die demografische Entwicklung erfordert zukunftsorientierte Handlungsansätze.
- Leitbilder und die gezielte Umsetzung von Leitbildern können hierbei helfen.
- Bürgerschaftliche Aktivierung muß gewollt sein und aktiv gefördert werden.
- Bürgerschaftliche Aktivierung ist aufwändig. Der dadurch erreichbare Nutzen ist aber deutlich größer als der Aufwand.

# Neue Wohn- und Betreuungskonzepte bei Demenz – das „Gradmann Haus“ und andere Modellprojekte

Jede Kommune wird sich in Zukunft die Frage stellen müssen, in welcher Weise mit der zunehmenden Zahl von Menschen mit Demenz umgegangen wird. Es wird darum gehen, Ausgrenzung zu vermeiden, möglichst früh unauffällig zu unterstützen, pflegende Angehörige zu entlasten, angemessene Wohnformen anzubieten bzw. zu ermöglichen und qualitativvoll zu betreuen und zu pflegen, d.h. auf jeder Stufe des Hilfebedarfs ein Angebot zu machen, bei dem in Ergänzung zum Beitrag professionell Tätiger bürgerschaftliches Engagement unverzichtbar ist.

Mit dem Gradmannhaus in Stuttgart-Kalental (Zentrum für Demenzkranke und betreutes Seniorenwohnen) ist versucht worden, ein solches Stufenkonzept der Unterstützung an einem Standort umzusetzen. Neben Beratungsangeboten, einer Alzheimer-Betreuungsgruppe und einer Angehörigengruppe wird dort eine Tagespflege und stationäre Pflege in zwei Wohngemeinschaften für Menschen mit mittlerer und schwerer Demenz angeboten. Die Integration in den Stadtteil wird durch einen Stadteiltreffpunkt und betreute Altenwohnungen erleichtert, in die mit Priorität die Angehörigen der Demenzkranken einziehen können.

Konzeptionell waren eine milieutherapeutische Orientierung und ein ganzheitlicher Ansatz der Betreuung und Pflege prägend, für den das Einfühlen in die subjektive Denkweise und Wahrnehmung der Kranken und eine wertschätzende Grundhaltung wesentlich

sind (personenzentrierter Ansatz). Baulich wurde für die Gesamtanlage das „Dorfstrassenkonzept“ umgesetzt, bei dem die einzelnen Elemente wie Häuser an einer inneren Straße angeordnet sind. Damit entsteht eine vielfältige und anregende, aber überschaubare und sichere „therapeutische“ Umgebung.

Die Erfahrungen nach mehr als vier Jahren zeigen, welchen positiven Einfluss das Zusammenleben in einer kleinen, homogen belegten Wohngemeinschaft haben kann und welche Bedeutung einer alltagsnahen, aber auch demenzgerecht gestalteten baulichen Umgebung zukommt. Sie zeigen aber auch, welche Schwierigkeiten damit verknüpft sind, eine kleine Einheit wirtschaftlich zu betreiben und dabei eine hohe Pflege- und Betreuungsqualität zu sichern, die nur unter hohem Einsatz von kompetentem und motiviertem Personal möglich ist.

**Sibylle Heeg**  
Demenz Support gGmbH,  
Stuttgart

## Neue Wohn- und Betreuungskonzepte bei Demenz

das Gradmannhaus in Stuttgart und andere Modellprojekte

Sibylle Heeg  
Demenz Support Stuttgart



## I Herausforderung Demenz



### Krankheitssyndrom Demenz:

- Leitsymptom Gedächtnisstörung
- Gelerntes kann nicht mehr ohne weiteres aus dem Gedächtnis abgerufen werden
- Die Fähigkeit, neue Lerninhalte zu erwerben, ist beeinträchtigt



### Häufigkeit

BRD (2002)  
Prävalenz bei über 65-jährigen ca. 7 % = 1 Mio  
70% Frauen, 30% Männer

60% Demenz vom Typ Alzheimer

nach Bickel 2005



Altersgruppe	Prävalenzrate
65-69	1,2%
70-74	2,8%
75-79	6,0 %
80-84	13,3 %
85-89	23,9 %
90 und älter	34,6 %

nach Bickel (2000)



Baden-Württemberg (2003)  
Prävalenz bei über 65-jährigen ca. 125 400 Personen

Baden-Baden ca. 1 030 Personen

Stuttgart ca. 7 740 Personen

Ulm ca. 1 551 Personen

Biberach ca. 1 987 Personen

nach Gust 2005 Atlas der Demenz



ca. 35- 40% der  
Demenzkranken sind in  
Pflegeheimen untergebracht

ca. 60 % leben zu Hause

(Bickel, 2000, Jakob et al 2002)



Demenz ist die häufigste Ursache für eine Aufnahme ins  
Pflegeheim

In den Pflegeheimen sind  
60 – 70 % der Bew. an Demenz erkrankt



## II Handlungsebene Kommune - Was ist zu tun?



### konkrete Utopie

der Bäcker, der Friseur, der Postbote, Behördenvertreter, der  
Bankbeamte, der Taxifahrer ... begegnen Menschen mit  
Demenz angemessen

Hausärzte wissen, was Demenz ist und verweisen auf  
Fachärzte und Hilfeangebote

die ambulanten Pflegedienste sind für den Umgang mit  
Menschen mit Demenz qualifiziert



### konkrete Utopie

es gibt ein funktionierende Nachbarschaft (Städtebau,  
Wohnungsbau, Infrastruktur, Treffpunkte)

das Wohnumfeld ist nicht überfordernd (Orientierungshilfen,  
Ampelschaltung usw.)

es gibt eine Beratungsstelle für Probleme Demenzkranke und  
ihre Angehörigen (u.a. Case-Management, Beratung  
Wohnungsanpassung incl. Technische Hilfen)



### konkrete Utopie

die Kirchengemeinde bindet Menschen mit Demenz und ihre  
Angehörigen aktiv ein und veranstaltet regelmäßig ein  
Alzheimer-Cafe

bürgerschaftlich Engagierte kümmern sich um Menschen mit  
Demenz

in der Gemeinde gibt es Angebote für alle Stufen und Arten  
des Hilfebedarfs



### III Neue Wohn- und Betreuungsformen



#### Typische Problemsituation:

##### Kognitiver Abbau führt zu Kompetenzverlust:

Vergesslichkeit	Gefährdung
Probleme bei komplexen Handlungen	selbständige Haushaltsführung z.B. Essen kochen nicht mehr möglich Körperpflege ohne Anleitung nicht mehr möglich
Orientierungsprobleme	Rückzugstendenzen
Abbau des Sprachvermögens	soziale Isolation und Vereinsamung



#### Wie reagieren?

Zu Hause bleiben?	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Überforderung</li> <li>• Kosten</li> </ul>
Umzug ins traditionelle Pflegeheim? (integriert belegte Pflegestation)	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Institutionelles Milieu nicht förderlich</li> <li>• Herausfordernde Verhaltensweisen führen zu Konflikten,</li> <li>• LQ aller Bewohner wird schlechter</li> <li>• nicht spezifisch geschultes Personal ist überfordert, reagiert restriktiv,</li> </ul>



#### Neue Wohn- und Betreuungsform

Betreute Wohngemeinschaft  
(Hausgemeinschaft, Demenzwohngruppen)

- Überschaubare Gruppe (8 – 12 – 15)
- homogene Zusammensetzung (nur Demenz)
- alltagsnaher Tagesablauf (orientiert an Bewohnerbedürfnissen und Normalität)
- „eigener“ Haushalt (Hauswirtschaftskraft)
- Pflege ambulant organisiert
- In Bezug auf Demenz kompetente Begleitung und Betreuung



#### Varianten der Umsetzung des Konzepts der „Betreuten Wohngemeinschaft“

- Umbau und Umorganisation eines bestehenden Pflegeheims
- als Annex eines bestehenden Pflegeheims
  - baulich verbunden
  - baulich selbständig
- als autarke (stationäre) Einheit
- als autarke, nichtstationäre Einheit mit ambulant organisierter Pflege



#### Chancen und Probleme

##### Chancen

- + Größere Toleranz gegenüber herausfordernden Verhaltensweisen
- + leichtere Anpassung des Milieus an spezifische Klientel
- + höhere Personalfriedenheit, wenn geeignet, motiviert und geschult
- + höhere Lebensqualität, weniger herausfordernde Verhaltensweisen
- + Einbeziehung Angehöriger und Ehrenamtlicher leichter



## Chancen und Probleme

### Probleme

- Schwierigkeit, neben Pflegeleistung auch Betreuungsleistung und Präsenz finanziert zu bekommen (Pflegeversicherung, Zahlungsbereitschaft)
- höhere Kosten (Präsenz kleiner Gruppe)
- bei kleinen Einrichtungen (unter 40 Plätze) wirtschaftlich schwierig
- in Diskussion: für jedes Stadium, für jede Symptomatik tauglich?



### Probleme

bei ambulanter Variante:

- ungeklärte Rechtssituation (gilt Heimgesetz?)
- Anforderungen der Heimmindestbauverordnung



## IV Modellprojekt Gradmannhaus in Stuttgart Kaltental

Zentrum für Demenzkranke und Betreutes Seniorenwohnen



Ab 1995 Entwicklung einer gemeinsamen Konzeption durch drei Projektpartner

- Erich und Liselotte Gradmann Stiftung, Stuttgart
- Alzheimer Gesellschaft Baden Württemberg
- Evangelische Gesellschaft (EVA) als künftiger Träger

Angebote für alle Stufen des Hilfebedarfs an einem Standort/aus einer Hand



## Bausteine

- **Stationäre Pflege in zwei Wohngemeinschaften für je 12 Bewohner**
- **Gerontopsychiatrisch orientierte Tagespflege, 12 Plätze**
- **18 Betreute Altenwohnungen, gemischt finanziert (Stadtteil, Angehörige)**
- **Alzheimer Betreuungsgruppe (1 mal wöchentlich)**
- **Angehörigengruppe**
- **Stadtteiltreffpunkt mit offenem Mittagstisch**
- **(Fortbildungszentrum → Demenz Support Stuttgart)**



<b>ab 1996 Planung</b>	Sibylle Heeg mit Herrmann und Bosch
<b>2001 Inbetriebnahme</b>	Evangelische Gesellschaft mit der Alzheimer Gesellschaft Baden-Württemberg
<b>2002</b>	Auszeichnung für beispielhaftes Bauen
<b>2003</b>	Auszeichnung für Beispielhaftes Barrierefreies Bauen
<b>2004</b>	Otto Mühschlegel Preis



## Finanzierung - Gradmann Haus

<b>Gesamtkosten</b>	6.94 Mio Euro (ohne Grundstück, ohne Erschließung)
<b>Land</b>	stationäre Pflege, Tagespflege, Gemeinschaftsflächen betreutes Wohnen
<b>Kommune</b>	stationäre Pflege Tagespflege
<b>Bund</b>	Modellförderung: demenzspezifischer Zusatzaufwand, insbes. Wandelhalle
<b>Gradmann- Stiftung</b>	Betreute Wohnungen Stadteitreffpunkt Zusätzliche bauliche Maßnahmen z.B. BHKW
<b>Kapitalmarkt</b>	Rest



## Zielgruppe für stationäre Wohngruppen

- Mittlere und schwere Demenz
- Herausfordernde Verhaltensweisen
- Mobilität

## Pflege- und Betreuungskonzept

- Milieutherapie
- Personenzentrierter Ansatz



## Gradmann-Haus

- Lage in einem Wohngebiet am Stadtrand am Rande eines Naturschutzgebietes
- Wenig Druck zur städtebaulichen Anpassung
- Lage unmittelbar neben einem Kindergarten und einem Spielplatz (Fußball)



## Gradmann-Haus

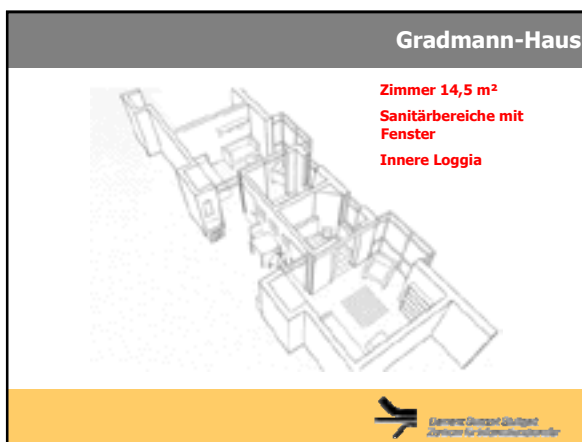
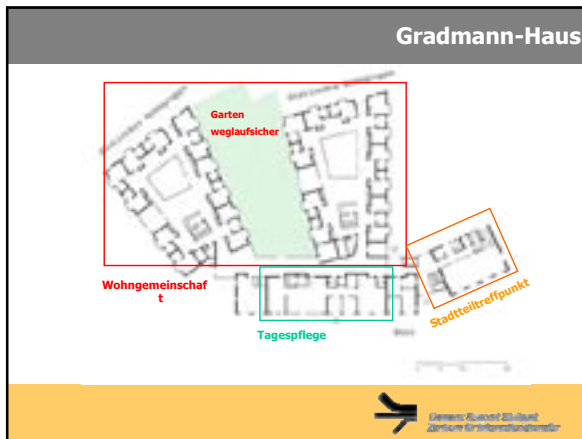


## Gradmann-Haus





## Gradmann-Haus





**Gradmann-Haus**

Wahrnehmung/ Orientierung	 <p style="color: red;">keine Treppen guter Überblick</p>
Sicherheit	
Privatheit	
Stimulation ohne Überforderung	
Kompetenz erhalten	
Selbstbestimmung/ Kontrolle	
Vertrautheit	
Sozialkontakte	
 <small>Diagnostik Zentrum für Intelligenzstörungen</small>	

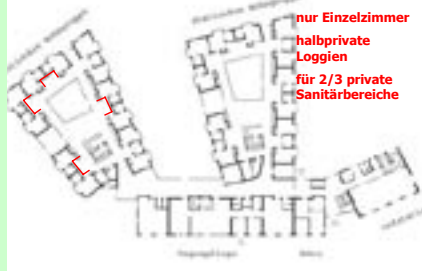

**Gradmann-Haus**

Wahrnehmung/ Orientierung	
Sicherheit	
Privatheit	
Stimulation ohne Überforderung	
Kompetenz erhalten	
Selbstbestimmung/ Kontrolle	
Vertrautheit	
Sozialkontakte	
 <small>Diagnostik Zentrum für Intelligenzstörungen</small>	

**Gradmann-Haus**

Wahrnehmung/ Orientierung	
Sicherheit	
Privatheit	
Stimulation ohne Überforderung	
Kompetenz erhalten	
Selbstbestimmung/ Kontrolle	
Vertrautheit	
Sozialkontakte	
 <small>Diagnostik Zentrum für Intelligenzstörungen</small>	

**Gradmann-Haus**

Wahrnehmung/ Orientierung	 <p style="color: red;">nur Einzelzimmer halbprivate Loggien für 2/3 private Sanitärbereiche</p>
Sicherheit	
Privatheit	
Stimulation ohne Überforderung	
Kompetenz erhalten	
Selbstbestimmung/ Kontrolle	
Vertrautheit	
Sozialkontakte	
 <small>Diagnostik Zentrum für Intelligenzstörungen</small>	

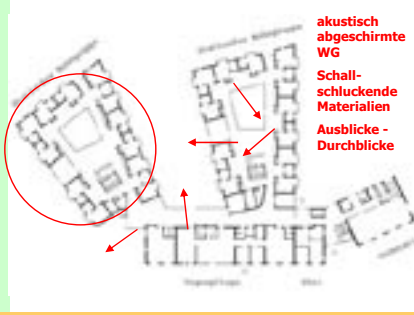

**Gradmann-Haus**

Wahrnehmung/ Orientierung	
Sicherheit	
Privatheit	
Stimulation ohne Überforderung	
Kompetenz erhalten	
Selbstbestimmung/ Kontrolle	
Vertrautheit	
Sozialkontakte	
 <small>Diagnostik Zentrum für Intelligenzstörungen</small>	

**Gradmann-Haus**

Wahrnehmung/ Orientierung	
Sicherheit	
Privatheit	
Stimulation ohne Überforderung	
Kompetenz erhalten	
Selbstbestimmung/ Kontrolle	
Vertrautheit	
Sozialkontakte	
 <small>Diagnostik Zentrum für Intelligenzstörungen</small>	

**Gradmann-Haus**

Wahrnehmung/ Orientierung		
Sicherheit		
Privatheit		
Stimulation ohne Überforderung		
Kompetenz erhalten		
Selbstbestimmung/ Kontrolle		
Vertrautheit		
Sozialkontakte		
		

akustisch abgeschirmte WG  
Schallschluckende Materialien  
Ausblicke - Durchblicke

**Gradmann-Haus**

Wahrnehmung/ Orientierung		
Sicherheit		
Privatheit		
Stimulation ohne Überforderung		
Kompetenz erhalten		
Selbstbestimmung/ Kontrolle		
Vertrautheit		
Sozialkontakte		
		

**Gradmann-Haus**

Wahrnehmung/ Orientierung		
Sicherheit		
Privatheit		
Stimulation ohne Überforderung		
Kompetenz erhalten		
Selbstbestimmung/ Kontrolle		
Vertrautheit		
Sozialkontakte		
		

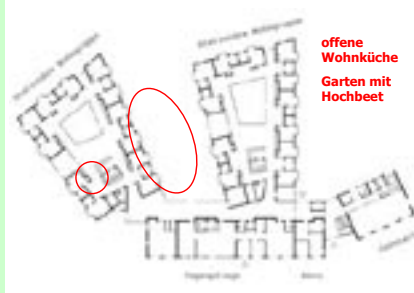

**Gradmann-Haus**

Wahrnehmung/ Orientierung		
Sicherheit		
Privatheit		
Stimulation ohne Überforderung		
Kompetenz erhalten		
Selbstbestimmung/ Kontrolle		
Vertrautheit		
Sozialkontakte		
		

**Gradmann-Haus**



Wahrnehmung/ Orientierung		
Sicherheit		
Privatheit		
Stimulation ohne Überforderung		
Kompetenz erhalten		
Selbstbestimmung/ Kontrolle		
Vertrautheit		
Sozialkontakte		
		

**Gradmann-Haus**

Wahrnehmung/ Orientierung		
Sicherheit		
Privatheit		
Stimulation ohne Überforderung		
Kompetenz erhalten		
Selbstbestimmung/ Kontrolle		
Vertrautheit		
Sozialkontakte		
		

offene Wohnküche  
Garten mit Hochbeet


**Gradmann-Haus**

Wahrnehmung/ Orientierung		
Sicherheit		
Privatheit		
Stimulation ohne Überforderung		
Kompetenz erhalten		
Selbstbestimmung/ Kontrolle		
Vertrautheit		
Sozialkontakte		
		

**Gradmann-Haus**

Wahrnehmung/ Orientierung		
Sicherheit		
Privatheit		
Stimulation ohne Überforderung		
Kompetenz erhalten		
Selbstbestimmung/ Kontrolle		
Vertrautheit		
Sozialkontakte		
		



**Gradmann-Haus**

Wahrnehmung/ Orientierung		
Sicherheit		
Privatheit		
Stimulation ohne Überforderung		
Kompetenz erhalten		
Selbstbestimmung/ Kontrolle		
Vertrautheit		
Sozialkontakte		
		

**Gradmann-Haus**

Wahrnehmung/ Orientierung		
Sicherheit		
Privatheit		
Stimulation ohne Überforderung		
Kompetenz erhalten		
Selbstbestimmung/ Kontrolle		
Vertrautheit		
Sozialkontakte		
		



**Gradmann-Haus**

Wahrnehmung/ Orientierung		
Sicherheit		
Privatheit		
Stimulation ohne Überforderung		
Kompetenz erhalten		
Selbstbestimmung/ Kontrolle		
Vertrautheit		
Sozialkontakte		
		

**Gradmann-Haus**

Wahrnehmung/ Orientierung		
Sicherheit		
Privatheit		
Stimulation ohne Überforderung		
Kompetenz erhalten		
Selbstbestimmung/ Kontrolle		
Vertrautheit		
Sozialkontakte		
		

**Gradmann-Haus**

Wahrnehmung/ Orientierung		
Sicherheit		
Privatheit		
Stimulation ohne Überforderung		
Kompetenz erhalten		
Selbstbestimmung/ Kontrolle		
Vertraulichkeit		
Sozialkontakte		
		

behagliches  
Wohnzimmer  
individuell  
möblierte  
Zimmer und  
innere Loggien

**Gradmann-Haus**

Wahrnehmung/ Orientierung		
Sicherheit		
Privatheit		
Stimulation ohne Überforderung		
Kompetenz erhalten		
Selbstbestimmung/ Kontrolle		
Vertraulichkeit		
Sozialkontakte		
		

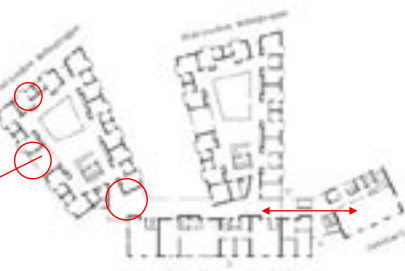

**Gradmann-Haus**

Wahrnehmung/ Orientierung		
Sicherheit		
Privatheit		
Stimulation ohne Überforderung		
Kompetenz erhalten		
Selbstbestimmung/ Kontrolle		
Vertraulichkeit		
Sozialkontakte		
		

**Gradmann-Haus**

Wahrnehmung/ Orientierung		
Sicherheit		
Privatheit		
Stimulation ohne Überforderung		
Kompetenz erhalten		
Selbstbestimmung/ Kontrolle		
Vertraulichkeit		
Sozialkontakte		
		

**Gradmann-Haus**

Wahrnehmung/ Orientierung		
Sicherheit		
Privatheit		
Stimulation ohne Überforderung		
Kompetenz erhalten		
Selbstbestimmung/ Kontrolle		
Vertraulichkeit		
Sozialkontakte		
		

**Gradmann-Haus**

Wahrnehmung/ Orientierung		
Sicherheit		
Privatheit		
Stimulation ohne Überforderung		
Kompetenz erhalten		
Selbstbestimmung/ Kontrolle		
Vertraulichkeit		
Sozialkontakte		
		

**Gradmann-Haus**

Wahrnehmung/  
Orientierung

Sicherheit

Privatheit

Stimulation  
ohne Überforderung

Kompetenz erhalten

Selbstbestimmung/  
Kontrolle

Vertrautheit

Sozialkontakte





**Gradmann-Haus**

Wahrnehmung/  
Orientierung

Sicherheit

Privatheit

Stimulation  
ohne Überforderung

Kompetenz erhalten

Selbstbestimmung/  
Kontrolle

Vertrautheit

Sozialkontakte





**Gradmann-Haus**

Wahrnehmung/  
Orientierung

Sicherheit

Privatheit

Stimulation  
ohne Überforderung

Kompetenz erhalten

Selbstbestimmung/  
Kontrolle

Vertrautheit


Sozialkontakte





**Erfahrungen**

- + Hohe Akzeptanz bei Angehörigen
- + Wenig herausfordernde Verhaltensweisen
- + Gelassene, entspannte Atmosphäre
- + Bauliche Charakteristika (Wohnküche, Flur um Atrium, Bewegungsraum, Materialien, Licht und Farbe) positiv bewertet
- ? alle Bewohner halten sich überall auf (wenig territoriale Bindung)
- Kleine Platzzahl macht wirtschaftliche Probleme (keine Anlage 1)
- Personalpräsenz, aktive Betreuung personell schwer umzusetzen



Bad Tölz, Arch.: Heeg/Amann/Volpp, GSP Stuttgart, in Planung.  
16 Plätze für mobile demente Bewohner. Annex an Pflegeeinrichtung.



Nutzungsoptionen  
flächen- und kostensparend



**Arch.: Wessely**  
**Umbau Ida-Scipio-Heim, Mannheim**





Arch.: Wessely  
Umbau Ida-Scipio-Heim, Mannheim



## Zusammenfassung

- ! Alle Angebote der Altenhilfe müssen sich auf wachsende Zahl von Menschen mit Demenz einstellen
- ! Versorgungsangebot sollte differenziert werden
  - innerhalb Versorgungsregion: spezialisierte Pflegeeinrichtung
  - innerhalb Pflegeheim: Demenzwohngruppe oder Tagesbetreuung



## Zusammenfassung

- ! Überprüfung der Wirtschaftlichkeit kleiner Einheiten (z.B. Wohngemeinschaft mit 7 Bew. ) bzw. kleiner autarker Pflege- Einrichtungen ist erforderlich
- ! Bauliche Anforderungen für demenzgerechtes Bauen sollten eingehalten werden  
positive Auswirkungen auf:
  - Bewohner
  - Personal
  - Akzeptanz durch Angehörige
  - Akzeptanz durch das Gemeinwesen



- Publikationen
- Beratung
- Konzeptentwicklung
- Qualifizierung
- Baubezogene Beratung
- Planung

[www.demenz-support.de](http://www.demenz-support.de)      [www.sozialesplanen.de](http://www.sozialesplanen.de)



# LBS-Studie „Neue Erwerbertypen am Wohnungsmarkt“

**Heinz Panter**  
Vorstands-  
vorsitzender der LBS  
Landesbausparkasse  
Baden-Württemberg,  
Stuttgart




LBS Baden-Württemberg, Heinz Panter

## **Neue Erwerbertypen am Wohnungsmarkt**

**Kommunalforum des Sparkassenverbands  
Baden-Württemberg, 25. Oktober 2005  
Kongresshaus Baden-Baden**

**Wir geben Ihrer Zukunft ein Zuhause.**

LBS, Sparkasse und Landesbank: Unternehmen der  Finanzgruppe.

Sehr geehrte Damen und Herren,

auch ich möchte Sie an dieser Stelle nochmals herzlich begrüßen.

In der nächsten halben Stunde werde ich Ihnen die wesentlichen Erkenntnisse einer neuen Studie vorstellen, die das Wirtschaftsforschungsinstitut empirica im Auftrag der Landesbausparkassen erstellt hat.

Die Studie teilt die Erwerber und potenziellen Erwerber von Wohneigentum in verschiedene Gruppen mit unterschiedlicher Motivation und unterschiedlichen Objekt- und Standortpräferenzen ein. Daraus ergibt sich eine veränderte Nachfragestruktur nach Wohnraum, an der sich die Immobilienmärkte orientieren können.

Sind Sie vielleicht ein Lebensabschnittserwerber oder ein Nestbauer ?

Sie werden es gleich erfahren.



## Bedeutung des Wohneigentums

Warum Wohneigentum?	■ Mehr als die Hälfte der Menschen in Deutschland wohnt in den eigenen vier Wänden
Demografische Entwicklung	
Preisverfall?	
Erwerber- und Mietertypen	■ Bedeutung von Wohneigentum nimmt weiter zu
Relevanz der Erwerbertypen	■ Wohneigentum ist die sicherste Form der Altersvorsorge
Altersvorsorger	
Lebensabschnitts-erwerber	■ Auch „Noch-Mieter“ wollen in den eigenen vier Wänden leben
Rationaler Erwerber	
Nestbauer	
Selbstverwirklicher	
Pragmatischer Erwerber	
Weichensteller	
Wer kauft was?	
Zusammenfassung	

Mehr als die Hälfte der Menschen in Deutschland wohnt bereits in den eigenen vier Wänden und mehr als zwei Drittel des Neubaus entfallen auf Selbstnutzer. Die Bedeutung des Wohneigentums – ob freistehend, in Reihe oder auf der Etage – wird künftig noch zunehmen.

Eine herausragende Rolle kommt dem **Wohneigentum als Altersvorsorge** zu. Für **77 Prozent** der Bevölkerung ist die Immobilie die sicherste Form der Absicherung fürs Rentenalter und liegt laut TNS Infratest weit vor der Lebensversicherung mit **33 Prozent** und Aktienfonds mit **17 Prozent**.

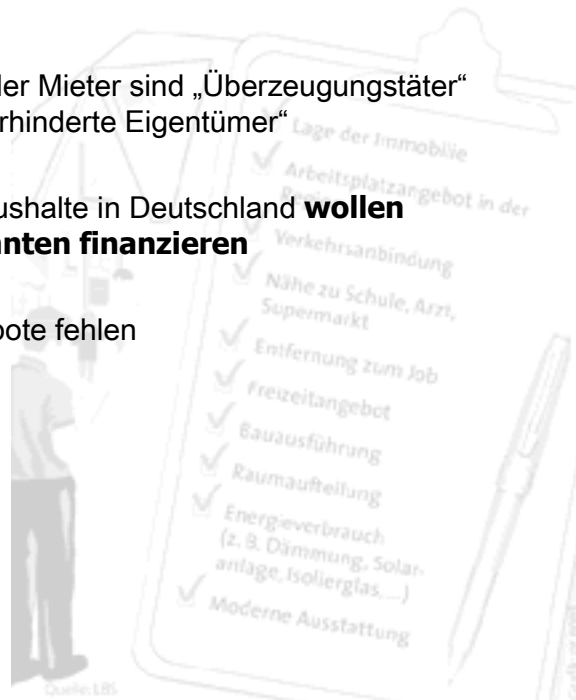
Auch für mehr als die Hälfte der „Noch-Mieter“ geben vor allem die Aspekte Sicherheit und Unabhängigkeit den Ausschlag dafür, dass sie am liebsten eigene vier Wände anstreben würden.



## Bedeutung des Wohneigentums

- ▶ Warum Wohneigentum?
- Demografische Entwicklung
- Preisverfall?
- Erwerber- und Mietertypen
- Relevanz der Erwerbertypen
- Altersvorsorger
- Lebensabschnitts-erwerber
- Rationaler Erwerber
- Nestbauer
- Selbstverwirklicher
- Pragmatischer Erwerber
- Weichensteller
- Wer kauft was?
- Zusammenfassung

- Nur 20 Prozent der Mieter sind „Überzeugungstäter“ - die meisten „verhinderte Eigentümer“
- 1,3 Millionen Haushalte in Deutschland **wollen kaufen und könnten finanzieren**
- Passende Angebote fehlen



Nur 20 Prozent (4,8 Mio. Haushalte) der Mieterhaushalte unter 60 Jahren\* sind „echte Überzeugungstäter“, die meisten dagegen verhinderte Eigentümer.

Zu den „verhinderten Eigentümern“ gehören viele Schwellenhaushalte (34%, 8,1 Mio. Haushalte), bei denen die finanziellen Voraussetzungen für die eigenen vier Wände nicht bzw. noch nicht ausreichen, um Wohneigentum zu erwerben.

Darunter sind aber auch **1,3 Millionen** Haushalte (5%), die grundsätzlich kaufen wollen und bereits jetzt die eigenen vier Wände finanzieren könnten, wenn sie qualitativ ansprechende „Einstiegsangebote“ nutzen könnten. Dies hat empirica in der Studie „Neue Erwerbertypen am Wohnungsmarkt“ für die Landesbausparkassen (LBS) ermittelt.

Dieses enorme Potenzial wäre kurzfristig zu erschließen, wenn es in ausreichendem Maße passende Angebote gäbe.

Ziel der empirischen Untersuchung war es, die unterschiedlichen Erwerbertypen und ihre Motivation beim Eigentumserwerb zu ermitteln, um eine möglichst optimale Anpassung der Angebote der Kommunen an die Nachfragestruktur zu ermöglichen.

---

\*Mieterhaushalte unter 60 Jahren: 14,2 Mio. Haushalte



## Gründe für den Wohneigentumserwerb

- ▶ Warum Wohneigentum?
- Demografische Entwicklung
- Preisverfall?
- Erwerber- und Mietertypen
- Relevanz der Erwerbertypen
- Altersvorsorger
- Lebensabschnitts-erwerber
- Rationaler Erwerber
- Nestbauer
- Selbstverwirklicher
- Pragmatischer Erwerber
- Weichensteller
- Wer kauft was?
- Zusammenfassung

- Vergangenheit: jeder, der es sich leisten konnte, wurde Wohneigentümer
  - Starke emotionale Bindung an die Immobilie
  
- Aktuell: Anzahl der kinderlosen Haushalte steigt
  - Keine Familienmotive bei jüngeren Erwerbern
  - Wunsch nach Wohneigentum ohne starke emotionale Bindung
  
- Motive für Wohneigentum
  - Altersvorsorge
  - familiengerechtes Wohnen
  - Vermögensaufbau

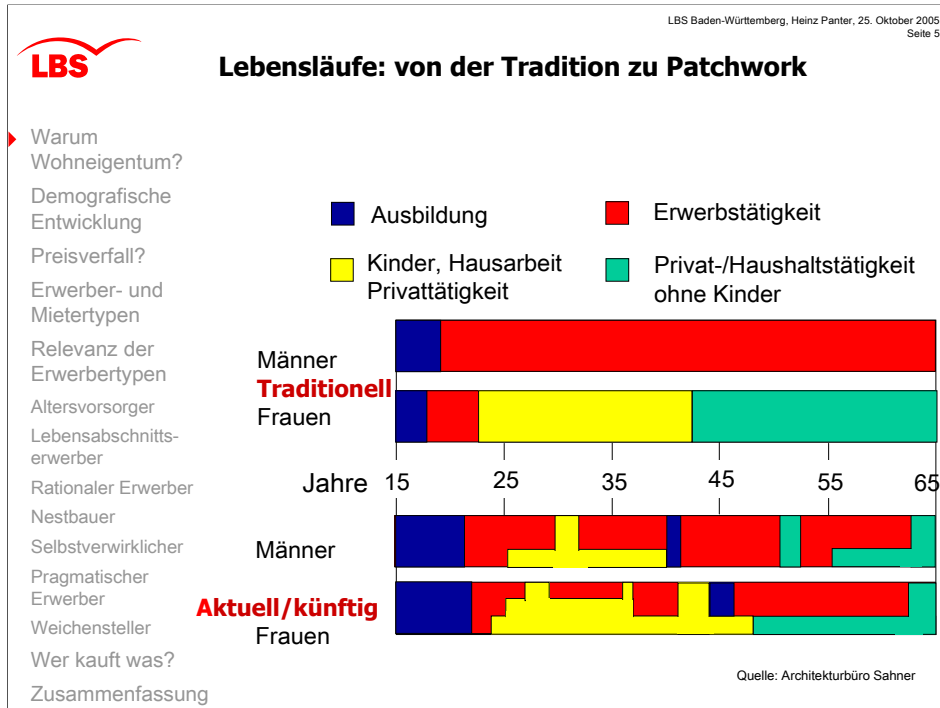
Um herauszufinden, wie „passende“ Immobilienangebote aussehen könnten, ist es wichtig zu wissen, **wer** darin **wie** wohnen möchte. Welche Vorstellungen vom Wohnen hat der künftige Besitzer und warum möchte er kaufen?

In der Vergangenheit hatte man als typischen Wohneigentümer einen ganz bestimmten Haushaltstyp und „Menschenschlag“ vor Augen:  
Die Zwei- bzw. Drei-Generationenfamilie, die jeden „Pfennig“ - heute wären es Cent - und viele Stunden Arbeit in ihr Häuschen investiert. Das **Eigenheim ist ihr Lebensmittelpunkt**, den sie um keinen Preis aufgeben möchte.

Dieser emotional stark an die Immobilie gebundene Typ - empirica nennt ihn den **Familienversorger** - ist beispielhaft für die Generation der Ruheständler. Heute gehört der Familienversorger immer mehr der Vergangenheit an. Dies gilt insbesondere angesichts der **zunehmenden Zahl kinderloser Haushalte**.

Man kann zwar davon ausgehen, dass auch die jüngeren Haushalte Wohneigentum wünschen, aber die emotionalen Bindungen an die erworbene Immobilie sind deutlich schwächer.

Die Art wie die Leute heutzutage **wohnen**, hängt stark damit zusammen, wie sie **leben**.



Dass sich die Präferenzen beim Wohnen verändern, ist eng mit den Lebensläufen der Menschen verknüpft. Diese haben sich im Vergleich zu früher stark verändert.

Die traditionellen, klaren Lebenslinien - Ausbildung, Erwerbstätigkeit, Ruhestand - gibt es nicht mehr. Ebenso wenig wie eine klare Geschlechtertrennung. Heute nehmen auch Männer Erziehungsurlaub und die besser verdienende Frau arbeitet weiter.

Jobs werden gewechselt und eine Zweitausbildung oder Zusatzqualifikation verbessert die Arbeitsmarktchancen oder eröffnet neue Horizonte.

Das Leben ist immer enger mit dem Wohnen verflochten und so ändern und diversifizieren sich mit den Lebensläufen auch die Wohnbedürfnisse.

Die empirica-Untersuchung belegt erstmals, dass bei den Eigentumserwerbern **aktuell ein Wandel** stattfindet.



## Demografische Entwicklung

Warum Wohneigentum?

Demografische Entwicklung

Preisverfall?

Erwerber- und Mietertypen

Relevanz der Erwerbertypen

Altersvorsorger

Lebensabschnitts-erwerber

Rationaler Erwerber

Nestbauer

Selbstverwirklicher

Pragmatischer Erwerber

Weichensteller

Wer kauft was?

Zusammenfassung

### Bevölkerungsentwicklung in den nächsten 50 Jahren



Anmerkung: Bevölkerungsentwicklung in Deutschland: vor 1990 BRD plus DDR  
Quelle: Statistisches Bundesamt

Doch gibt es künftig überhaupt noch genügend Menschen, als dass dieser Wandel bei den Erwerbertypen angesichts des fortschreitenden **Bevölkerungsrückgangs** überhaupt noch eine Rolle spielt?

Richten wir einen Blick auf die demografische Entwicklung in **Deutschland** und in **Baden-Württemberg**.

Fakt ist: Die deutsche Bevölkerung altert und schrumpft, das bestätigen alle gängigen Bevölkerungsprognosen.

Lange Zeit war die nächste Generation jeweils ähnlich stark besetzt wie die vorangegangenen.

Seit den 70er Jahren werden jedoch deutlich weniger Kinder geboren als ältere Personen sterben - ohne Zuwanderung schrumpft die Bevölkerung in Deutschland.



## Bevölkerungsentwicklung in Baden-Württemberg

Warum  
Wohneigentum?

Demografische  
Entwicklung

Preisverfall?

Erwerber- und  
Mietertypen

Relevanz der  
Erwerbertypen

Altersvorsorger

Lebensabschnitts-  
erwerber

Rationaler Erwerber

Nestbauer

Selbstverwirklicher

Pragmatischer  
Erwerber

Weichensteller

Wer kauft was?

Zusammenfassung

- Zunahme der Bevölkerung um 500.000 auf 11,2 Millionen in den nächsten 20 Jahren
- Ab 2025 leicht sinkende Bevölkerungszahl
- Bevölkerungszahl in Baden-Württemberg in 2050 über heutigem Niveau
- Zuwachs durch Wanderungsbewegungen, Wandel der Altersstruktur:
  - Durchschnittsalter heute: 41 Jahre
  - Durchschnittsalter 2050: 49 Jahre

Die Situation in **Baden-Württemberg** ist eine andere: Eine aktuellen Studie des Wirtschaftsforschungsinstituts GEWOS zeigt, dass die Bevölkerung in den nächsten 20 Jahren um 500.000 auf **11,2 Millionen** Menschen ansteigt und erst ab 2025 langsam abnimmt.

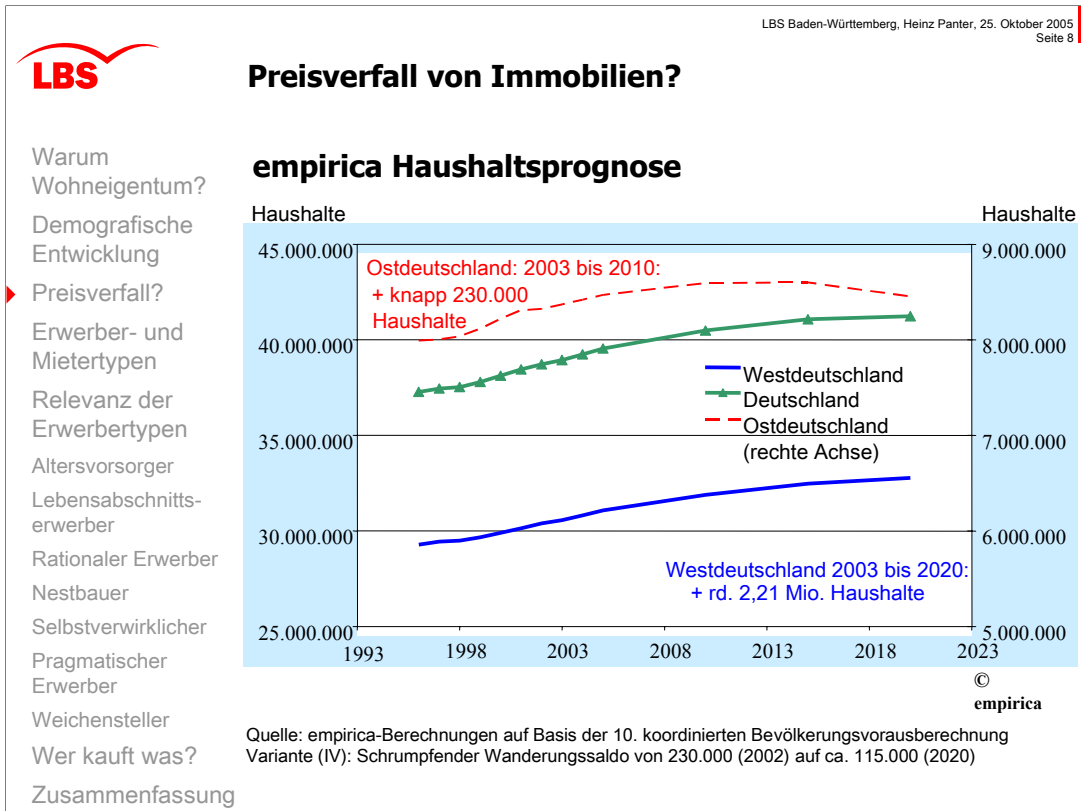
Die **Einwohnerzahl** in Baden-Württemberg wird voraussichtlich selbst im Jahr 2050 noch **über dem heutigen Niveau** liegen.

Dabei spielen **Wanderungsbewegungen** nach Baden-Württemberg die entscheidende Rolle : Baden-Württemberg mit seiner starken Wirtschaftskraft profitiert in erster Linie von beruflich motivierten Zuzügen.

Dementsprechend unterscheidet sich auch der Immobilienmarkt in Baden-Württemberg wesentlich von den Märkten in anderen Bundesländern, die teilweise mit Leerständen rechnen müssen. Bei uns fehlen Wohnungen. Das Wohnungsdefizit liegt zurzeit bei **164.000 Wohneinheiten** und wird in den nächsten 2 Jahren auf über 200.000 ansteigen.

In der **Altersstruktur** der Bevölkerung ist mit starken Veränderungen zu rechnen.

- in **2030** gibt es doppelt so viele über 60-Jährige wie unter 20-Jährige
- Durchschnittsalter in Baden-Württemberg in **2050**: 49 Jahre



[Anm. zur Grafik: linke Achse: bezieht sich auf Gesamt- und Westdeutschland (grüne und blaue Linie), rechte Achse: bezieht sich auf Ostdeutschland (rote Linie)]

Bundesweit wird zuweilen befürchtet, dass es zu einem **Verfall von Immobilienwerten** kommt, weil den Verkäufern in 20 oder 25 Jahren aufgrund der demografischen Entwicklung weniger Käufer gegenüberstehen.

Diese Befürchtungen eines allgemeinen Preisverfalls bei Wohnimmobilien infolge der Bevölkerungsabnahme sind jedoch nicht gerechtfertigt:

- Ausschlaggebend für die Wohnungsnachfrage ist nicht die Zahl der Einwohner, sondern die **Zahl der Haushalte**.
- empirica hat eine Haushaltsprognose durchgeführt, die auch langfristig ein deutliches **Haushaltswachstum** prognostiziert. Das verdeutlicht die Grafik.
- Allein in **Baden-Württemberg** steigt die Anzahl der Haushalte in den nächsten 2 -3 Jahren um 114.000 auf 4,9 Millionen (+2,4%).
- Hinzu kommt, dass die Pro-Kopf-Wohnflächen steigen und immer weniger Personen in einem Haushalt leben.

**empirica** schließt deshalb einen bundesweiten Preisverfall der Immobilienwerte aus. Allerdings werden aufgrund der veränderten Nachfragestrukturen nicht mehr überall Wertsteigerungen zu realisieren sein.

Die **Wertentwicklung** wird sich stärker **nach Lagen** und **Bauqualität** differenzieren:

- Gewinner sind **Eigenheime in guten Lagen**
- Verlierer sind **unattraktive Mietshäuser** in schlechten Lagen



## Orientierung der Angebote an der Nachfrage

- Warum Wohneigentum?
- Demografische Entwicklung
- Preisverfall?
- Erwerber- und Mietertypen
- Relevanz der Erwerbertypen
- Altersvorsorger
- Lebensabschnittserwerber
- Rationaler Erwerber
- Nestbauer
- Selbstverwirklicher
- Pragmatischer Erwerber
- Weichensteller
- Wer kauft was?
- Zusammenfassung

### Erwerber- und Mietertypen im Überblick

Miete	Eigentum		
Mietertypen	Klassische Erwerbertypen	Neue Erwerbertypen	„Auslaufmodell“
Luxusmieter	Nestbauer	Lebensabschnittserwerber	Familienversorger
Urbaner Verweigerer	Selbstverwirklicher	Weichensteller	
Schwellenhaushalt	Rationaler Erwerber		
	Pragmatischer Erwerber		
	Altersvorsorger		

Wie möchten die Menschen heute wohnen?

In seiner aktuellen Studie hat empirica die Einstellungen verschiedener Haushalte zum Wohneigentum untersucht und eine Systematik über die verschiedenen Erwerbertypen erstellt.

Insgesamt haben sich **elf Typen** herauskristallisiert: drei Mieter- und acht Erwerbertypen.



## Orientierung der Angebote an der Nachfrage

Warum Wohneigentum?

Demografische Entwicklung

Preisverfall?

Erwerber- und Mietertypen

Relevanz der Erwerbertypen

Altersvorsorger

Lebensabschnitts-erwerber

Rationaler Erwerber

Nestbauer

Selbstverwirklicher

Pragmatischer Erwerber

Weichensteller

Wer kauft was?

Zusammenfassung

### Erwerber- und Mietertypen im Überblick

Miete	Eigentum		
Mietertypen	Klassische Erwerbertypen	Neue Erwerbertypen	„Auslaufmodell“
<b>Luxusmieter</b>	Nestbauer	Lebensabschnitts-erwerber	Familien- versorger
Urbaner Verweigerer	Selbstverwirklicher	Weichensteller	
Schwellenhaus-halt	Rationaler Erwerber		
	Pragmatischer Erwerber		
	Altersvorsorger		

Zunächst möchte ich Ihnen die **Mietertypen** vorstellen, wobei nur zwei davon kein ausgesprochenes Interesse am Wohneigentum haben:  
die *Luxusmieter* und die *urbanen Verweigerer*.

*Luxusmieter* sind Haushalte, die vorwiegend in Großstädten leben und zentrale Standorte mit Flair bevorzugen.

- Sie sind relativ **gut verdienende** Haushalte
- und haben **hohe Ansprüche** an die Wohnqualität.

Luxusmieter sind nicht generell gegen Wohneigentum, doch wenn sie an dem gewünschten Standort kein entsprechendes Eigentumsobjekt finden, dann mieten sie, selbst wenn die Miete sehr hoch ist.

Wichtige **Auswahlkriterien** sind

- ein zentraler Standort
- und eine hohe Qualität der Immobilie.



## Orientierung der Angebote an der Nachfrage

Warum  
Wohneigentum?

Demografische  
Entwicklung

Preisverfall?

Erwerber- und  
Mietertypen

Relevanz der  
Erwerbertypen

Altersvorsorger

Lebensabschnitts-  
erwerber

Rationaler Erwerber

Nestbauer

Selbstverwirklicher

Pragmatischer  
Erwerber

Weichensteller

Wer kauft was?

Zusammenfassung

### Erwerber- und Mietertypen im Überblick

Miete	Eigentum		
Mietertypen	Klassische Erwerbertypen	Neue Erwerbertypen	„Auslaufmodell“
Luxusmieter	Nestbauer	Lebensabschnitts- erwerber	Familien- versorger
<b>Urbaner Verweigerer</b>	Selbstverwirk- licher	Weichensteller	
Schwellenhaus- halt	Rationaler Erwerber		
	Pragmatischer Erwerber		
	Altersvorsorger		

Die *urbanen Verweigerer* hingegen empfinden Wohneigentum eher als „Klotz am Bein“. Sie bevorzugen das Leben in Großstädten und ihre Mobilität ist extrem hoch.



## Orientierung der Angebote an der Nachfrage

- Warum Wohneigentum?
- Demografische Entwicklung
- Preisverfall?
- ▶ Erwerber- und Mietertypen
- Relevanz der Erwerbertypen
- Altersvorsorger
- Lebensabschnitts-erwerber
- Rationaler Erwerber
- Nestbauer
- Selbstverwirklicher
- Pragmatischer Erwerber
- Weichensteller
- Wer kauft was?
- Zusammenfassung

### Erwerber- und Mietertypen im Überblick

Miete	Eigentum		
Mietertypen	Klassische Erwerbertypen	Neue Erwerbertypen	„Auslaufmodell“
Luxusmieter	Nestbauer	Lebensabschnitts-erwerber	Familien- versorger
Urbaner Verweigerer	Selbstverwirklicher	Weichensteller	
<b>Schwellenhaus- halt</b>	Rationaler Erwerber		
	Pragmatischer Erwerber		
	Altersvorsorger		

Im Gegensatz zu diesen beiden Typen möchten die *Schwellenhaushalte* gerne Eigentum erwerben. Sie scheitern jedoch (noch) am Eigenkapital.



## Orientierung der Angebote an der Nachfrage

Warum Wohneigentum?

Demografische Entwicklung

Preisverfall?

Erwerber- und Mietertypen

Relevanz der Erwerbertypen

Altersvorsorger

Lebensabschnitts-erwerber

Rationaler Erwerber

Nestbauer

Selbstverwirklicher

Pragmatischer Erwerber

Weichensteller

Wer kauft was?

Zusammenfassung

### Erwerber- und Mietertypen im Überblick

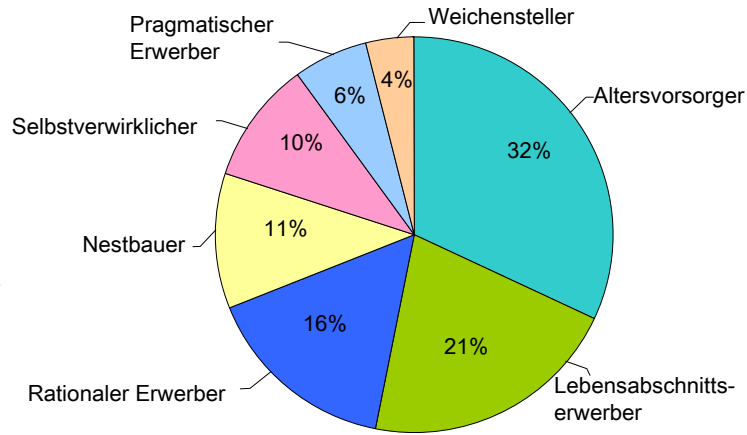
Miete	Eigentum		
Mietertypen	Klassische Erwerbertypen	Neue Erwerbertypen	„Auslaufmodell“
Luxusmieter	Nestbauer	Lebensabschnitts-erwerber	<b>Familien- versorger</b>
Urbaner Verweigerer	Selbstverwirklicher	Weichensteller	
Schwellenhaus-halt	Rationaler Erwerber		
	Pragmatischer Erwerber		
	Altersvorsorger		

Der *Familienversorger*, den ich bereits angesprochen habe, spielt künftig eine immer kleinere Rolle.

Die anderen sieben Erwerbertypen möchte ich Ihnen jetzt näher erläutern. Sie sind potenzielle Bauherren und Käufer auf der Suche nach der „**richtigen**“ **Immobilie am „richtigen“ Standort.**

### Erwerbertypen und ihre quantitative Relevanz

- Warum Wohneigentum?
- Demografische Entwicklung
- Preisverfall?
- Erwerber- und Mietertypen
- Relevanz der Erwerbertypen
- Altersvorsorger
- Lebensabschnitts-erwerber
- Rationaler Erwerber
- Nestbauer
- Selbstverwirklicher
- Pragmatischer Erwerber
- Weichensteller
- Wer kauft was?
- Zusammenfassung



Quelle: empirica 2005

Bei dieser quantitativen Einteilung der Erwerbertypen werden nur die potenziellen Erwerber, also die **heutigen Mieterhaushalte** betrachtet.

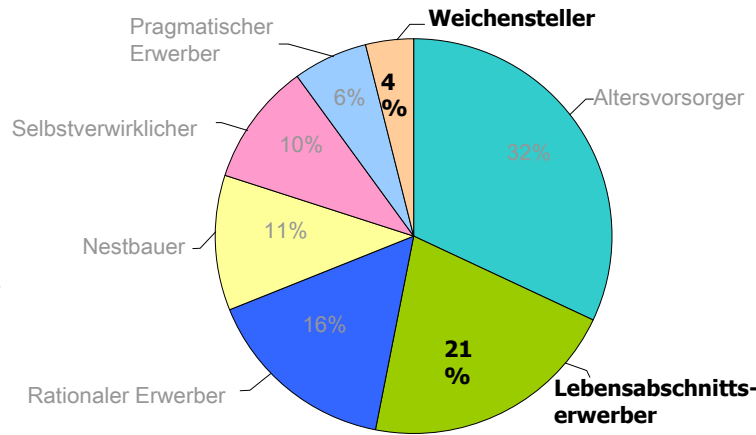
Haushalte mit Vorständen, die 60 Jahre oder älter sind, werden diesem Potenzial nicht mehr zugerechnet.

Die Untersuchung zeigt:

- Die Philosophie ‚nur einmal im Leben ein Haus zu kaufen‘ trifft heutzutage häufig nicht mehr zu.
- Änderungen und Anpassungen sind möglich und werden beim ersten Eigentumserwerb bereits mit eingeplant.
- Man sucht entsprechend der jeweiligen Lebensphase ein Objekt und einen Standort passend zur Art des Zusammenlebens und eingebunden in die jeweils notwendige Infrastruktur.

### Erwerbertypen und ihre quantitative Relevanz

- Warum Wohneigentum?
- Demografische Entwicklung
- Preisverfall?
- Erwerber- und Mietertypen
- Relevanz der Erwerbertypen
- Altersvorsorger
- Lebensabschnittserwerber
- Rationaler Erwerber
- Nestbauer
- Selbstverwirklicher
- Pragmatischer Erwerber
- Weichensteller
- Wer kauft was?
- Zusammenfassung



Quelle: empirica 2005

Der Lebensabschnittserwerber und der Weichensteller sind „neue Erwerbertypen“, die man bei den heute jüngeren Haushalten findet.

- Der **Weichensteller** erwirbt trotz später Familiengründung bereits frühzeitig Wohneigentum - oft schon als Single. Die eigene Immobilie ist für ihn eine Art „Sparschwein“, um Vermögen aufzubauen.
- Demgegenüber ist der **Lebensabschnittserwerber** auf den ersten Blick ein klassischer Familientyp. Allerdings reagiert er flexible und pragmatisch auf wechselnde Wohnbedürfnisse im Laufe seines Lebens.

Beiden ist eigen, dass sie die **Immobilie nicht fürs ganze Leben**, sondern erst einmal für eine bestimmte Phase erwerben.

Insgesamt machen diese beiden neuen Erwerbertypen **ein Viertel des Wohneigentümpotenzials** aus.

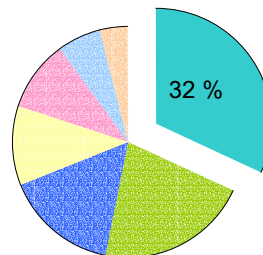


## Der Altersvorsorger

- Warum Wohneigentum?
- Demografische Entwicklung
- Preisverfall?
- Erwerber- und Mietertypen
- ▶ Relevanz der Erwerbertypen
- ▶ Altersvorsorger
- Lebensabschnitts-erwerber
- Rationaler Erwerber
- Nestbauer
- Selbstverwirklicher
- Pragmatischer Erwerber
- Weichensteller
- Wer kauft was?
- Zusammenfassung

### ■ Motivation

- Selbständigkeit im Alter
- Nach der Familienphase Umzug aus dem Umland bzw. der Peripherie in die Innenstadt
- Eigenständiges Wohnen auch bei eingeschränkter Mobilität im Alter



Die *Altersvorsorger* bilden mit **32 Prozent** die größte Gruppe der Erwerbertypen.

In der Regel **Ein- oder Zweipersonenhaushalte**. **Oft kinderlos** oder die Frau unterbricht ihre Berufstätigkeit nur sehr kurz bei der Geburt des Kindes - wenn überhaupt, nur ein Kind.

Altersvorsorger **verdienen gut** und erwerben in frühen Jahren noch kein Wohneigentum, damit sie vor allem im Hinblick auf die berufliche Karriere flexibel sind. Wenn sie beruflich fest im Sattel sitzen, denken sie über den Erwerb einer Immobilie nach.

Der Altersvorsorger ist beim Kauf **vergleichsweise alt** - Haushaltsvorstand meistens zwischen 40 und 50 Jahre.

Beim Erwerb spielt - wie die Namensgebung vermuten lässt - das **Motiv der Altersvorsorge** eine zentrale Rolle. Vertreter dieser Gruppe wissen nicht, ob später eine ausreichende Unterstützung aus der eigenen Familie heraus möglich sein wird.



## Der Altersvorsorger

Warum Wohneigentum?  
Demografische Entwicklung  
Preisverfall?  
Erwerber- und Mietertypen  
▶ Relevanz der Erwerbertypen  
▶ Altersvorsorger  
Lebensabschnitts-erwerber  
Rationaler Erwerber  
Nestbauer  
Selbstverwirklicher  
Pragmatischer Erwerber  
Weichensteller  
Wer kauft was?  
Zusammenfassung

### ■ Objekt- und Standortpräferenzen

- Seniorengerechte Gestaltung
- Sicherheit
- Vielseitige Infrastruktur in fußläufiger Entfernung
- In der Regel Eigentumswohnung im Neubau



Altersvorsorger suchen ein Objekt in **zentraler Lage** mit einer vielseitigen Infrastruktur in fußläufiger Entfernung. Bevorzugt werden Standorte in einer überschaubaren Nachbarschaft.

Bei der Auswahl des Objektes spielen **seniorengerechte Aspekte** eine zentrale Rolle.

Zum Beispiel achten Altersvorsorger darauf, dass große Teile der Hauses oder der Wohnung **schwellenfrei** und die Räume entsprechend groß sind, so dass sie auch mit eingeschränkter Mobilität und ggf. Gehhilfe weitgehend **selbstständig wohnen** können.



## Der Lebensabschnittserwerber

Warum Wohneigentum?

### ■ Motivation

Demografische Entwicklung

Preisverfall?

Erwerber- und Mietertypen

▶ Relevanz der Erwerbertypen

Altersvorsorger

▶ Lebensabschnittserwerber

Rationaler Erwerber

Nestbauer

Selbstverwirklicher

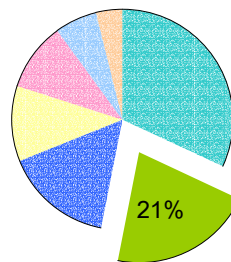
Pragmatischer Erwerber

Weichensteller

Wer kauft was?

Zusammenfassung

- Familienfreundliches Wohnen
- Hohe Kompromissbereitschaft
- Eher funktionale Einstellung zum Eigentum



Auf die *Lebensabschnittserwerber* entfallen **21 Prozent** der Erwerber.

Häufig Akademiker, die vor dem Eigentumserwerb in der Stadt leben.

Der Lebensabschnittserwerber setzt sich mit dem **Kauf der ersten Immobilie** konkret in der Phase der Familienerweiterung auseinander, das heißt **bei der Geburt des ersten oder des zweiten Kindes**.

Er hat eine eher funktionale und weniger emotionale Einstellung zum Erwerb der ersten Wohnimmobilie. Für ihn ist Eigentum in erster Linie ein Mittel für familiengerechte Wohnqualität.

Seine Wahl fällt beispielsweise auf ein **familiengerechtes, verkehrsgünstiges Objekt**.

Den Wunsch zum Beispiel nach der individuellen Architektenimmobilie verschiebt der Lebensabschnittserwerber auf später, wenn die Kinder aus dem Haus sind. Seine erste eigene Immobilie ist meist nicht die letzte.



## Der Lebensabschnittserwerber

Warum  
Wohneigentum?

Demografische  
Entwicklung

Preisverfall?

Erwerber- und  
Mietertypen

▶ Relevanz der  
Erwerbertypen

Altersvorsorger

▶ Lebensabschnitts-  
erwerber

Rationaler Erwerber

Nestbauer

Selbstverwirklicher

Pragmatischer  
Erwerber

Weichensteller

Wer kauft was?

Zusammenfassung

### ■ Objekt- und Standortpräferenzen

- Suche nach größerer Wohnung in innerstädtischer Lage
- Aus Kostengründen oft „unfreiwillige“ Abwanderung ins Umland
- Familienfreundliche Objekte
- Gute Erreichbarkeit von Kindertagesstätten und Schulen sowie Angebote für Alltagsbedarf

Zunächst sucht der Lebensabschnittserwerber **unabhängig von der Frage, ob Eigentum oder Miete**, ein Objekt, das familienfreundlich ist. Entscheidende Faktoren sind:

- Größe der Wohnung,
- Wohnumfeld mit „Gleichgesinnten“
- sichere hausnahe Aufenthaltsmöglichkeiten für Kinder.

Oft beginnt seine Suche im innerstädtischen Bereich.

Familienleben und Alltag sollen gut miteinander vereinbar sein - besonders wenn die Mutter ihre **Erwerbstätigkeit** wieder aufnimmt. Dies ist in der Regel der Fall, **um so die Immobilie finanzieren zu können.**

Die Entscheidung für die eigenen vier Wände statt Miete ist oft das Ergebnis einer **Kosten-Nutzen-Überlegung**:

Der Lebensabschnittserwerber stellt fest, dass die Immobilie in der Lage, die er bevorzugt, nicht oder nur zu sehr hohen Mietkosten angeboten wird. Daraufhin weicht er auf einen anderen Standort außerhalb der Stadt aus und kauft dort ein **familiengerechtes Eigenheim**. Er nimmt dabei in Kauf, dass ihm die Immobilie ästhetisch nur bedingt zusagt - **beispielsweise ein Reihenhaus in einem homogenen Neubaugebiet.**

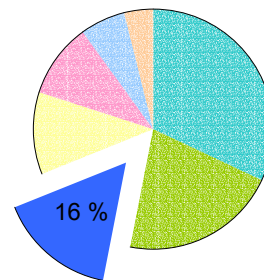


## Der rationale Erwerber

Warum Wohneigentum?  
 Demografische Entwicklung  
 Preisverfall?  
 Erwerber- und Mietertypen  
 ▶ Relevanz der Erwerbertypen  
 Altersvorsorger  
 Lebensabschnitts-erwerber  
 ▶ Rationaler Erwerber  
 Nestbauer  
 Selbstverwirklicher  
 Pragmatischer Erwerber  
 Weichensteller  
 Wer kauft was?  
 Zusammenfassung

### ■ Motivation

- Funktionale Einstellung zum Eigentum
- Kosten-Nutzen-Rechnung im Vergleich zur Miete
- Lebensphasenorientierung



*Rationale Erwerber* (16 Prozent), die sowohl in ländlicher Umgebung wie auch in Städten leben, sind zum Zeitpunkt des Erwerbs der ersten Wohnimmobilie **alleinstehend oder kinderlose Doppelverdienerhaushalte**.

Der Kinderwunsch ist in der Regel nicht ausgeschlossen, das **Eigentum** soll aber **vor der Familiengründung** erworben werden.

Rationale Erwerber setzen sich bereits bei Beginn der Berufstätigkeit mit dem Ersterwerb einer Immobilie auseinander. Sie prüfen, ob sie mit der Miete, die sie für das gewünschte Objekt am bevorzugten Standort zahlen müssen, nicht auch etwas eigenes erwerben können.

In der Regel plant der rationale Erwerber, die **Erstimmobilie später zu veräußern**, um Kapital für den Erwerb einer anderen frei zu machen, die seinen alters- und lebensabschnittspezifischen Anforderungen dann besser entspricht.



## Der rationale Erwerber

Warum Wohneigentum?  
Demografische Entwicklung  
Preisverfall?  
Erwerber- und Mietertypen  
▶ Relevanz der Erwerbertypen  
Altersvorsorger  
Lebensabschnitts-erwerber  
▶ Rationaler Erwerber  
Nestbauer  
Selbstverwirklicher  
Pragmatischer Erwerber  
Weichensteller  
Wer kauft was?  
Zusammenfassung

### ■ Objekt- und Standortpräferenzen

- Objekt, finanziell vergleichbar mit Mietbelastung
- Gute und sehr gute Lagen mit Wertsteigerungspotenzial
- Bestand und Neubau



Zentrales Auswahlkriterium für den Rationalen Erwerber ist die **Finanzierbarkeit** der Immobilie zu einer mit der Miete vergleichbaren Belastung.

Die **Standortwahl** fällt abhängig vom Haushaltstyp **sehr unterschiedlich** aus:

- Die einen wählen einen relativ weit von ihrem Arbeitsplatz entfernten Standort, weil sie dort über ein **schnell erreichbares soziales Netzwerk** verfügen.
- Die **urban orientierten Haushalte**, die häufig beruflich sehr stark eingespannt sind, ziehen **zentrale Standorte** mit guter Erreichbarkeit des Arbeitsplatzes sowie Restaurants und attraktiven Kneipen in fußläufiger Entfernung vor.

In der Regel kaufen rationale Erwerber ein **Bestandsobjekt**, oft eine Eigentumswohnung.

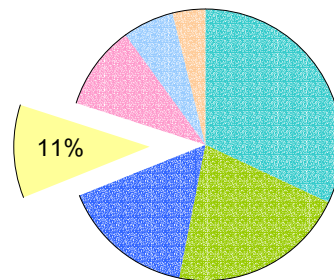


## Der Nestbauer

- Warum Wohneigentum?
- Demografische Entwicklung
- Preisverfall?
- Erwerber- und Mietertypen
- ▶ Relevanz der Erwerbertypen
- Altersvorsorger
- Lebensabschnitts-erwerber
- Rationaler Erwerber
- ▶ Nestbauer
- Selbstverwirklicher
- Pragmatischer Erwerber
- Weichensteller
- Wer kauft was?
- Zusammenfassung

### ■ Motivation

- Immobilie fürs Leben
- Sehr emotionale Einstellung zum Wohneigentum
- Familienglück = Eigenheim



**Nestbauer** - 11% - sind klassische Eigentumserwerber und haben eine sehr **emotionale Einstellung** zum Wohneigentum. Es ist für sie gleichbedeutend mit **Familienglück**. Das Objekt soll seinen hohen individuellen Ansprüchen an das **Wohnen auf Lebenszeit** genügen.

- Nestbauer leben überwiegend in einer eher **ländlichen** oder kleinstädtischen **Umgebung**.
- Oft **Paare**, die vor der Geburt der Kinder in einer relativ kleinen Wohnung leben, um hohe Kosten zu vermeiden, und bis zur Geburt des ersten Kindes beide arbeiten.
- Wohneigentum ist für sie untrennbar mit dem **Lebensziel „Familie mit Kindern“** verbunden. Sie können sich eine glückliche Familie nur im eigenen Heim vorstellen.
- Immobilienerwerb erfolgt in der Lebensphase der Familienerweiterung (erstes/zweites Kind).
- Für den Nestbauer ist es wichtig, bis zum Erwerb der eigenen vier Wände möglichst **viel Eigenkapital** angespart zu haben,
  - ... um das ideale Zuhause finanzieren zu können
  - ... und um es dem Partner ermöglichen, sich nach der Geburt der Kindererziehung zu widmen - mindestens bis zur Einschulung.

Im Unterschied zu anderen Erwerbertypen gibt es keinen äußeren Anlass, der die Entscheidung für den Eigentumserwerb auslöst. Dieser wird geplant, lange bevor er konkret ansteht.



## Der Nestbauer

Warum Wohneigentum?  
Demografische Entwicklung  
Preisverfall?  
Erwerber- und Mietertypen  
Relevanz der Erwerbertypen  
Altersvorsorger  
Lebensabschnitts-erwerber  
Rationaler Erwerber  
▶ Nestbauer  
Selbstverwirklicher  
Pragmatischer Erwerber  
Weichensteller  
Wer kauft was?  
Zusammenfassung

### ■ Objekt- und Standortpräferenzen

- Familienfreundliches Objekt und Umfeld
- Gewachsene Wohngebiete
- Bestand und Neubau
- In der Regel Einfamilienhaus
- Oft „unfreiwillige“ Abwanderung ins Umland

Aufgrund der Präferenzen für familienfreundliches Wohnen bevorzugt der Nestbauer **gewachsene Wohngebiete** in attraktiven Lagen wie **Stadtrandgebiete** oder **ländliche Gemeinden** mit viel Grün in der näheren Umgebung.

Eine Wohnung im Geschoss kommt für den Nestbauer **nicht** in Betracht.

Oft wird ein Bestandsobjekt erworben und umgebaut - **Individualität** spielt eine große Rolle.

Der Nestbauer plant das Familienheim als **Lösung für des Rest des Lebens**. Das Haus soll später nicht verkauft, sondern **vererbt** werden.

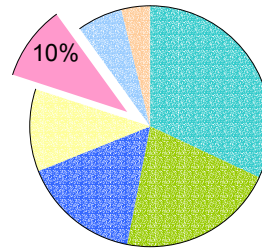


## Der Selbstverwirklicher

- Warum Wohneigentum?
- Demografische Entwicklung
- Preisverfall?
- Erwerber- und Mietertypen
- Relevanz der Erwerbertypen
- Altersvorsorger
- Lebensabschnittserwerber
- Rationaler Erwerber
- Nestbauer
- Selbstverwirklicher
- Pragmatischer Erwerber
- Weichensteller
- Wer kauft was?
- Zusammenfassung

### ■ Motivation

- Sehr emotionale Einstellung zum Wohneigentum
- Selbstverwirklichung = Traumimmobilie
- Unterschiedliche Milieus:
  - Familien
  - Ältere Haushalte



Der *Selbstverwirklicher* - 10% - ist ein klassischer Erwerbertyp mit ebenfalls **emotionaler Einstellung** zum Wohneigentum.

Seine Traumimmobilie erwirbt er erst relativ spät (z.B. nach der Familienphase). Folglich sind Selbstverwirklicher in der Regel **ältere Haushalte**. Man findet sie in allen Regionen und Bildungsschichten.

**Wohneigentum** bedeutet für den Selbstverwirklicher **Freiheit** und die Möglichkeit, sich mit der Wunschimmobilie zu verwirklichen, z.B. durch eigenes Gestalten.

Häufig hat der Selbstverwirklicher **schon vorher eine andere Immobilie erworben**, beispielsweise als Lebensabschnittserwerber im Zusammenhang mit der Familiengründung. In der Zwischenzeit sind die Kinder aus dem Haus und stehen auf eigenen Füßen.



## Der Selbstverwirklicher

Warum Wohneigentum?

Demografische Entwicklung

Preisverfall?

Erwerber- und Mietertypen

▶ Relevanz der Erwerbertypen

Altersvorsorger

Lebensabschnitts-erwerber

Rationaler Erwerber

Nestbauer

▶ Selbstverwirklicher

Pragmatischer Erwerber

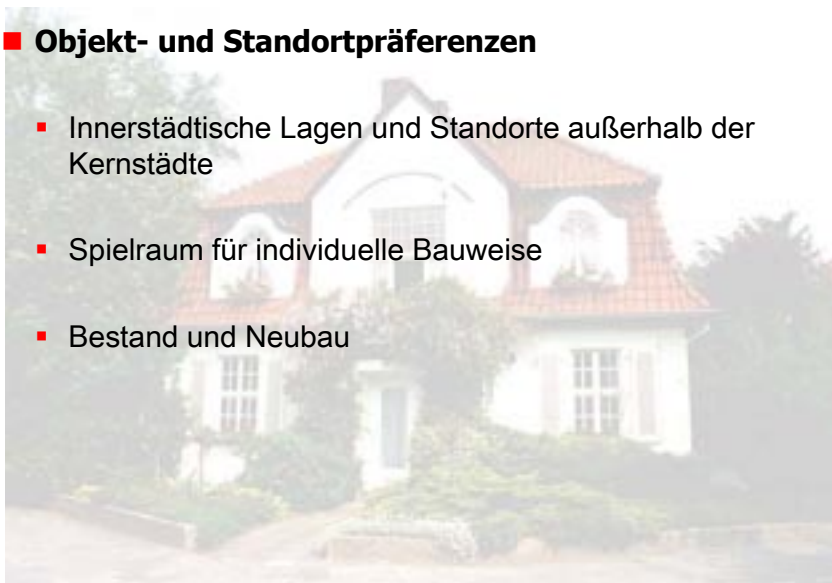
Weichensteller

Wer kauft was?

Zusammenfassung

### ■ Objekt- und Standortpräferenzen

- Innerstädtische Lagen und Standorte außerhalb der Kernstädte
- Spielraum für individuelle Bauweise
- Bestand und Neubau



Das neue Objekt muss den entsprechenden Rahmen bieten, um die eigenen Vorstellungen vom Wohnen verwirklichen zu können.

Häufig handelt es sich um einen **individuellen Neubau** oder ein **Bestandsobjekt**, das mit viel Liebe umgebaut wird.

Selbstverwirklicher bauen zum Beispiel an bestehendes Eigentum an oder sie finden in der Nachbarschaft zufällig ihre Traumimmobilie.

Unter den Selbstverwirklichern finden sich oft Haushalte, die ihren Heimatort berufsbedingt verlassen haben und im Rentenalter wieder dorthin zurückkehren.



## Der pragmatische Erwerber

Warum  
Wohneigentum?

Demografische  
Entwicklung

Preisverfall?

Erwerber- und  
Mietertypen

Relevanz der  
Erwerbertypen

Altersvorsorger

Lebensabschnitts-  
erwerber

Rationaler Erwerber

Nestbauer

Selbstverwirklicher

Pragmatischer  
Erwerber

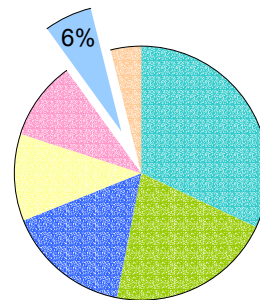
Weichensteller

Wer kauft was?

Zusammenfassung

### ■ Motivation

- Lockere Bindung an die Immobilie
- Wohneigentum als Gebrauchsgegenstand
- Immobilienerwerb erst, wenn beruflich etabliert
- Geldvermögen für Immobilienerwerb angespart



Die *pragmatischen Erwerber* (6%) sind relativ hoch qualifiziert und als **Doppelverdienerhaushalte** meist gut verdienend.

Für beide Partner nimmt die Berufstätigkeit eine zentrale Stellung in ihrem Leben ein. **Mobilität und Ungebundenheit** sind für sie sehr wichtig.

Der Erwerb einer Wohnimmobilie wird meist erst dann in Erwägung gezogen, wenn beide Partner in ihrer Karriere stabilisiert sind. Dementsprechend ist der pragmatische Erwerber beim Kauf seiner ersten Immobilie relativ alt. Der **Haushaltsvorstand oft zwischen 40 und 50 Jahre**.

Ein berufsbedingter Umzug ist nicht mehr vorgesehen. Bis zum Zeitpunkt des Erwerbs haben die pragmatischen Erwerber **relativ viel Geldvermögen angespart**.



## Der pragmatische Erwerber

Warum Wohneigentum?

Demografische Entwicklung

Preisverfall?

Erwerber- und Mietertypen

▶ Relevanz der Erwerbertypen

Altersvorsorger

Lebensabschnitts-erwerber

Rationaler Erwerber

Nestbauer

Selbstverwirklicher

▶ Pragmatischer Erwerber

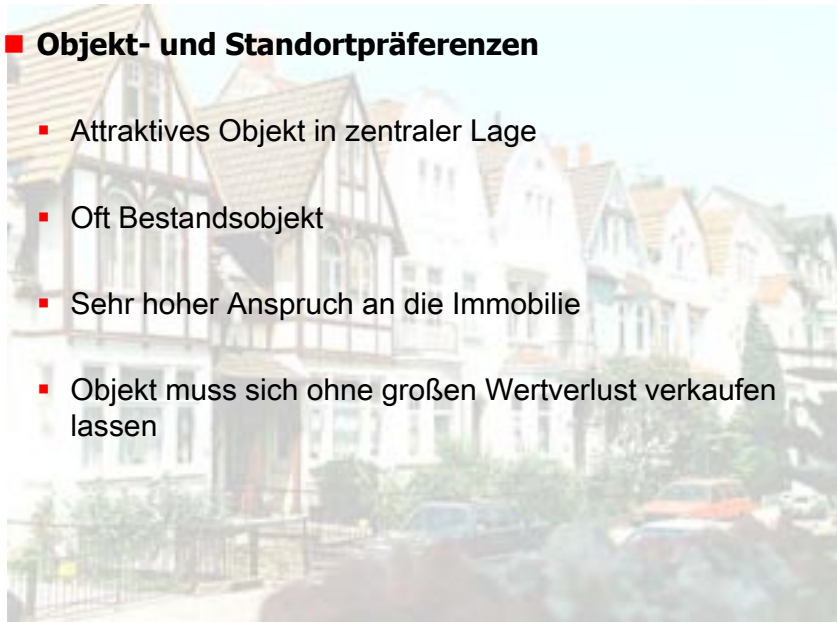
Weichensteller

Wer kauft was?

Zusammenfassung

### ■ Objekt- und Standortpräferenzen

- Attraktives Objekt in zentraler Lage
- Oft Bestandsobjekt
- Sehr hoher Anspruch an die Immobilie
- Objekt muss sich ohne großen Wertverlust verkaufen lassen



Der pragmatische Erwerber hat **klare Vorstellungen** davon, wie und wo er wohnen möchte und stellt **hohe Ansprüche** an die Immobilie und ihre Lage. Lebensqualität ist ihm wichtig.

In der Regel entscheidet er sich für ein **attraktives Bestandsobjekt** in zentraler Lage. Allerdings sind die Bindungen der pragmatischen Erwerber an die Immobilie locker: Sie können sich gut vorstellen, das Objekt auch wieder zu veräußern.

Ein wesentliches Motiv für einen späteren Verkauf könnte Kapitalbedarf für größere Aufwendungen zum Beispiel bei Pflegebedürftigkeit sein. Daher wählen pragmatische Erwerber Immobilien, die ohne großen Wertverlust verkauft werden können.

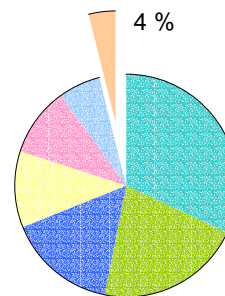


## Der Weichensteller

- Warum Wohneigentum?
- Demografische Entwicklung
- Preisverfall?
- Erwerber- und Mietertypen
- Relevanz der Erwerbertypen
- Altersvorsorger
- Lebensabschnittserwerber
- Rationaler Erwerber
- Nestbauer
- Selbstverwirklicher
- Pragmatischer Erwerber
- ▶ Weichensteller
- Wer kauft was?
- Zusammenfassung

### ■ Motivation

- Immobilie als Sparanreiz
- Immobilie für Aufbau eines dauerhaften Vermögens



Der *Weichensteller* ist mit 4 Prozent die kleinste der Erwerbergruppen. Er ist ein **urbaner Haushalt** und erwirbt häufig schon als Single seine erste Immobilie.

In der Regel hat der Weichensteller früh Karriere gemacht. Sein **Einkommen** ist **überdurchschnittlich** hoch. Er lebt alleine oder mit Partner und hat zur Zeit des Eigentumserwerbs noch **keine Kinder**.

**Bevor er eine Immobilie kauft, gibt er viel Geld aus** - es zerrinnt ihm förmlich zwischen den Fingern. Sein Eigenkapital ist beim Kauf gering. Oft werden Zuschüsse von Eltern oder Großeltern in Anspruch genommen.

Mit der eigenen Immobilie findet er einen **Sparanreiz** für den Aufbau eines dauerhaften Vermögens.

Für Wohneigentum sind laut empirica-Studie die privaten Haushalte eher zum Konsumverzicht bereit als für anonyme Sparprodukte. Daher erfolgt die Entscheidung pro Wohneigentum nach noch **rationaleren Kriterien** als beim Lebensabschnittserwerber.

Der Erwerb der Immobilie wird genau geplant, wobei er sich im Vorfeld eingehend mit den Marktgegebenheiten, Steuervergünstigungen und Finanzierungsmodellen auseinandersetzt.



## Der Weichensteller

Warum  
Wohneigentum?

Demografische  
Entwicklung

Preisverfall?

Erwerber- und  
Mietertypen

▶ Relevanz der  
Erwerbertypen

Altersvorsorger

Lebensabschnitts-  
erwerber

Rationaler Erwerber

Nestbauer

Selbstverwirklicher

Pragmatischer  
Erwerber

▶ Weichensteller

Wer kauft was?

Zusammenfassung

### ■ Objekt- und Standortpräferenzen

- Gute Lagen und Objekte mit realisierbarer Wertsteigerung
- Bestand und Neubau
- Keine Abwanderung ins Umland



Für den Weichensteller kommen nur Objekte in **guter Lage** in Frage, die eine hohe realisierbare **Wertsteigerung** erwarten lassen (Kein individuelles Liebhaberobjekt).

Das kann ein **gut sanierter Altbau** oder auch eine **Neubauwohnung** in einem gewachsenen Wohngebiet sein.

Für den Weichensteller steht von vornherein fest, dass die Immobilie **nur vorübergehend selbst genutzt** wird.

Sobald es Veränderungen in der Lebensbiografie gibt - beispielsweise bei Familiengründung - **reagiert** der Weichensteller **flexibel** darauf:  
--> die „Junggesellenwohnung“ wird dann vermietet oder verkauft.



## Wer kauft was?

Warum  
Wohneigentum?

Demografische  
Entwicklung

Preisverfall?

Erwerber- und  
Mietertypen

Relevanz der  
Erwerbertypen

Altersvorsorger  
Lebensabschnitts-  
erwerber

Rationaler Erwerber

Nestbauer

Selbstverwirklicher

Pragmatischer  
Erwerber

Weichensteller

▶ Wer kauft was?

Zusammenfassung

■ **Nestbauer**  
Eigenheim als Nest für die Familie

■ **Selbstverwirklicher**  
Traumimmobilie

- Keine Kompromisse
- Standort und Objekt müssen persönlichen Vorlieben entsprechen



Wie die vorgestellten Profile verdeutlichen, gibt es heute eine Vielfalt von Erwerbertypen, bei denen nicht mehr in erster Linie emotionale Momente eine Rolle spielen, sondern zunehmend ein **rationales Verhalten dominiert**.

Von den sieben potenziellen Eigentümergebietern haben nur zwei Typen eine in erster Linie **emotionale Einstellung** zur Wohnimmobilie: der **Nestbauer** und der **Selbstverwirklicher**.

Beide Gruppen gehen davon aus, dass das erworbene Eigenheim Eigentum fürs Leben ist:

- Sie identifizieren sich mit ihrer Immobilie und sind zu keinen Kompromissen bei der Auswahl bereit.
- Sie mögen Neubau und Bestandsimmobilien gleichermaßen.
- Nestbauer bevorzugen Einfamilienhäuser.



## Wer kauft was?

Warum  
Wohneigentum?

Demografische  
Entwicklung

Preisverfall?

Erwerber- und  
Mietertypen

Relevanz der  
Erwerbertypen

Altersvorsorger

Lebensabschnitts-  
erwerber

Rationaler Erwerber

Nestbauer

Selbstverwirklicher

Pragmatischer  
Erwerber

Weichensteller

► Wer kauft was?

Zusammenfassung

### ■ Lebensabschnittserwerber

Wohnqualität für die Familienphase

- findet zu vertretbaren Kosten oft kein Objekt im ursprünglichen Suchradius
- weicht auf Eigenheim in Randlage aus
  - häufig Reihenhaus

### ■ Weichensteller

Sparanreiz

- Eigentumswohnung mit Wertsteigerungspotenzial
- Hervorragende Lage entscheidend



Der **Lebensabschnittserwerber** und der **Weichensteller** sind im Prinzip Familientypen.

- Der *Lebensabschnittserwerber* weicht meist auf ein Eigenheim, oft ein **Reihenhaus**, in Randlage aus, weil er zu vertretbaren Kosten in seinem ursprünglichen Suchradius kein Objekt findet, das in Anbetracht seiner Familien- und Arbeitssituation geeignet ist.
- Der *Weichensteller* bevorzugt eine **Eigentumswohnung** und hofft auf Wertsteigerung. Die eigenen Ansprüche an das Wohnen stehen im Hintergrund. Entscheidend sind für ihn drei Dinge: die **Lage**, die **Lage** und die **Lage**.



## Wer kauft was?

Warum  
Wohneigentum?

Demografische  
Entwicklung

Preisverfall?

Erwerber- und  
Mietertypen

Relevanz der  
Erwerbertypen

Altersvorsorger

Lebensabschnitts-  
erwerber

Rationaler Erwerber

Nestbauer

Selbstverwirklicher

Pragmatischer  
Erwerber

Weichensteller

▶ Wer kauft was?

Zusammenfassung

### ■ Rationaler Erwerber

Finanzierbares Eigentum statt Miete

- Kleine Eigentumswohnung

### ■ Pragmatischer Erwerber

Passend zum Lebensabschnitt

- Nur attraktive Objekte in zentraler Lage
- Einfamilienhaus, Zweifamilienhaus, Eigentumswohnung

### ■ Altersvorsorger

Selbstständigkeit im Alter

- Möglichst schwellenfreies Objekt
- Gute Infrastruktur

Die drei übrigen Gruppen - der **rationaler Erwerber**, der **pragmatische Erwerber** und der **Altersvorsorger** - entscheiden sich auch aus **funktionalen Gründen** für eine eigene Immobilie.

Sie unterstellen, dass sie sich entsprechend der verschiedenen Lebensphasen eventuell von dem als erstes erworbenen Wohneigentum trennen und später ein anderes Objekt erwerben. Für diese Gruppen stehen **finanzielle Aspekte** im Vordergrund.

- Der *Rationale Erwerber* wählt eine **kleine Eigentumswohnung**, die ihn finanziell kaum mehr belasten darf als die Miete für eine entsprechende Wohnung.
- Für den *Pragmatischen Erwerber* kommen nur attraktive Objekte in **zentraler Lage** in Betracht: Ein- und Zweifamilienhäuser sowie Eigentumswohnungen.
- Für den *Altersvorsorger* stehen bei seiner Wahl für Standort und Objekt seine später eventuell eintretende Hilfs- oder Pflegebedürftigkeit im Vordergrund. Er sucht eine Immobilie, die bereits **seniorengerecht** ist oder umgebaut werden kann (barrierefreies Wohnen). Die Infrastruktur der Umgebung muss alle täglichen Bedarfe abdecken.



## Zusammenfassung

Warum Wohneigentum?

Demografische Entwicklung

Preisverfall?

Erwerber- und Mietertypen

Relevanz der Erwerbertypen

Altersvorsorger Lebensabschnitts-erwerber

Rationaler Erwerber Nestbauer

Selbstverwirklicher

Pragmatischer Erwerber

Weichensteller

Wer kauft was?

► Zusammenfassung

■ Diversifizierte Wohnungsmärkte durch unterschiedliche Anforderungen

■ Zentrale Frage: Welchen Erwerbertypen leben in der Gemeinde?

■ Bedarf entscheidet: Neubau am Ortsrand oder Wohnung in der City?

■ Menschen wollen im Wohneigentum leben

Die **Anforderungen der Erwerbertypen** sind so unterschiedlich wie die Gruppen selbst. Finden sie keine entsprechenden Angebote, bleiben sie Mieter oder weichen auf Standorte außerhalb der Stadtgrenze aus.

Die Wohnungsmärkte müssen sich daher **verstärkt diversifizieren**.

Klassische Neubaugebiete, wie sie in nahezu jeder Gemeinde zu finden sind, können für Nestbauer und Lebensabschnittserwerber der ideale Standort sein. Andere Erwerbertypen würden eine zentrale Lage vorziehen.

Für die **Kommunen** ist es wichtig herauszufinden, welche Gruppen in ihrer Gemeinde leben und das Angebot möglichst entsprechend zu gestalten.

Verschiedene Faktoren geben Hinweise:

- Größe und Umfeld der Ortschaft (Wirtschaftsunternehmen, Schulen, etc.?)
- dementsprechend mehr Familien, Singles, ...
- Altersstruktur

Die **LBS Stiftung Bauen und Wohnen** begleitet mit ihren Projekten aktuelle Entwicklungen am Wohnungsmarkt. Die zuletzt von der Stiftung beauftragte Studie „Wohnungsmarkt in Baden-Württemberg“ zeigt, dass der Bedarf und die Nachfrage nach Wohneigentum auch in Zukunft zunehmen. **Die Menschen wollen in den eigenen vier Wänden leben.**

Lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten, diesen Wunsch zu erfüllen.

Sie, **die Kommunen**, durch passende Wohnangebote und wir, die **LBS Baden-Württemberg**, mit einer soliden Finanzierung.

- - - Ende des Vortrags - - -

Anschließend ggf. Vorstellung der STEG

# Die Bedeutung der Familie für die Zukunftsfähigkeit einer freiheitlichen Gesellschaft

Deutschland ist eines der reichsten Länder der Welt, zugleich aber auch eines der kinderärmsten. Unsere Bemühungen um Reichtum sind also falsch definiert. Die Entwicklung von Gesellschaft und Staat mit hohen Standards der Technik, der Ökonomie, der Kultur hängt davon ab, dass junge Menschen diese Errungenschaften aufnehmen und weiterentwickeln und dass sie dabei Lebensbedingungen vorfinden, die auch ihnen eine Entfaltung von Familienkultur erlauben.

Dieser Gegenwartsbefund von Kinderarmut und Wirtschaftsreichtum macht es notwendig, dass Staat und Gesellschaft Recht und Reichtum einsetzen, um die Rahmenbedingungen für die Familien so zu gestalten, dass der Wille zum Kind und die Bereitschaft zu deren Erziehung auch tatsächlich verwirklicht werden kann. Staat und Gesellschaft sichern ihre Zukunft in einer freiheitsfähigen Jugend.

## 1. Gesellschaftliche Fehlentwicklung, nicht Wertewandel

Gegenwärtig allerdings scheint sich eine gegenläufige Entwicklung der Zukunftsvergessenheit und Selbstaufgabe anzubahnen. Wenn wir einen Trend zu immer weniger Geburten, einer sich verringern- den Leistungsfähigkeit unserer Kinder, weniger Eheschließungen und wachsender Scheidungsraten beobachten, sollte diese Entwicklung Anlass zur Gegenwehr bieten, führt aber nicht selten auch zu dem normativen Irrtum, einen Trend zum Wertewandel zu erklären. Die Fehlentwicklung wird mit einem entsprechenden Wandel der Werte gleichgesetzt, damit

der Maßstab für richtig oder falsch, für gut oder schlecht aufgegeben und so eine kritische Würdigung unserer Gegenwart, ihrer Ursachen und der Verantwortlichen erübrigt.

Diese Gleichsetzung von Fehlentwicklung und Wertewandel ist genauso töricht wie etwa die Behauptung, wegen der täglichen Verkehrstoten in Deutschland sei der Schutz des Lebens als ein Grundsatzwert unserer Verfassung aufgegeben worden. Wenn Werte verletzt werden, müssen die Anstrengungen zur Beachtung der Werte gesteigert, nicht aber die Werte in Frage gestellt werden. Der Wertewandel bemisst sich nicht allein nach einem faktischen Verhalten der Menschen, sondern wird in der Regel durch eine Änderung der Verfassung vollzogen, die gesteigerte Anforderungen an eine Vergewisserung über die gegenwärtigen Werte, ihre demokratische Legitimation und ihre Abänderbarkeit im Rahmen universaler Menschenrechte voraussetzt.

Im Übrigen fehlt der These, der Wert von Ehe und Familie sei gegenwärtig in Deutschland nicht mehr anerkannt, die tatsächliche Grundlage. Empirische Erhebungen und persönliche Erfahrungen lehren, dass die jungen Menschen sich vor allem ein Kind wünschen, die älteren ein Enkelkind.

## 2. Der Verfassungsauftrag zum Schutz der Ehe und der Familie

Der freiheitliche Staat gibt seine Zukunft in die Hand der Familie. Die Entschei-

**Prof. Dr. Paul Kirchhof**  
Bundesverfassungs-  
richter a.D.,  
Direktor des Instituts  
für Finanz- und  
Steuerrecht der  
Ruprecht-Karls-Uni-  
versität, Heidelberg

derung zum Kind und die Erziehung des Kindes liegt in der Verantwortung der Eltern. Die elterliche Erziehung gewährleistet, dass die Kinder hinreichend Selbstbewusstsein, Urteilskraft und Disziplin entwickeln, um in einer freiheitlichen Ordnung leben zu können, aber auch hinreichend Bürgerstolz und Gemeinsinn mitbringen, um als Bürger den demokratischen Staat mitzutragen. Die freiheitliche Verfassung ist darauf angelegt, dass die Eltern ihren Kindern in mitmenschlicher Begegnung und Naturerfahrung, im Zugang zu Kunst, Wissenschaft und Religion, in der Vermittlung von ökonomischem und technischem Grundwissen eine gefestigte Lebenssicht und einen orientierenden Lebenssinn erschließen. Der auf eine freiheitsfähige Jugend angewiesene Rechtsstaat baut somit auf die im Menschen angelegte Bereitschaft, Ehen zu gründen, sich Kinder zu wünschen und diese in der Geborgenheit familiärer Zuwendung zu erziehen.

Das Grundgesetz stellt deshalb die Lebensgemeinschaft von Ehe und Familie unter den „besonderen Schutz der staatlichen Ordnung“ (Art. 6 Abs. 1 GG). Dieser Schutzauftrag verpflichtet den Staat, in seiner Rechtsordnung das Institut der Ehe und Familie bereitzustellen, diese Personengemeinschaften als Keimzellen jeder staatlichen Gemeinschaft zu achten und zu schützen und die Ehe und Familie durch geeignete Maßnahmen zu fördern sowie vor Beeinträchtigungen und Belastungen zu bewahren. Dabei ist Ehe die frei vereinbarte, durch die Rechtsgemeinschaft anerkannte, auf Dauer angelegte Verbindung von Mann und Frau zur umfassenden Lebensgemeinschaft. Sie begründet eine gleichberechtigte Partnerschaft, gegenseitige staatsfreie Privatheit und eine grundsätzlich auf Lebenszeit angelegte persönliche Verbundenheit. Die Ehe ist als Lebensgemeinschaft von Mann und Frau die, wie das Bundesverfassungsgericht sagt, „alleinige Grundlage einer vollständigen Familiengemeinschaft“ und „Voraussetzung für die bestmögliche körperliche, geistige und seelische Entwicklung von Kindern“.

Die Verfassung ist also auf das Rechtsinstitut der Ehe als Gemeinschaft von Mann und Frau angelegt, um die jungen

Menschen in die Gemeinschaft einer potentiellen Elternschaft zu führen und so die eigene Zukunft zu sichern.

### **3. Ehe und Familie als Freiheitsangebote und Verfassungserwartung**

Die verfassungsrechtliche Freiheit von Ehe und Familie enthält ein Angebot, das der Freiheitsberechtigte annehmen oder ausschlagen darf, dessen Annahme der freiheitliche Staat aber erhofft und erwartet. Diese Verfassungsvoraussetzung baut auf eine gediegene Grundlage, den Willen der Menschen zur Lebens- und Familiengemeinschaft der Familie. Dieser vorgefundene Wille soll nach dem Schutzauftrag des Grundgesetzes gefestigt, gefördert und gegen Eingriffe abgeschirmt werden. Dieser Auftrag ist allerdings gegenwärtig teilweise unerfüllt geblieben und auch verletzt worden. Das Grundgesetz bietet den jungen Menschen gleichzeitig Freiheit zur Familie (Art. 6 GG) und Freiheit zum Beruf (Art. 12 GG) an. Tatsächlich aber werden die jungen Menschen in traditioneller, verfassungsrechtlich nicht veranlasster Differenzierung insbesondere die jungen Frauen oft vor die schroffe Alternative gestellt, sich entweder für die Berufstätigkeit oder das Kind zu entscheiden. Diese faktische Alternativität bedroht die Offenheit und Freiheit zur Familie. Die familienfeindliche Struktur der gegenwärtigen Berufs- und Wirtschaftsordnung hat ihren Grund in der Trennung von Erwerbort und Familienort von Arbeitsplatz und Familienwohnung sowie in der rechtlichen Herabstufung der Familientätigkeit zu einer wirtschaftlich unerheblichen Leistung. Während die Eltern sich früher in landwirtschaftlichen und gewerblichen Betrieben gleichzeitig der Erziehung und dem Erwerb gewidmet haben, die erziehende Mutter damit auch die in der Arbeit liegenden Möglichkeiten der Begegnung, der Anerkennung und der Einkommenserzielung wahrgenommen hat, wird der wirtschaftliche Wert der Erziehungsleistung heute nur noch beruflichen Erziehern zuerkannt, die in Schule, Kindergarten oder therapeutischer Anstalt tätig sind. Die familiäre Erziehung bleibt in der Privatheit des Familienlebens und der eigenen Wohnung und scheint deshalb von vornherein nicht entgeltwürdige Leistung, sondern Konsum, nicht Quelle

für Einkommen, Wohlstand und Sicherheit, sondern Aufwand für die persönliche Lebensführung.

#### **4. Vernachlässigung der Erziehungsleistung im Generationenvertrag**

Bei dieser Trennung von Erwerbstätigkeit und Familientätigkeit hat die familiäre Erziehung nur noch den wirtschaftlichen Wert, dass die Eltern bei Krankheit, Arbeitslosigkeit, Alter und Notfällen einen Unterhaltsanspruch gegen ihre Kinder gewinnen, also durch ihre Kinder soziale Sicherheit erfahren. Auch dieser wirtschaftliche Wert der Erziehungsleistung ist aber im Generationenvertrag der öffentlichen Sozialversicherung kollektiviert, von der familiären Erziehungsleistung gelöst und sogar gegenüber der Beitragsleistung als geringwertiger Beitrag im Generationenvertrag herabgewürdigt worden. Dadurch wird die sozialstaatliche Errungenschaft der öffentlichen Sozialversicherung, die auch den Kinderlosen wirtschaftliche Sicherheit im Krisenfälle bietet, zu einem rechtsstaatlichen Skandalon: Die alleinigen Träger dieses Generationenvertrages, die Eltern und in erster Linie die Mütter, sind in diesem „Vertrag“ nicht oder kaum aus eigenem Recht beteiligt. Hier fordert der Verfassungsauftrag des Familienschutzes und der Gleichberechtigung von Mann und Frau strukturelle Veränderungen.

Wenn das Familienrecht den Unterhaltsanspruch der Eltern gegen die Kinder weiterhin anerkennt, das Sozialversicherungsrecht die Kinder jedoch vorrangig verpflichtet, die Erwerbstätigen und nicht die Erziehenden zu finanzieren, so kehrt sich der verfassungsrechtliche Gedanke der familiären Unterhaltsgemeinschaft in sein Gegenteil: Im alltäglichen Normalfall muss das Ehepaar mit Kindern zur Erfüllung des Erziehungsauftrags auf die Erwerbstätigkeit eines Elternteils, damit auf dessen Einkommen und Rentenanspruch verzichten, hat dafür aber die Aufwendungen für Kinder zu tragen, während ein Paar ohne Kinder über zwei Einkommen, zwei Rentenansprüche und deren Kumulation im Hinterbliebenenfall verfügt. Der Staat organisiert die sozialstaatliche Errungenschaft einer Sicherung in Alter und Krise für alle auch die kinderlosen Erwerbstätigen, zwingt aber

die Kinder, die eigenen Eltern, die ihnen Erziehungsleistung und Erziehungsaufwand zugewandt haben, leer ausgehen zu lassen.

Deshalb hat das Bundesverfassungsgericht im Urteil zu den „Trümmerfrauen“ festgestellt, die gesetzgeberische Entscheidung, „dass die Kindererziehung als Privatsache, die Alterssicherung dagegen als gesellschaftliche Aufgabe gilt“, benachteilige die Familie, ohne dass es dafür „angesichts der Förderungspflicht aus Art. 6 Abs. 1 GG einen zureichenden Grund gebe“. Der Gesetzgeber hat „jedenfalls sicherzustellen, dass sich mit jedem Reformschritt die Benachteiligung der Familie tatsächlich verringert“. Ausgangspunkt für eine familiengerechte Ausgestaltung des Systems der Sozialversicherung ist die Gleichwertigkeit von Erziehungsleistung und Erwerbsleistung: Zwar kann der Beitrag zur Aufrechterhaltung der Sozialversicherung, der in Form der Kindererziehung geleistet wird, im Unterschied zu den monetären Beiträgen der Erwerbstätigen nicht sogleich in Form von Rentenzahlungen an die ältere Generation ausgeschüttet werden. Die materielle Gleichwertigkeit von Kindererziehung und monetärer Beitragsleistung liegt jedoch in der gleichen Arbeitsleistung, dem gleichen Konsumverzicht und dem gleichen Angewiesensein auf Sicherheit und Bedarfsdeckung. Kindererziehung und monetäre Beitragsleistung sind deshalb als Grundlagen der öffentlichen Sozialversicherung gleichwertig und müssen zu gleichwertigen Leistungen führen. Diese Sicht des Generationenvertrages vermeidet den gegenwärtigen Wirklichkeitsverlust, der die Existenz der nachfolgenden Generation unterstellt, ohne sie aber als Bedingung der Versicherungsleistungen zu berücksichtigen.

#### **5. Steuerrechtliche Rahmenbedingungen**

Außerdem ist die Erwerbsgemeinschaft der Ehe und die Unterhaltsgemeinschaft der Familie im Steuerrecht sachgerecht zu berücksichtigen. Im Einkommensteuerrecht nimmt der Staat am individuellen Einkommen des Einzelnen teil, das dieser persönlich erzielt hat. Erwerben jedoch Menschen in einer Erwerbsgemeinschaft, etwa einer OHG, einer KG oder einer

GmbH, gemeinsames Einkommen, so dürfen die Beteiligten dieses Einkommen für Zwecke der Individualbesteuerung aufteilen, damit die Progressionsbelastung mindern und die personenbezogenen Abzugsbeträge geltend machen. Diese für jede Erwerbsgemeinschaft geltende Regel muss insbesondere für die Erwerbsgemeinschaft gelten, an der dem Staat um seiner Zukunft willen besonders gelegen ist, der Ehe. Wenn das Einkommensteuergesetz diese Aufteilung im Ehegattensplitting ermöglicht, ist die Regelung notwendiger Bestandteil des Besteuerungssystems, nicht eine Subvention. Das Ehegattensplitting muss deshalb um der Belastungsgleichheit willen beibehalten werden. Auch die kinderlosen Ehen sind Erwerbsgemeinschaften und als solche zu besteuern. Wenn rechtspolitische Pläne das Ehegattensplitting den kinderlosen Ehen vorenthalten wollen, würden sie bei jungen Ehen die Privatheit der Entscheidung zum Kind berühren, kinderwillige, aber dennoch kinderlose Ehen verletzen, schließlich auch den Eltern das Splitting versagen, deren erwachsene Kinder die Hausgemeinschaft mit den Eltern bereits verlassen haben und die steuerlich deshalb als „kinderlos“ gelten. Diesen Eltern und Großeltern das Splittingverfahren zu versagen, wäre schlechthin zynisch.

Die Eltern schulden ihren unterhaltsberechtigten Kindern einen angemessenen Unterhalt, den sie üblicherweise aus ihrem Einkommen finanzieren. Sie können insoweit nicht über ihr Einkommen – auch nicht zum Zweck der Steuerzahlung – verfügen. Der Steuergesetzgeber darf deshalb die den Kindern gehörenden Teile des Elterneinkommens nicht besteuern. Dieses ist dem Grunde nach anerkannt, der Höhe nach aber noch nicht annähernd gewährleistet. Der gegenwärtige Kinderfreibetrag in Höhe von 3.648 Euro pro Kind/Jahr genügt den Eltern nicht annähernd, um den Sachbedarf des Kindes zu decken, ihm den Zugang zu Fremdsprachen und modernen Kommunikationstechniken zu öffnen, ihm eine Freizeitgestaltung in Vereinen und auf Reisen zu erschließen. Auch hier wird der Gesetzgeber die Schwerpunkte seiner bisherigen Reformen überprüfen und die Defizite zu Lasten der Familie ausgleichen müssen. Dies gilt umso

mehr, als durch die Einführung und Erhöhung der Ökosteuern die tatsächliche Belastung der Familien mit Steuern im Vergleich zu anderen Personengruppen deutlich gestiegen ist.

## **6. Weitere Förderung der Familie durch die Rechtsordnung**

Hat der Staat den rechtlichen Rahmen für die Freiheit zu Ehe und Familie gesichert und störende Einwirkungen auf die familiäre Gemeinschaft abgewehrt, so genügt er dem Schutzauftrag des Art. 6 GG nur, wenn er darüber hinaus die Familie auch festigt und fördert. Es gehört zu den traditionellen Einsichten der allgemeinen Lehren vom Staat, dass die individuelle Vernunftfähigkeit sich unter dem Einfluss von bestimmten „Institutionen der Sittlichkeit“ entfaltet, deren erste die Familie ist (Hegel). Der Zusammenhalt des Staates wird zerstört, wenn die Sicherungsfunktion der Familie entbehrlich erscheint: Ohne Familie gibt es keine wirksame Erziehung, ohne Erziehung keine Persönlichkeit, ohne Persönlichkeit keine Freiheit (Montesquieu). Auch das Grundgesetz geht davon aus, dass das Kind anfangs in Distanz zum Staat, im Umfeld und unter Aufsicht der sich ihm lebenslanglich zuwendenden Eltern, im Rahmen von deren Mitverantwortlichkeit zu einem Staatsbürger heranwächst, der die ihm angebotenen Freiheiten umfassend wahrnehmen kann und der als Teil des Staatsvolkes zum Garanten für den Bestand der Verfassungsordnung werden soll. Deshalb stellt die Verfassung die Familie unter den besonderen Schutz der staatlichen Ordnung.

Diese Mitverantwortlichkeit des Staates verwirklicht sich insbesondere in der Rechtstellung, welche die Berufs- und Wirtschaftsordnung den Eltern zuweist. Der Anspruch jeder Mutter auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft (Art. 6 Abs. 4 GG) verpflichtet – so sagt es das Bundesverfassungsgericht den Gesetzgeber, „Grundlagen dafür zu schaffen, dass Familientätigkeit und Erwerbstätigkeit aufeinander abgestimmt werden können und die Wahrnehmung der familiären Erziehungsaufgabe nicht zu beruflichen Nachteilen führt“. „Dazu zählen auch rechtliche und tatsächliche Maßnahmen, die ein Nebeneinander von Erziehungs- und Erwerbstätigkeit für

beide Elternteile ebenso wie eine Rückkehr in eine Berufstätigkeit und einen beruflichen Aufstieg auch nach Zeiten der Kindererziehung ermöglichen“.

Sodann hat der Gesetzgeber nicht nur im Bereich des Arbeitsrechts, sondern auch in anderen Bereichen des Privatrechts „Regelungen mit besonderer Rücksicht auf Familien mit Kindern zu erwägen“. Dies gilt insbesondere für das Mietrecht, das Kreditvertragsrecht und die Erhaltung eines Studienplatzes.

Die Familie, die tägliche Begegnung zwischen Eltern und Kind, ist zunächst Bedingung für die Entfaltung der Persönlichkeiten von Eltern und Kind. Selbstverständlich gibt es für den Freiheitsberechtigten gute Gründe, sich gegen ein Kind zu entscheiden, und nicht selten ist dem Menschen auch die tatsächliche Chance zum Kind nicht gegeben. Wer sich aber allein des Berufes wegen gegen ein Kind entscheidet, sollte sorgfältig bedenken, ob er damit nicht seiner Biografie einen weniger glücklichen Verlauf gegeben hat. Vor allem wird die Gleichberechtigung von Frauen und Männern nicht dadurch verwirklicht werden können, dass das Kind im Wirtschafts- und Rechtsleben verschwiegen oder ausgeblendet bleibt. Ebenso wird die Freiheitschance des Kindes wesentlich gemindert, wenn die Lebensstrukturen auf den Alleinerziehenden ausgerichtet werden. Gleichberechtigung ohne oder gegen das Kind muss misslingen. Das vaterlose und auch das geschwisterlose Kind verlieren oft auch ein Stück Chancengleichheit.

**7. Förderung der Familien zur Entlastung der staatlichen Institutionen**

Vielfalt der Familien bedeutet Vielfalt der Freiheitsansätze. Deshalb ist es für die Freiheitsstruktur eines Staates erheblich, ob die Kinder in Familien oder aber in staatlichen oder staatlich bestimmten Einrichtungen erzogen werden. Viele Freiheitsfelder der Religion, der Kunst, der Wissenschaft, des Sports, der Technik werden den Kindern durch ihre Eltern erschlossen. Daneben ist die familiäre Erziehung der Kinder aber auch unverzichtbare Bedingung unseres Wirtschaftssystems. Die Kosten für einen kommunalen Krippenplatz und erst recht für einen betreuenden Heimplatz eines heranwachsenden Jugendlichen

betragen teilweise mehrere tausend Euro im Monat. Würden nunmehr alle Eltern ihr Kind in diese staatliche Obhut geben, würde damit auch das herkömmliche soziale Finanzierungssystem zusammenbrechen. Vor diesem Hintergrund muss heute insbesondere erwogen werden, den Familien ähnliche wirtschaftliche Gestaltungsmöglichkeiten wie den Kinderlosen anzubieten, sie also nicht mehr wegen der Wahrnehmung einer unverzichtbaren Verfassungserwartung ökonomisch zu benachteiligen. Ein deutlich erhöhtes Kindergeld oder ein Erziehungsgehalt könnte Eltern und Familien eine arbeitsteilige Erwerbs- und Familientätigkeit ermöglichen, der Familientätigkeit in einer Gesellschaft, in der Honorar und Honorar nahe beieinander liegen, Anerkennung zusprechen, im eheinternen Wechsel von Erwerbs- und Erziehungstätigkeit eine dank der Erfahrung verbreiterte Berufsqualifikation für beide Elternteile erlauben, damit Rückkehr und Aufstieg in die Erwerbsberufe nach Abschluss der Erziehungstätigkeit erleichtern, zudem das Wohnangebot kindgerecht umgestalten, Freizeit- und Erholungsmöglichkeiten wieder auf die Familie ausrichten. Die Mitverantwortung von Familie und Staat für das Kind äußert sich nicht nur im elterlichen und schulischen Erziehungsauftrag, sondern insbesondere in der rechtlichen und finanziellen Verantwortlichkeit von Staat und Gesellschaft für ihre gemeinsame Zukunft. Das Verfassungsrecht ist hier Anstoß, der Gesetzgeber als Erstinterpret des Art. 6 GG Gestalter dieser Entwicklung.

**8. Unverzichtbarkeit von Ehe und Familie für ein freiheitliches Wirtschaftssystem**

Die verfassungsrechtlich gewährleistete Freiheit meint grundsätzlich die Freiheit vom Staat. Da der Mensch aber mit der Geburt und später bei Krankheit, Armut, Enttäuschung, Vereinzelung bis zur Altersgebrechlichkeit hilfsbedürftig ist, braucht er Zuwendung, Erziehung, Beistand und Unterhalt. Die Institution, die diese Gemeinschaft gegenseitiger Verantwortlichkeit und Lebenshilfe begründet, ist die Ehe und Familie. Sie festigt entsprechend der auf Dialog angelegten Natur des Menschen Zusammengehörigkeit und Zusammenhalt, gedanklichen

Austausch und wechselseitige Förderung, bietet Lebenshilfe, die der einzelne empfängt und die von grundlegender Bedeutung für die Fähigkeit zur Freiheit und für die Ordnung des Gemeinschaftslebens ist.

Freiheit vom Staat baut also auf enge Bindung unter den Freiheitsberechtigten. Die Wahrnehmung verantwortlicher Elternschaft erübrigt die staatliche Lebensbegleitung des Kindes. Familiärer Unterhalt erspart öffentliche Sozialhilfe. Private Pflege ersetzt die Dienstleistungen von Seniorenheim und Krankenhaus durch persönliche Zuwendung. Der persönliche Dialog macht eine psychologische und therapeutische Beratung überflüssig. Die eheliche und familiäre Lebensgemeinschaft wirkt bei Orientierungsarmut und drohender Rechtsverletzung ausgleichend und friedentiftend, schützt damit vor polizeilichen und gerichtlichen Eingriffen. Der altersgerechte Mensch wird sich nicht auf seine Aktien und seine Geldscheine stützen können, sondern durch die Hand von Ehepartner und Kind Hilfe erfahren. Gäbe es die Ehen und Familien nicht, könnte der Rechtsstaat seine Freiheitlichkeit nicht bewahren, der Sozialstaat würde seine Leistungskraft überfordern.

Ehe und Familie sind somit Bedingungen der Freiheitlichkeit. Da der Staat nur Freiheitsrechte anbietet und günstige Rahmenbedingungen für die Annahme dieses Angebotes schaffen kann, die Bereitschaft der Menschen für die Annahme insbesondere der kulturellen Freiheiten aber von ihrer Erziehung abhängt, muss der Staat gerade in der Gegenwart den Erziehungsauftrag der Familien entschieden stützen und stärken. Jede Generation kann nur die Kultur entfalten, deren Wurzeln in vorausgehenden Generationen gelebt sind. Will sie nicht jeweils das Auto neu erfinden, sondern sich auf dem überkommenen Kenntnisstand weiterentwickeln, so muss insbesondere auch die kulturelle Grundlage von Staat und Recht in der Generationenfolge kontinuierlich erneuert werden. Dazu bieten die Familien die Lebensgemeinschaft, in der elterliche Gewohnheit jugendlichem Erneuerungsdrang begegnet, erprobte Werte auf unbekümmerten Freiheitswillen treffen, die Gebundenheit in Kultur

und Gemeinschaft sich der nächsten Generation öffnet.

Schließlich ist das Kernproblem der Wirtschaftspolitik in Deutschland, die fehlende Inlandsnachfrage, auch im Kindermangel angelegt. Der Markt geht dorthin, wo Menschen sind. Fehlen Kinder, spürt das zunächst der Produzent von Babynahrung, später der von Fahrrädern, dann der von Autos und schließlich die Bauindustrie. Auch der Geldwert, der „Generationenvertrag“ und alle Strukturpolitik bauen auf eine nachfolgende Generation, die in hinreichender Zahl und Qualifikation das Leistungsniveau in Deutschland erhalten. Deswegen ist das Gebot der Gegenwart nicht, sich mit dem Kindermangel zu arrangieren und keinesfalls vom Erwerbsstreben ablenken zu lassen. Vielmehr müssen die Gewichtungen zwischen Erwerbs- und Familienauftrag wieder geradegerückt werden. Wachstum ist vor allem Kinderwachstum. Die Familie ist Auftrag und Bewährungsprobe zukünftiger Politik.